



Die diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger des Kulturpreises Bayern 2022 mit Staatsminister Markus Blume und Bayernwerk-Chef Dr. Egon Leo Westphal. Bild: Alex Schelbert / Bayernwerk AG Seite 3

# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

## Starker Draht in die europäischen Institutionen

Bayerische Landräte werben in Brüssel für den ländlichen Raum

Die Politik der Europäischen Union wirkt sich tiefgreifend auf das Leben der Menschen in den bayerischen Landkreisen aus. Ein starker Draht in die europäischen Institutionen ist für die Kommunen deswegen besonders wichtig. Die bayerischen Landrätinnen und Landräte nutzten ihre diesjährige Landrätetagung vom 8. bis 10. November deswegen, um sich in Brüssel mit den für ihre Interessen wichtigen Verantwortungsträgern auszutauschen.

„Gerade der Europäische ‚Grüne Deal‘ bzw. ‚Fit for 55‘ und die darin enthaltenen Pflichten (insb. die Renovierungspflichten)

unter leiden wird. Dabei sind die bayerischen Kommunen auf eine starke regionale Förderung durch die EU angewiesen. Kürzungen (auch im Agrarbereich) treffen sie empfindlich. Starke kommunale Haushalte sind entscheidend für den Erhalt der Angebote und Leistungen der Menschen vor Ort. Das muss sich auch in der Klima-, Förder- und Finanzpolitik der EU wider-

spiegeln“, so Karmasin weiter.

### Brisante Themen im Mittelpunkt

Runden mit den bayerischen Landesgruppen der Fraktionen im Europäischen Parlament sowie den deutschsprachigen kommunal- und regionalpolitischen Sprechern im Europäischen Parlament sowie der Austausch mit hochrangigen Mitgliedern der zuständigen Bereiche innerhalb der Europäischen Kommission wie Michael Hager, Chef des Kabinetts, Valdis Dombrovskis, EU-Vizepräsident und EU-Kommissar für Wirtschaft und Kapitaldienstleistungen und Markus Schulte, Hauptberater



Thomas Karmasin.  
Bild: Bayerischer Landkreistag

ten) betreffen die kommunale Ebene erheblich. In Zeiten angespannter Haushaltslage stehen damit auch finanzstarke Kommunen vor großen Herausforderungen. Es ist wichtig, sich mit den Verantwortlichen in Brüssel direkt auszutauschen, um auf kommunale Realitäten und Notwendigkeiten aufmerksam zu machen“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck.

### „Grüner Deal“: Finanzierung unklar

„Bis heute ist unklar, wie der Grüne Deal finanziert werden soll. Auf Seiten der Kommunen bestehen große Befürchtungen, dass die Regionalförderung dar-



V.l.: Ehrenamtsbeauftragte Eva Gottstein, MdL, Sozialministerin Ulrike Scharf, MdL und Jochen Lange, Regierungsvizepräsident von Unterfranken. Bild: StMAS / Göttert

### Verleihung in München:

## Generationenpreis „Gemeinsam aktiv“

Gemeinsam mit den bayerischen Bezirksregierungen und der Ehrenamtsbeauftragten Eva Gottstein hat Sozialministerin Ulrike Scharf in München den Generationenpreis „Gemeinsam aktiv“ verliehen. Damit wurden insgesamt 14 Projekte gewürdigt, die zum Austausch und Verständnis zwischen jüngeren und älteren Menschen beitragen.

Über eine Prämie von jeweils 4.000 Euro dürfen sich in Oberbayern das Altenheim Maria Rast/Caritasverein Altmanstein e.V. – „Kindergarten & Seniorenheim – Jung & Alt“ und das Mehrgenerationenhaus „Unter den Arkaden“ – Euro-Trainings-Centre ETC e.V. München – „Patenprojekt Nordlicht“ freuen, in Niederbayern Malteser Hilfsdienst e.V. – Malteser Jugend Passau – „Senioren werden digital – generationenübergreifend helfen“ sowie TUT – Tanz- und Theaterverein Biburg – „Zukunft der Kultur“. Für die Oberpfalz wurden die Dorfladen UG Krummenaab – „Dorfbackofen im Bürgerpark in Kombination mit dem Dorfladen/Dorfcafe“ und das Familienzentrum Kumpfmühl der Familienwerkstatt Regensburg e.V. und Regensburg SeniorenStift gGmbH – „Kreativ-Werkstatt für Jung und Alt – Pflegeheim trifft Familienzentrum“ ausgezeichnet.

Mittelfränkische Preisträger sind der AWO Kreisverband Fürth-Land – „Mehrgenerationenprojekt Zirndorf: Partizipation Bürgergarten – Hochbeet“ und Großeltern stiften Zukunft e.V. Nürnberg – mit dem Projekt „Großeltern stiften Zukunft“. Aus Oberfranken wurden der BRK Kreisverband Kronach – „LQG – Lebensqualität für Generationen: Generationen werden Freunde“ und das Seniorenbüro der Stadt Rödental – „Auch im Alter online“ geehrt, aus Unterfranken die Veitshöchheimer Privatinitiative „Fußball-Team-für-alle“ und die Privatinitiative Familie Volkert aus Hammelburg – „Generationentreff Taubenschlag“. Aus Schwaben wurden schließlich die Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde Nördlingen – „Handy-Patenschaften“ sowie der Malteser Hilfsdienst e.V. – Gliederung Mindelheim – „Malteser Rikscha-Ausflugsfahrten“ gewürdigt. DK

Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, Europäische Kommission, werden für die Überbringung dieser Botschaften genutzt.

### Anstieg der Flüchtlingszahlen

Aber auch ein weiteres brisantes Thema wird im Mittelpunkt der Tagung stehen: die Migrationspolitik der Europäischen Union. „Wir warnen seit Wochen vor einem weiteren Anstieg der Flüchtlingszahlen und möglichen Zuständen wie 2015 und 2016. Wir sehen dem Winter mit Blick auf die rasant steigenden Flüchtlingszahlen mit großer Skepsis entgegen. Tragfähige Lösungen fordern auch die Europäische Union. Wir brauchen unter anderem dringend eine Einigung der Mitgliedsstaaten im Bereich der Lastenverteilung“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags. Mit Direktor Matthias Oel, Generaldirektion Migration und Inneres der Europäischen Kommission, sowie Diane Angermüller, Sektorleiterin für legale Migration, und Andreas Fabritius, Policy Officer im Referat für Asyl, ebenfalls beide von der Generaldirektion Migration und Inneres, werden die Herausforderungen (Fortsetzung auf Seite 4)

### Kinder- und Jugendhilfe:

## Anstieg der Ausgaben auf über 9 Mrd. Euro

Über drei Viertel der Kosten entfallen auf die Kindertagesbetreuung

Im Jahr 2021 werden in Bayern insgesamt rund 9.294 Mio. Euro für Leistungen und Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe verausgabt. Nach Abzug der Einnahmen verbleiben Nettoausgaben von 8.867 Mio. Euro. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, ist die Kindertagesbetreuung mit Ausgaben in Höhe von 7.098 Mio. Euro der größte Posten, davon entfallen 6.984 Mio. Euro auf Kindertageseinrichtungen und rund 114 Mio. Euro auf die Kindertagespflege.

Im Laufe des Jahres 2021 fallen in Bayern für Leistungen und Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt Ausgaben in Höhe von 9.294 Mio. Euro an. Gegenüber dem Vorjahr (8.755 Mio. Euro) entspricht das einer Steigerung von 6,2 Prozent. Die Nettoausgaben liegen nach Abzug der Einnahmen bei 8.867 Mio. Euro und damit 6,4 Prozent über dem Vorjahresniveau (8.336 Mio. Euro).

### Steigerung um fast 7 Prozent

Von den Bruttoausgaben sind Aufwendungen für Kindertagesbetreuung mit 7.098 Mio. Euro der größte Posten. Die Ausgaben hierfür liegen 6,8 Prozent über denen des Vorjahres (6.643 Mio. Euro). Zweitgrößter Posten sind Ausgaben für Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, Hilfe für junge Volljährige und vorläufige Schutzmaßnahmen. Diese liegen mit 1.448 Mio. Euro ebenfalls über dem Vorjahresniveau (1.404 Mio. Euro).

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, werden von den Bruttoausga-

### Aktuelle Stunde im Bayerischen Landtag:

## CSU-Fraktion macht Pflege zum Thema

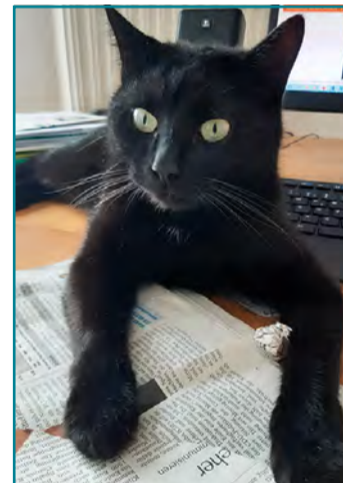
Auf Vorschlag der CSU-Fraktion befasste sich der Bayerische Landtag in einer aktuellen Stunde mit dem Thema „Gute Pflege im Gesundheitsland Bayern: Große Aufgaben gemeinsam lösen“. Hierzu legte die Fraktion eine Resolution vor. Ziel ist es, die Wichtigkeit einer guten, wohnortnahen medizinischen und pflegerischen Versorgung für die Menschen in Bayern im Blick zu behalten, besonders jetzt angesichts der Herausforderungen durch Corona und der explodierenden Energiepreise.

Mit dem bundesweit einmaligen Landespflegegeld, Krankenhausinvestitionen in Höhe von 643 Millionen Euro, dem Ausbau der Pflegeplätze über die Pflegestrategie „Gute Pflege daheim in Bayern“ und Studienplätzen im Bereich der Humanmedizin, Hebammenkunde und Pflege oder Landarztprämie setze der Freistaat, so der gesundheitspolitische Sprecher der CSU-Fraktion, Bernhard Seidenath, bereits wichtige Akzente. „Bayern bekämpft zudem den Fachkräftemangel weiter entschieden. Ein Härtefallfonds auch für Kran-

kenhäuser und Pflegeeinrichtungen wird kommen. Gefordert ist aber auch der Bund, endlich seine Hausaufgaben zu machen – und die Einrichtungen in der Energiekrise zu unterstützen. Wir brauchen verlässliche Planungssicherheit, um unsere weiteren Schritte umsetzen zu können“, ergänzte Seidenath.

### Der Bund muss handeln

Laut Resolution geht eine bundesweite Hochrechnung von mindestens vier Mrd. Euro (Fortsetzung auf Seite 4)



Das Konzept des Helden ist alt, ja archaisch. Und gerade der militärische Held hat es in Deutschland schwer, denn hier hat der Verweis auf das anzustrebende Heldentum ganze Jahrgänge in den sinnlosen Tod geführt. Trotzdem empfindet es unser Rathauskater Pino als durchaus passend die ukrainischen Soldaten als Helden zu bezeichnen, ist doch jede ihrer Aktionen, jede gelungene Rückeroberung von Territorium eine Variante der Geschichte von David und Goliath. Seite 15

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Bund muss Gesundheitswesen verlässlich unterstützen . . . . .	Seite 2
Senioren-Union fordert sofortige Aufhebung der Impfpflicht . . . . .	2
GZ-Kolumne Josef Mederer: Pflegestützpunkte: Guter Service, sichere Erreichbarkeit . . . . .	3
Kulturpreis Bayern 2022 . . . . .	3
Bayerischer Musikschultag: Wert der Gemeinschaft . . . . .	4
Engagement Global . . . . .	5
Kommunale Energiethemen . . . . .	6-10
Katastrophenschutz · Sicherheit . . . . .	11-12
Schulungen · Tourismus . . . . .	13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . .	14-16



# Bund muss Gesundheitswesen verlässlich unterstützen!

Gemeinsamer Appell von Bayerns Gesundheitsminister Holetschek, Krankenhausvertretern, Landkreisen und Städtetag: Versprechen rasch umsetzen

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek hat die Bundesregierung mit Nachdruck aufgefordert, rasch für eine stabile und langfristig gesicherte Finanzierung von Einrichtungen des Gesundheitswesens zu sorgen. Mit Blick auf die Ministerpräsidentenkonferenz richtete der Minister gemeinsam mit der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, den Sana Kliniken, den bayerischen Landkreisen und dem Bayerischen Städtetag einen dringenden Appell an die Ampel-Koalition.

Holetschek betonte in München: „Viele Kliniken und Gesundheitseinrichtungen unseres Landes stehen vor dem Knock-out. Inflation und Energiekrise sorgen für Kostenexplosionen, die letztlich die Versorgung der Menschen gefährden. So gut wie alle Einrichtungen des Gesundheitswesens sind von den hohen Energie- und Sachkosten, den Pandemie-Folgen sowie von Personalproblemen teils schwer getroffen. Die Lage ist wirklich ernst und erfordert rasches und entschlossenes Handeln.“

## Dramatischer Versorgungsengpass

Thomas Lemke, Vorstandsvorsitzender der Sana Kliniken AG und Vizepräsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft DKG, betonte: „Die aktuellen Entwicklungen führen jetzt schon zu einem dramatischen Versorgungsengpass. Volle Notaufnahmen und permanente Abmeldungen von Kliniken gefährden die Versorgung. Die Krankenhäuser stehen vor dem wirtschaftlichen Kollaps. Energiepreise, Inflation und Co-

rona belasten die Kliniken extrem. Diese Kosten können wir nicht an Patientinnen und Patienten weitergeben. Ohne ein schnelles Eingreifen des Bundes im Hinblick auf finanzielle Unterstützung droht eine Beeinträchtigung der Gesundheitsversorgung in Deutschland.“

## Lauterbachs Vorschläge gehen an der Realität vorbei

Die Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft und Landrätin des Landkreises Kitzingen, Tamara Bischof, sagte: „Im ländlichen Raum sind die Landkreise für die Sicherstellung der Krankenhausversorgung unserer Bürgerinnen und Bürger verantwortlich. Dafür brauchen wir verlässliche finanzielle Grundlagen auch in Zeiten hoher Inflation. Und wir brauchen mehr Planungssicherheit bei der Krankenhausreform. Die aktuellen Vorschläge des Bundesgesundheitsministers zur Unterstützung der Geburtshilfe gehen beispielsweise an der Realität vorbei, wenn damit lediglich vier Einrichtungen in ganz Bayern eine bessere finanzielle Absicherung erhalten sollen.“

## Gesetzesänderung nötig

Der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, Roland Engehausen, ergänzte: „Bundesgesetze verhindern bei der derzeitigen Kostenexplosion, über Verhandlungen mit den Krankenkassen eine auskömmliche Finanzierung der Kliniken sicherstellen zu können. Daher ist dringend eine Gesetzesänderung oder eine zusätzliche Absicherung der nicht finanzierten Betriebskosten durch den Bund bis Ende 2023 nötig, um Insolvenzen zu vermeiden. Reformen der Krankenhausstrukturen sind notwendig, werden aber nicht die akuten Liquiditäts- und Finanzierungsprobleme der Krankenhäuser in Bayern lösen.“

Bernd Buckenhofer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, sagte: „Die Kliniken in Bayern leisten trotz der enormen Herausforderungen hervorragende Arbeit. Sie benötigen dabei deutlich größere finanzielle Unterstützung seitens des Bundes, um die aktuellen Probleme bewältigen zu können. Der vom Bund in Aussicht gestellte Ausgleich der Energiekosten reicht dabei nicht aus, um das Defizit der Kliniken zu decken. Die Inflation und zu erwartende höhere Tarifabschlüsse im Jahr 2023 führen zu weiteren allgemeinen Sachkostenerhöhungen, die vom Bund nicht finanziert werden. Die Belastungen der Kliniken machen sich bereits bemerkbar, aktuell insbesondere in den Notaufnahmen. Der Bayerische Städtetag appelliert daher an den Bund, zügig weitere finanzielle Mittel für die Krankenhäuser zur Verfügung zu stellen.“

Gesundheitsminister Klaus Holetschek verlangt unmissverständlich, dass die langfristige Stabilisierung des Gesundheitssystems JETZT konkret angepackt wird. Klar sei, dass der Bundesgesundheitsminister allein den Kliniken für den Zeitraum bis Ende März 2023 rund 4,5 Milliarden Euro versprochen

hat. „Die Regierung muss ihr Versprechen nun aber auch einhalten und rasch umsetzen.“

## Versprechen müssen eingehalten werden

Lauterbachs Ankündigungen, das DRG-System im Hinblick auf eine auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser zu reformieren, finden volle Zustimmung seines bayerischen Kollegen. „Wir brauchen deutliche Signale gegen eine zunehmende Ausrichtung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Das Wohl der Menschen muss im Mittelpunkt stehen, nicht das Streben nach Profitmaximierung. Meine zentrale Forderung ist schon lange eine bessere Vergütung von Vorhaltekosten zur Sicherstellung der Notfallversorgung, der Kinderkliniken sowie im Bereich der Geburtshilfe. Die dazu bislang vorliegenden Vorschläge des Bundes reichen nicht aus. Zudem müssen die Länder deutlich stärker als bisher substanzvoll in die Beratungen eingebunden werden, wie wir es bei den Bund-Länder-Gesprächen letzte Woche gefordert haben. Bis die Reform greift, kann so manche Einrichtung geschlossen sein. Diesen kalten Strukturwandel müssen wir verhindern!“, warnte Holetschek. Er erinnerte deshalb an Lauterbachs Zusicherung, dass die Mehrkosten der Einrichtungen durch gestiegene und immer weiter steigende Energie- und Sachkosten mit den finanziellen Zuschüssen des Bundes gedeckt werden können. „Darauf müssen sich die Menschen in Deutschland verlassen können. Entscheidend ist, dass diese Versprechen schnell umgesetzt werden. Die Kliniken brauchen jetzt Hilfe!“

Dass viele Kliniken in dieser völlig aus dem Ruder laufenden Kostenspirale kaum Stellschrauben haben und Einsparungen kaum möglich sind, wurde in jüngster Zeit auch in der Bayerischen Gemeindezeitung ausführlich thematisiert.

## Neuerlicher Brandbrief an Gesundheitsminister

Die Verzweiflung wird immer größer. Nunmehr richten die Landräte der Landkreise Eichstätt, Neuburg-Schrobenhausen, Pfaffenhofen und der Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt zusammen einen Brandbrief an Bundesgesundheitsminister Lauterbach.

Sie stünden „einer dramatischen Entwicklung in unseren Kliniken und Krankenhäusern hilflos gegenüber“, schreiben Dr. Christian Scharpf, Alexander Anetsberger, Albert Gürtner und Peter von der Grün und fordern, den Kliniken umgehend finanzielle Unterstützungen bereitzustellen und umfassende und nachhaltige Reformen des Gesundheitswesens durchzuführen, um eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige medizinische Versorgung sicherzustellen.

Seit Beginn der SARS-COV-2-Pandemie habe sich die strukturelle Situation der Krankenhäuser fortlaufend verschlechtert; sie sei nun dramatisch. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen litten unter wechselnden, aber stets hohen Belastungen. Wie seltsam, dass trotz hoher Impfquote die Zahl von Corona-positiven Patienten im Oktober 2022 auf Rekordniveau stieg. Auch die Zahl der nicht aktuell mit Corona infizierten steige immer weiter. „In der aktuellen Situation ist es für die Mitarbeiterschaft nur noch mit enormem persönlichen Aufwand

„Schließlich können die Krankenhäuser nicht einfach die Temperatur herunterdrehen“, warnte Holetschek und berichtete von einem schwäbischen 130 Betten-Haus, das einen durchschnittlichen Verbrauch von zwei Millionen Kilowattstunden Gas im Jahr hat. Dort seien aktuell weder nennenswerte Einsparungen noch ein kurzfristiger Wechsel auf Öl, Fernwärme oder Biomasse möglich. Auch andere Krankenhäuser können, wenn überhaupt, oft maximal 10 Prozent Gas einsparen – „und das ist dann mit einem Wechsel auf andere, ebenfalls teure Energieträger oder mit Einschränkung des Betriebes verbunden. Notwendig wären aber 20 bis 30 Prozent Einsparung – ohne dass dafür die Versorgungsqualität leiden darf!“

## Es geht nicht nur um die Krankenhäuser

Der Minister warnte: „Neben den Krankenhäusern dürfen wir auch die Vorsorge- und Rehaeinrichtungen, Arztpraxen und Pflegeheime sowie Pflegedienste nicht vergessen. Ohne eine unbürokratische Unterstützung könnte auch für sie auf den kalten Winter ein bitterer Frühling folgen. Klar ist, dass Wohngeld plus und Heizkostenzuschuss eine wichtige Entlastung für einen kleinen Teil der Heimbewohner bei den Kosten des Wohnens sind, bei den Heimen selbst kommt das Geld nicht an. Insofern kann sich Herr Lauterbach Verbesserungen beim Wohngeld gerade nicht als Unterstützung der Heime anrechnen. Heimbetreiber brauchen wie die Kliniken dringend Unterstützung bei den Kosten, die sie nicht auf Pflegebedürftige umlegen können.“

Im Hinblick auf die Pflegekosten beklagt Bayerns Gesundheitsminister, dass er von der Bundesregierung noch keinen konkreten Vorschlag gehört hat. So seien Pflegedienste besonders von den steigenden Spritkosten betroffen. Er verlangt deshalb „einen Mechanismus, um die außerordentlichen Kostensteigerungen bei den Pflegeeinrichtungen kurzfristig aufzufangen“, ohne dass die Pflegebedürftigen damit belastet werden. □

GZ

## Expertenrunde

GZ

### Aktuelle Herausforderungen im kommunalen Straßenbau

1. Dezember 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Online, kostenfrei, Registrierung erforderlich

Straßen sind öffentliche Güter, die aufwendig unterhalten werden müssen. Autofahrer wollen staufrei und zügig ihre Ziele erreichen, Radfahrer sicher auf ebenen Flächen fahren und Fußgänger brauchen breite Wege. Für Anlieger und Geschäftsleute, Ver- und Entsorgungsbetriebe sowie Rettungsdienste muss Erreichbarkeit gewährleistet werden.

Rund 860.000 km Straßen sind die sichtbaren Lebensadern unseres Zusammenlebens in Deutschland. Die Gemeindestraßen, deren Bau und Unterhalt den Gemeinden innerhalb ihres Gemeindegebietes obliegt, bilden weit über die Hälfte des Straßennetzes ab. Für den kommunalen Straßenbau und -unterhalt erhalten die bayerischen Gemeinden pauschale Fördermittel des Freistaats. Darüber hinaus können Neu- und Ausbauprojekte von verkehrswichtiger Bedeutung gefördert werden.

Aufgrund hoher Energiepreise, massiv steigender Erzeugerpreise, steigender Umweltauflagen, stetig steigender Kosten für Transport und Entsorgung von Bauabfällen und des Fachkräftemangels stehen die Ausbau- und Erhaltungsplanungen der Kommunen im Straßenbau zunehmend unter Druck.

### Referenten und Programm:

- In Stoffkreisläufen denken – planen – bauen | **Baudirektor Dr.-Ing. Johann Eicher, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr**
- Umgang mit Bodenaushub nach der neuen Mantelverordnung | **Holger Seit, Landesverband Bayerischer Bauinnungen e.V. (LBB)**
- Materialpreissteigerungen im kommunalen Straßenbau in Bayern – Herausforderungen in der Praxis | **Robert Huber, Bayerischer Bauindustrieverband e.V. (BBIV)**
- Umgang mit Recycling-Baustoffen im Straßenbau | **Stefan Schmidmeyer, Baustoff Recycling Bayern e.V. gemeinsam mit Dr. Bernhard Kling, Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e. V. (BIV)**
- EU-Projekt „URGE: Circular Building Cities“ | **Daniel Rank, Landeshauptstadt München**
- Moderation: Constanze von Hassel | **Bayerische Gemeindezeitung**

Anmeldung: [www.bayerisches-infrastrukturforum.de](http://www.bayerisches-infrastrukturforum.de) □

GZ

## Akademie

GZ

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

### Bildrechte und die DSGVO

Teil 1: 18. November 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Teil 2: 9. Dezember 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht in die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: [veranstaltungen@gemeindezeitung.de](mailto:veranstaltungen@gemeindezeitung.de)

Teilnahmegebühr: 290,- € zzgl. MwSt. □

### Medientraining: Grundkenntnisse

11. Januar 2023, 14:00 - 16:30 Uhr

Sie haben etwas zu sagen! Klar, denn Sie arbeiten als Pressereferenten, in der Öffentlichkeitsarbeit oder als "Entscheider" für Ihre Heimat. Doch wie vermitteln Sie am besten Ihre Inhalte? Wie springen die Medien auf Ihre Bekundungen an? Und wie ticken Journalisten eigentlich? All das erfahren Sie in diesem Seminar. Für Sie wird es ab sofort kein Problem sein, mit der Presse zu agieren, denn mit diesem Kurs sind Sie auch in der Präsentation und Ihrer Rhetorik gewappnet und wissen, wie man sich, seine Schutzbefohlenen und die Heimat in der Öffentlichkeit präsentiert.

Inhalt: Wie ticken Journalisten? Wie präsentiere ich am besten? Welche Situationen gibt es? Rhetorik, Tipps & Tricks

Referent: Maximilian von Rossek, Politikjournalist

Anmeldung: [veranstaltungen@gemeindezeitung.de](mailto:veranstaltungen@gemeindezeitung.de)

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt. □

geschaffenerer Bürokratismus, mehr abbildbar. „Der Ausblick der Arbeit der Kliniken. Sie werden massiv negative Jahresergebnisse erwirtschaften, die die Garantstellung der Träger völlig überfordert. Dringend erforderliche Investitionen in die Infrastruktur der Häuser sind nicht

unserer Kliniken und Krankenhäuser in das nächste Jahr lässt diese ratlos zurück; verlässliche Zusagen zu einer adäquaten Finanzierung der Kosten sind nicht vorhanden“, schreiben die Kommunalpolitiker. □

## Senioren-Union für sofortige Aufhebung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht

„Die Senioren-Union der CSU fordert die Aufhebung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht“, betonte deren Landesvorsitzender, der Passauer Altlandrat Franz Meyer. Eine Verlängerung über den 31.12.2022 hinaus wird strikt abgelehnt. Die Überlegungen zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht beruhten darauf, dass die allgemeine Impfpflicht vom Deutschen Bundestag beschlossen wird. Nachdem die Bundesregierung keinen eigenen Vorschlag eingebracht hat und die allgemeine Impfpflicht bei den Beratungen im Bundestag scheiterte, ist auch die einrichtungsbezogene Impfpflicht obsolet, erklärt die Senioren-Union. „Wir können nicht weiter die Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich einseitig belasten. Die Senioren-Union weist seit Monaten auf den drohenden Pflegenotstand hin. Daher brauchen wir jede verfügbare Arbeitskraft in Medizin, Pflege und Eingliederungshilfe“, fasst Meyer zusammen. „Wir müssen verhindern, dass dringend benötigtes Fachpersonal oder Auszubildende in andere Berufe oder ins benachbarte Ausland abwandern.“ □

## Wir gratulieren

### ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Anton Schwele  
86871 Rammingen  
am 29.11.

### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Lioba Zieres  
97791 Obersinn  
am 28.11.

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hubert Ammer  
94368 Perkam  
am 17.11.

### Bürgermeister Albin Schäfer

63825 Sommerkahl  
am 19.11.

### Landrat Thomas Karmasin

82256 Fürstenfeldbruck  
am 28.11.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Grasl  
82541 Münsing  
am 26.11.

### Bürgermeister Gerald Reiter

92549 Stadlern  
am 26.11.

### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Hanner  
84378 Dietersburg  
am 17.11.

### Bürgermeister Stefan Rinke

87645 Schwangau  
am 27.11.

### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Feistl  
82386 Oberhausen  
am 18.11.

### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Marco Trautner  
91346 Wiesenttal  
am 25.11.

## Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Kulturpreis Bayern 2022:

## Wo können wir diverser, mutiger und unperfekter sein als in der Kunst!

Vielfalt, ernste und unterhaltende Töne und vor allem hohe Wertschätzung für die Menschen in Kunst und Wissenschaft prägten die Verleihung des diesjährigen Bayerischen Kulturpreises

In Kooperation mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst zeichnete die Bayernwerk AG (Bayernwerk) auch dieses Jahr Künstler und Wissenschaftler mit dem Kulturpreis Bayern aus. Es war ein gleichermaßen ernster wie bunter Abend in den Münchner Eisbachstudios.

In der Sparte Kunst wurden der Countertenor Valer Sabadus, die Band Sportfreunde Stiller, der Fotograf Olaf Unverzart, die Künstlerin und Lyrikerin Augusta Laar sowie die Schauspielerin Lucy Wilke ausgezeichnet. In der Sparte Wissenschaft haben 33 Absolventen und Doktoranden bayerischer Kunsthochschulen, Hochschulen und Universitäten den begehrten Preis erhalten.

**Kunst ist die Art, wie ich mich ausdrücke**

Die Opernsängerin Golda Schultz erhielt den Sonderpreis des bayerischen Kunst- und Wissenschaftsministeriums. Staatsminister Markus Blume würdigte Golda Schultz als „Ausnahmekünstlerin, die auf allen Bühnen der Welt zuhause ist ... Sie denkt die Grenzen ihres Genres neu.“

„Kunst ist die Art, wie ich mich ausdrücke“, so Schauspielerin Lucy Wilke (Laudatorin: Lotta Ökmen), die zudem in einem gemeinsamen Bühnenauftritt mit ihrer Mutter als Duo „blind&lamé“ sang. Augusta Laar hat nach ihren Worten schon als Kind Kunst gemacht, ohne zu wissen, dass es Kunst ist. „Gedichte sind wie eine gedankliche Skulptur, da tun sich Räume auf. Ich will begehbbare Gedichte schreiben“, erzählt Augusta Laar (Laudator Kalle Aldis Laar). Für Florian Weber von Sportfreunde Stiller (Laudator: Hannes Ringlstetter) ist es herrlich, nach fünf Jahren Pause wieder Kultur schaffen zu dürfen: „Wo können wir diverser, mutiger oder unperfekter sein, als in der Kunst“.

**Mut und Entschlossenheit in schwierigen Zeiten**

Für Olaf Unverzart (Laudator: Markus Kubesch) erfordert Kunst, Sachen in Frage zu stellen. „Man muss sich seine kindliche Neugier erhalten, neue Dinge suchen“, so der Fotograf. Für Sänger Valer Sabadus (Laudatorin Prof. Gabriele Fuchs) sind Kunst und Kultur eine universelle Sprache. „Kunst und Kultur sind der Katalysator unserer Gesellschaft“.

Im Gespräch mit Moderatorin Nina Sonnenberg und Bayernwerk-Chef Dr. Egon Leo Westphal brachte Staatsminister Markus Blume seine persönliche Wertschätzung für alle diesjährigen Preisträger sowie für die Leistung aller Menschen in Kunst, Kultur und Hochschullandschaft zum Ausdruck: „Bayern ist unheimlich reich an Kunst und Wissenschaft. Diesen Reichtum erhalten und entwickeln Künstlerinnen, Künstler, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wie unsere heutigen Preisträgerinnen und Preisträger. Unser Dank und unsere Wertschätzung gelten Kunst und Wissenschaft, insbesondere auch für den Mut und die Entschlossenheit in der so fordernden zurückliegenden Zeit der Pandemie. Unsere bayerische Kulturszene und unsere Hochschulen haben in den letzten Jahren unfassbar viel auf sich genommen und geleistet.“ Dr. Egon Leo Westphal zeigte sich im Gespräch beeindruckt: „Wir lernen jedes Jahr aufs Neue von den Preisträgerinnen und Preisträgern. Das zeigt, welche Kraft in Kunst und Wissenschaft steckt.“

Die 33 besten Absolventinnen und Absolventen und Doktorandinnen und Doktoranden bayerischer Hochschulen, Universitäten und Kunsthochschulen erhielten den Preis für ihre herausragenden wissenschaftlichen Leistungen.

**Forum für die Wissenschaft**

Das Spektrum der Fachbereiche reicht von der Biochemie über Physik und Medizin bis hin zu Kunst und Philosophie. Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender des Bayernwerks, hob hervor, dass unter den Abschlussarbeiten auch wichtige Beiträge für das Voranbringen der Energiewende sind. Jedoch würdigte er nicht nur die individuellen Leistungen, sondern hob auch die Bedeutung der Wissenschaft im Allgemeinen hervor: „Innovation und wis-

senschaftlicher Fortschritt sind wichtige Bausteine unserer Gesellschaft. Ohne sie ist Entwicklung nicht möglich.“

Die Preisverleihung fand mit rund 300 geladenen Gästen statt und wurde zudem in regionalen Fernsehsendern und als Stream live übertragen. Moderatorin Nina Sonnenberg führte durch den Abend. Umrahmt wurde die Preisverleihung neben „blind&lamé“ durch den Sänger Malik Harris (Rockstars), durch die Kabarettisten und Musiker Stefan Leonhardsberger und Martin Schmid sowie durch ein bewegendes Gedicht der Preisträgerin Augusta Laar zum Krieg in der Ukraine, das Kalle Aldis Laar vortrug. Talkgast war Neurowissenschaftler Dr. Henning Beck.

**Informationen**

Wer die Sendung verpasst hat, kann sie nachträglich sehen unter [www.bayernwerk-live.de/kulturpreis-bayern](http://www.bayernwerk-live.de/kulturpreis-bayern). Dort sind die Steckbriefe aller Preisträger zu finden. □



V.l.: Frank Seuling, Manuela Rottmann und Ludwig Hartmann.

Bild: Andreas Gebert

**Kongress „ZukunftLAND“ der Grüne Fraktion Bayern:**

## „Heimat ist, was wir draus machen!“

Auf dem Land liegt der Pionieraum für neuen Wohlstand. Seine Vielfalt macht den ländlichen Raum zum perfekten Ökosystem für Innovation. „Aufgabe muss sein, die ‚drei G‘ sicherzustellen: Gestaltungsmacht, Gehalt, Geld. So machen wir das Land zum Land der Möglichkeiten“, lautete der Tenor einer Konferenz der Grüne Fraktion Bayern im oberfränkischen Energiepark Hirschaid unter dem Motto „ZukunftLAND – Heimat ist, was wir draus machen!“

Vor rund 170 Teilnehmern erklärte Dr. Manuela Rottmann, MdB, parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: „Das nächste Jahrzehnt wird ein Jahrzehnt der ländlichen Räume. Innovation und Wertschöpfung werden im Wesentlichen auf dem Land stattfinden: Egal ob es um die Ernährungswende, die Energiewende oder die Wiederherstellung von Ökosystemen geht.“

**Ein lebenswertes Morgen gestalten**

Wie heute gemeinsam ein lebenswertes Morgen gestaltet werden kann, wurde in einer Reihe von Workshops erarbeitet. Mit Blick auf „Gemeinschaft leben auf dem Land“ (Impulsgeber: Melina Hölzl, Urbanistik (M. Sc.)), Teilnehmerin am Projekt „Young Planners“ des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie) definierte Ludwig Hartmann, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag und Sprecher für ländliche Räume, den Flächenfraß als eines der bewegenden Themen für die Menschen in Bayern. Verständnis für den nächsten Supermarkt auf der grünen Wie-

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Menschen mit der eigenen Pflegebedürftigkeit oder der eines Menschen in ihrem familiären Umfeld konfrontiert sind, beginnt für alle Beteiligten eine besonders sensible Lebensphase. Viele sind verunsichert. Sie ängstigen sich, was auf sie zukommt. Und meist brauchen sie Unterstützung, wenn sie Leistungen bei der Pflegeversicherung beantragen, Anträge ausfüllen und geeignete Angebote auswählen müssen. Fast jede Familie ist irgendwann davon betroffen, und jede familiäre Konstellation ist dann anders.

Genau hier setzt die Arbeit der Pflegestützpunkte (PSP) an. Aus meiner Sicht sind die Pflegestützpunkte ein hervorragendes Instrument, um Menschen bei diesen schwierigen Lebensentscheidungen zu unterstützen – wohnortnah, umfassend und unabhängig. Deshalb hat der Bezirk

### Guter Service, sichere Erreichbarkeit

Oberbayern dieses Projekt zur Chefsache gemacht. Beim Start im Frühjahr 2020 gab es in Oberbayern nur einen Pflegestützpunkt in Neuburg-Schrobenhausen. Heute stehen den Menschen in 16 von 20 Landkreisen und in zwei von drei kreisfreien Städten sachkundige Personen in Pflegestützpunkten mit Rat und Tat zur Seite. Weiße Flecken gibt es nur noch in den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen, Fürstentum Miesbach sowie in der Landeshauptstadt München, die bereits über ein engmaschiges Beratungsnetz verfügt. Im Landkreis München unterzeichnen wir demnächst den Vertrag.

Unsere in Oberbayern im bayerischen Vergleich sehr gute Abdeckung ist das Ergebnis einer großartigen Gemeinschaftsleistung der beteiligten Kranken- und Pflegekassen, der Landkreise und kreisfreien Städte sowie des Bezirks Oberbayern. „Miteinander“ war und ist das Zauberwort. Gemeinsam teilen wir uns auch die PSP-Finanzierung: Kranken- und Pflegekassen übernehmen zwei Drittel der Kosten, der Landkreis beziehungsweise die kreisfreie Stadt und der Bezirk Oberbayern teilen sich das verbleibende Drittel jeweils zur Hälfte.

Die aktuellen Rechtsgrundlagen beinhalten ein kommunales Initiativrecht. Das heißt, die Kassen müssen mitziehen, wenn ein Landkreis

schen im Land schon viel weiter. Sie sehnten sich nach intelligenten Lösungen für Leerstände in der Ortsmitte. Niemand wollte Donut-Dörfer mit ausgestorbenen Ortskernen und ausfransenden Randgebieten.

**Die Menschen wissen selbst am besten, was sie brauchen**

„Die Menschen auf dem Land wissen selbst am besten, was sie



oder eine kreisfreie Stadt – meist auf der Grundlage eines Kreistags- oder Stadtratsbeschlusses – einen Pflegestützpunkt beantragt. Diese Regelung hat sehr befördert, dass wir so schnell fast flächendeckend Pflegestützpunkte etablieren konnten. Das Initiativrecht läuft Ende 2023 aus. Das ist für uns ein guter Grund, bei den verbleibenden Landkreisen weiterhin Überzeugungsarbeit zu leisten und zu hoffen, dass sie die Gunst der Stunde noch nutzen werden.

Die Pflegestützpunkte sind nach unserer Auffassung ein wichtiges Instrument, um die soziale Daseinsvorsorge in einem so komplexen Bereich wie der Pflege zu sichern. Warum das so wichtig ist, lässt sich bei einem Blick in die Statistik erkennen. Aktuell leben in Bayern rund 491.000 Menschen, die ambulant oder stationär pflegebedürftig sind. Laut einem Gutachten des Bayerischen Gesundheitsministeriums steigt die Zahl bis zum Jahr 2050 auf mindestens 671.000 bis zu 888.000 Menschen.

All diese Menschen brauchen dringend Beratungsangebote, wie sie sie beim Pflegestützpunkt bekommen können. Informationen aus erster Hand benötigen aber nicht nur Pflegebedürftige, sondern auch rund 50.000 Menschen mit Behinderungen, die vom Bezirk Oberbayern Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten.

Jede Person steht für ein meist bewegendes menschliches Schicksal. Deshalb haben wir mit unserer Beratung vor Ort ein weiteres wohnortnahes Beratungsangebot geschaffen, das die Arbeit der Pflegestützpunkte ergänzt. Mitarbeitende des Bezirks Oberbayern sind unser Gesicht vor Ort. Sie sind an einem Tag pro Woche mit einer offenen Sprechzeit an den jeweiligen Pflegestützpunkt angedockt und ergänzen dessen Arbeit mit der Beratung zu unseren Sozialen Leistungen.

Aktuell gibt es 16 Beratungen vor Ort in Oberbayern, zwei weitere gehen noch im November an den Start. Eine wichtige Besonderheit ist: Bei der Beratung berücksichtigen unsere Mitarbeitenden die regionalen Gegebenheiten und vernetzen sich mit der sozialen Landschaft vor Ort. Wir selbst bündeln an jedem Standort unser vielfältiges Wissen zur Eingliederungshilfe, zu den Leistungen für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten und natürlich zur ambulanten und stationären Hilfe zur Pflege. Denn uns ist es ein Anliegen, dass das Wissen dort ankommt, wo es benötigt wird. Unsere Ziele sind: guter Service, sichere Erreichbarkeit und zügige Klärung der Anliegen. Denn: In einer immer komplexer werdenden Welt sind kurze Wege wichtiger denn je!

**Ihr Josef Mederer**

Bezirkstagspräsident von Oberbayern

nach ihren Bedürfnissen eigenverantwortlich.

**Bis ins hohe Alter in gewohnter Umgebung leben**

Beim Workshop „Gesund bleiben auf dem Land“ (Impulsgeber: Christine Becker, Salutoconsult, freiberufliche Beraterin für die wohnortnahe Gesundheitsversorgung), stellte Katha-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Ich lese die **GZ**

» ... weil die Kommunen für die Umsetzung der gemeinsamen Ziele die entscheidenden Partner sind. «

**Carolina Trautner**  
Staatsministerin a.D.  
Landtagsabgeordnete





Bayerischer Musikschultag in Lauf a. d. Pegnitz:

## Wert der Gemeinschaft

Die Musikschullandschaft als Ort der Begegnung und Vernetzung: Unter dem Motto „Gemeinsam!“ fand in diesem Jahr der 45. Bayerische Musikschultag im mittelfränkischen Lauf a. d. Pegnitz statt. Eröffnet wurde der Musikschultag mit einem Konzert zum 40-jährigen Jubiläum der Laufer Musikschule. Den kulturpolitischen Höhepunkt bildete ein Festakt, dem Vertreter aus Politik, Kultur und den Musikhochschulen beiwohnten.

Thomas Lang, Erster Bürgermeister der Gastgeberstadt, verwies in seiner Begrüßung auf die erfolgreiche Zusammenarbeit von Musikschulen, Freistaat und Kommunen, lobte die Arbeit der Sing- und Musikschule Lauf und hob deren enorme Bedeutung hervor. Professor Rainer Kotzian, Präsident der Musikhochschule Nürnberg, stellte in seiner Festrede die Gemeinsamkeiten der Musikschulen mit den Musikhochschulen in den Vordergrund: „Wir müssen uns in jeder einzelnen Situation fragen: Tun wir wirklich schon alles, was in unserer Macht steht, um Vernetzung zu ermöglichen? ... Wir brauchen eine Verbesserung der Sichtbarkeit und Wertschätzung der Musikschularbeit – in ihrer gesamten Vielfalt.“

Bayerischer wiedergewählt

Aus Sicht des einstimmig zum vierten Mal in Folge gewählten Präsidenten des Verbandes Bayerischer Sing- und Musikschulen, Landrat Martin Bayers-

### Starker Draht ...

(Fortsetzung von Seite 1) im Schengenraum und die Auswirkungen der EU-Migrationspolitik auf die bayerischen Landkreise diskutiert.

Vorträge von Botschafterin Dr. Helen Winter, Stellvertreterin der Ständige Vertreterin der Bundesrepublik Deutschland bei der EU über die anstehenden Herausforderungen für Deutschland in der EU sowie von Georg Huber, Leiter der EU-Repräsentanz des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands über aktuelle Herausforderungen in der Finanzmarktregulierung rundeten die Tagung ab.

Getagt wurde im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR). Für den Ersten Vizepräsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Habermann, Rhön-Grabfeld, ist dieser Ort kein unbekannter. Als einer von zwei Vertretern des Deutschen Landkreistags vertritt der Unterfranke im AdR die Belange aller 294 deutschen Landkreise und setzt sich dafür ein, dass Fragen der Daseinsvorsorge dort geregelt werden, wo sie umgesetzt werden: auf der Ebene der Kommunen. Der AdR hat ein förmliches Mitspracherecht, wenn EU-Rechtsvorschriften lokale Gebietskörperschaften betreffen. Habermann wurde in diesem Jahr sogar als Mitglied in das Präsidium des AdR berufen.

Zur Tagung gehörte auch ein Festakt anlässlich des 30. Geburtstages des Europabüros der bayerischen Kommunen (EBBK). Dieses teilt sich der Bayerische Landkreistag seit 1992 mit dem Bayerischem Gemeindetag, dem Bayerischen Städtetag, dem Bayerischen Bezirkstag und dem Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband. 1999 haben sich noch Sachsen und Baden-Württemberg angeschlossen. Die Kommunalen Spitzenverbände der übrigen Bundesländer werden vom Deutschen Landkreistag vertreten. Das Büro ist insofern einzigartig. Im Rahmen der Veranstaltung in der Vertretung des Freistaates Bayern wird die Präsidentin des Europäischen Parlamentes, Roberta Metsola, MdEP, Einblicke in aktuelle Herausforderungen der EU geben. □

torfer, trägt das Netzwerk Musikschule einen maßgeblichen Anteil des Begegnens und Miteinanders. Die Musikschulen und ihre Arbeit bedeuteten nachhaltige Lernerfahrungen: Neben der musikalischen Entwicklung werde auch eine Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler angeregt, der Wert des Miteinanders gestärkt und somit auch Einfluss auf die gesamte Gesellschaft genommen. „Denn gemeinsame Werte wie auch Anerkennung individueller Qualität sind die Basis für einen wertschätzenden Umgang miteinander – mit der Vielfalt der Gemeinschaft“, betonte Bayerstorfer.

„Unsere Musikschulen sind seit Jahrzehnten dank kontinuierlicher Arbeit die breite Basis für die Musikausbildung in Bay-

ern“, unterstrich der Präsident des Bayerischen Musikrates, Dr. Helmut Kaltenhauser, MdL. In 220 Musikschulen werde schon bei den Kleinsten Interesse für die Musik geweckt. Wenn dann noch Talent und Fleiß dazukommen, bekomme man dort das Handwerkszeug, um wirklich etwas aus dem Interesse für Musik zu machen – über ein gewisses Level hinauszukommen, durch die Kooperationen mit den Hochschulen die Musik auch zum Beruf zu machen. „Davon profitiert unsere ganze Gesellschaft“, so Kaltenhauser.

Musikalischer Altstadtspaziergang

Mit einem musikalischen Altstadtspaziergang klang der diesjährige Bayerische Musikschultag aus. Die Teilnehmer wurden durch sehenswerte Orte der Altstadt geführt, angereichert mit historischen Informationen zur Stadtgeschichte und musikalischen Stationen, die von Musikschülern des Landkreises Nürnberger Land gestaltet wurden. DK

## Heimat ist, was wir ...

(Fortsetzung von Seite 3)

rina Schulze, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag und innenpolitische Sprecherin, fest: „Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass alle Menschen wohnortnah Zugang zu medizinischer Versorgung und Pflegedienstleistungen haben. Denn wenn es eine medizinische Betreuung in der Nähe gibt, dann ist auch ein Wohnen bis ins hohe Alter in gewohnter Umgebung möglich. Dazu wollen wir den Ausbau von Gesundheitszentren als Ankerpunkte der gesundheitlichen Versorgung auf dem Land mit eigenen Vergütungsstrukturen unterstützen und die Krankenhausplanung- und vergütung reformieren.“

Für jedes Kind ein Recht auf gute Bildung

Beim Thema „Gute Bildung auf dem Land“ (Impulsgeber: Florian Questel, Bürgermeister von Ahorntal) wies Schulze darauf hin, dass jedes Kind das Recht auf gute Bildung habe, unabhängig davon, wo es in Bayern aufwächst. Dafür müssten Kitas, Schulen und berufliche Bildungszentren im ganzen Land personell und technisch besser ausgestattet werden. Kommunen und Landkreise seien bei der Aufrechterhaltung ihrer Bildungsstandorte gezielt zu unterstützen. Zudem brauche es flächendeckendes Internet in allen Klassenzimmern, eine faire Vergütung von Lehrkräften und einen erleichterten Quereinstieg für Fachkräfte.

Im Rahmen des Workshops „Zuhause sein auf dem Land“ (Impulsgeber: Alexandra Fröhlich, ehrenamtliche Landesvorsitzende der Katholischen Landjugendbewegung (KLJB) Bayern; Stefan Kohlmeier, Architekt, Projekt Mehrgenerationenwohnen Pallaufhof in Münsing) wurde für die Stärkung innovativer Wohnformen durch verbesserte Förderkonditionen plädiert. Sinnvoll sei auch ein Landesprogramm zur Quartiersentwicklung. Die Schaffung von mehr Mietwohnungsbau – genossenschaftlich, öffentlich und privat, eine Mietpreisbindung im Bestand sowie eine ressourcenschonende und kreislaufgerechte Bauweise stünden ebenfalls auf der Agenda. Überdies müsse Wohnraum für alle Menschen bezahlbar sein und ausreichend zur Verfügung ste-

hen. Dieses Grundrecht werde oft missbräuchlich angeführt, um klimapolitisch notwendige Vorgaben im Gebäudebestand zu verdrängen, hieß es. Mit einem Sozialwärmefonds, in den jährlich 300 Mio. Euro aus dem Staatshaushalt fließen, wollen die Landtags-Grünen sicherstellen, dass kein Mensch in Bayern durch den klimaneutralen Umbau der Gebäude in existenzielle Nöte gerät.

Beim Thema „Mobil sein auf dem Land“ (Impulsgeber: Michael Stumpf, Landratsamt Hof, Projekt HoferLandbus) setzt die Grüne Fraktion neben der Verdoppelung des ÖPNV-Anteils am Verkehrsaufkommen auf 20 Prozent bis 2030 auf sichere Rad- und Fußwege sowie attraktive Bus- und Bahnverbindungen überall in Bayern. So sollen in Orten ab 200 Einwohnern werktags von fünf Uhr morgens bis Mitternacht im Stundentakt öffentliche Verkehrsmittel fahren. Für die Gründung flächendeckender Verkehrsverbände will man die Kommunen unterstützen. Verkehrsberuhigung innerorts, der Ausbau des E-Ladnetzes (in einem Radius von zehn Kilometer soll von überall in Bayern eine Ladesäule erreichbar sein, in einem Radius von 20 Kilometer eine Schnelladesäule) sowie die Vernetzung von Radverkehr, Car-Sharing und Rufangeboten sind weitere Schwerpunkte.

Energiewende gestalten, Wertschöpfung steigern

Auf der Agenda stand auch das Thema „Energiewende gestalten, Wertschöpfung steigern“ (Impulsgeber: Ludwig Friedl, Vorsitzender Bayerische Energieagenturen e.V.). Neben dem Ausbau von Windkraft und Solarenergie fordert die Grüne Landtagsfraktion ein Klimagesetz für Bayern sowie die Schaffung eines dichten Netzes regionaler Energieagenturen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten. Bei den Bayerischen Staatsforsten will sie eine Windim-Wald-Einheit einrichten, die sich ausschließlich um die Ermittlung von geeigneten Standorten und deren Vermarktung kümmert. Die Einkünfte aus diesem Geschäft sollen zu hundert Prozent in den Waldnaturschutz fließen.

Angelehnt an einem Verteilungssystem ähnlich dem kommunalen Finanzausgleich sollen zu-

## Bayern setzt sich für bezahlbare Mieten trotz hoher Inflation ein

Ministerrat beschließt Bundesratsinitiative für neues Verfahren zur Anpassung von qualifizierten Mietspiegeln und zur Anpassung von Indexmieten

Die Begrenzung des Mietanstiegs in Zeiten steigender Energiepreise und hoher Inflation ist ein wichtiges Anliegen der bayerischen Staatsregierung. Menschen mit normalen Einkommen, Senioren und Familien müssen sich das Leben auch in Ballungsräumen weiter leisten können. Der Ministerrat hat deshalb eine Bundesratsinitiative zur „Ermöglichung von Mietspiegelanpassungen anhand des Mietpreisindex und Anpassung von Indexmieten“ beschlossen.

Qualifizierte Mietspiegel müssen nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) alle zwei Jahren angepasst werden – entweder durch eine neue Datenerhebung oder anhand des Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamts. Die Gemeinden nutzen meist die Indexanpassung, weil sie deutlich einfacher und kostengünstiger ist.

Das Problem: Durch die aktuell hohe Inflation führt eine Indexanpassung zu großen Mietsprüngen. So hätte sich für einen im Juli 2020 erstellten Mietspiegel bei einer Anpassung nach dem Verbraucherpreisindex im Juli dieses Jahres bereits eine Steigerung von 11,6 Prozent ergeben. Die Gemeinden stehen somit vor der Wahl, ungewollt zum Mietpreistreiber zu werden oder von der einfachen und kostensparenden Indexanpassung keinen Gebrauch mehr zu machen.

Hier will die Staatsregierung zum Schutz der Mieterinnen und Mieter einen pragmatischen Ausweg eröffnen. Der Freistaat fordert deshalb vom Bund, dass qualifizierte Mietspiegel künftig auch durch einen Mietpreisindex angepasst werden können, der das derzeit deutlich

unter der Inflation liegende Preiswachstum bei den Mieten abbildet. Dies würde einen wichtigen Beitrag leisten, die durch stark steigende Energie- und Heizkosten belasteten Mieterinnen und Mieter vor zusätzlichen erheblichen Mieterhöhungen zu schützen.

Gleichzeitig sollen damit auch die Kommunalhaushalte entlastet werden, indem den Gemeinden die Möglichkeit gegeben wird, qualifizierte Mietspiegel auch ohne Rückgriff auf den Verbraucherpreisindex kostengünstig zu aktualisieren. Mit der Bundesratsinitiative wird die Bundesregierung aufgefordert, die rechtlichen Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Das Problem steigender Wohnkosten stellt sich in besonderer Weise bei Indexmietverträgen. Auch hier werden Mieterinnen und Mieter doppelt durch die steigenden Energiekosten belastet: Zusätzlich zu den stark erhöhten Betriebskosten müssen Mieterinnen und Mieter mit Indexverträgen mit deutlichen Mieterhöhungen entsprechend der Inflationsrate rechnen. Die Inflationsrate steigt zu einem wesentlichen Teil ebenfalls durch den Energiekostenanstieg. Die Justizministerkonferenz hat deshalb unter Vorsitz Bayerns auf ihrer Frühjahrstagung im Juni dieses Jahres beschlossen, dass Mieterinnen und Mieter mit Indexverträgen entlastet werden sollen. Der Bundesjustizminister wurde darin aufgefordert, die Einführung einer wirksam dämpfenden Regelung für die Erhöhung von Indexmieten zu prüfen, hat aber bislang nichts unternommen. Der Beschluss der Justizministerkonferenz wird mit der bayerischen Bundesratsinitiative ausdrücklich unterstützt. □

## CSU-Fraktion macht ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Energiekostensteigerung allein im Krankenhausesektor für 2023 im Vergleich zum Jahr 2021 aus. Der Bund sei aufgefordert, endlich für eine nachhaltige Finanzierung der Krankenhäuser zu sorgen. Hier bedürfe es eines Belastungsmoratoriums: „Wir fordern vom Bund jährlich 500

dem diejenigen Kommunen belohnt werden, die Flächen für die Windenergie (oder Solarparks) zur Verfügung stellen. „Wir wollen einen Landeswärmepool und kommunale Wärmeplanung für alle Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohner“, hieß es. Außerdem sei ein Fonds zur Absicherung von Geothermie-Bohrungen von Kommunen sinnvoll. Geschaffen werden soll darüber hinaus ein ordnungspolitischer Rahmen für einen Einspeisevorgang für überschüssige Wärme in Wärmenetze. Auch steht die Entwicklung eines Geschäftsmodells für den Vertrieb von Abwärme im Fokus.

Bioregionale Wertschöpfung

Was die „Bioregionale Wertschöpfung“ (Impulsgeber: Petra Wähning, Initiatorin der Genossenschaft Städte und Bauern) anbelangt, plädierten die Kongressteilnehmer für eine Öffnung der Landwirtschafts- und Ernährungspolitik für Start-ups sowie Kooperationen und Existenzgründungen im Gartenbau, der Landwirtschaft und der Lebensmittelverarbeitung. Langfristige Verträge und kurze Lieferketten zwischen Produzenten und Abnehmern sorgten dafür, dass die Wertschöpfung vor Ort bleibt und unabhängiger von internationalen Märkten ist. Unabdingbar notwendig sei zudem eine an den Bedürfnissen der Tiere ausgerichtete Haltung: „Die Forderungen der Gesellschaft nach mehr Tierwohl und Tiergesundheit sind ein wichtiger Aspekt der Nutztierhaltung in Bayern. Wir wollen Weidewirtschaft als ressourcenschonende Nutztierhaltung konsequent ausbauen“, lautete eine weitere Forderung. DK

Millionen Euro allein für klimaschützende Investitionen an den Plankrankenhäusern und den Universitätskliniken. Allen Bestrebungen aber, die Kompetenzen des Freistaats in der Krankenhausplanung und -finanzierung zu beschneiden, erteilen wir eine klare Absage. Genauso benötigen die Pflegeeinrichtungen ein Belastungsmoratorium“, unterstreicht die CSU-Fraktion.

Umfassende Reformen

Gefordert werden zudem umfassende Reformen in Kranken- und Pflegeversicherung. Die Vorschläge der Ampelkoalition auf Bundesebene seien vollkommen unzureichend. Der Entwurf des sogenannten GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes müsse dringlich nachgebessert werden. Krankenkassen benötigten mehr Puffer, die jetzt geplante Abschmelzung dürfe nicht kommen. Der Bund müsse versicherungsfremde Leistungen aus Steuermitteln übernehmen. Hierzu zählten insbesondere die zehn Milliarden Euro pro Jahr für Hartz-IV-Bezieher.

In der Pflegeversicherung waren aus Sicht der CSU-Fraktion die Tarifsteigerungen richtig und wichtig, um die Pflege als Berufszweig attraktiver zu gestalten. Die damit verbundenen Kostensteigerungen dürften jedoch nicht 1:1 an die Pflegebedürftigen und deren Angehörigen weitergereicht werden. Es bedürfe zwingend einer Refinanzierung der Tarifsteigerungen, die durch das Tarif-Treue-Gesetz ausgelöst wurden. „Hier müssen die Kassen der Einrichtungen die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.“

„Eine der zentralen Herausforderungen ist und bleibt die Behebung des Fachkräftemangels in den medizinischen und pflegerischen Berufen“, heißt es weiter. Auf Bundesebene wird das sofortige Ende der einrichtungsbezogenen Impfpflicht ebenso gefordert wie signifikant mehr Studienanfängerplätze in der Humanmedizin. Die Mitbestimmungsmöglichkeit des Bundesfinanzministeriums darüber, wie viele Pflegekräfte im Krankenhaus notwendig sind, müs-

se unterbunden werden, ebenso seien die Gesundheitsfachberufe zu stärken: „Die Tarifabschlüsse müssen vollständig von den Kostenträgern refinanziert und die Finanzierung der Ausbildungen hinsichtlich der Schulkosten, der Kosten der praktischen Ausbildung und der Ausbildungsvergütung geklärt werden“, heißt es hierzu.

„Im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel“ schlägt die CSU-Fraktion für Bayern einen Personalpool für alle pflegerischen und medizinischen Berufe, auch für Ärzte oder Hebammen über den Katastrophenfall hinaus, vor. Aus diesem Pool sollen sich Senioren- und Pflegeheim ebenso im Notfall bedienen können wie Krankenhäuser oder auch der Öffentliche Gesundheitsdienst. Überdies ist es das Ziel, die Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB) durch die Pflichtregistrierung der Pflegekräfte in Bayern zu stärken und mindestens 100 Ausbildungsplätze mehr für Notfallsanitäter zu schaffen. Auch soll es mittel- bis langfristig einen Masterstudiengang für Hebammen geben, und ebenso eine weitere Ausbildungsoffensive für die Pflege, um mehr junge Menschen dafür zu begeistern. Zusätzlich müsse die Anerkennung von ausländischen Qualifikationen in Gesundheitsberufen beschleunigt werden.

Genutzt werden müssten auch die Chancen, die die Digitalisierung für Gesundheit und Pflege bietet, unterstreicht die CSU-Fraktion. In der Resolution heißt es: „Wir brauchen eine durchgehende, medienbruchfreie Weitergabe von digitalen Behandlungsdaten vom Rettungswagen über die Notaufnahme, über die Stationen der Krankenhäuser bis hin zu den niedergelassenen Ärzten, die die Nachbetreuung übernehmen. Hier braucht es ein klares Bekenntnis und eine entschiedene Finanzierung durch den Bund. Der Krankenhauszukunftsfonds ist hier erst ein erster Schritt.“ Zudem wird eine zeitgemäße Krankenhaus-IT befürwortet. „Das entlastet die Krankenhäuser, so dass sie sich wieder mehr auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können.“ Um dieses Ziel zeitnah zu erreichen, brauche es weitere, zielgerichtete Fördermittel des Bundes. DK



Deutsch-Ukrainische Partnerschaftskonferenz in Augsburg:

## „In Krisenzeiten zusammenrücken“

Unter dem Motto „In Krisenzeiten zusammenrücken“ fand in Augsburg die 5. Deutsch-Ukrainische kommunale Partnerschaftskonferenz statt. In deren Rahmen tagte auch der zweite Runde Tisch deutscher und ukrainischer (Ober-)Bürgermeister. Durchgeführt wurde der zweitägige Kongress mit rund 300 Teilnehmern von Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) in Kooperation mit dem Bezirk Schwaben, dem Deutschen Städtetag und dem Verband ukrainischer Städte.

Im Rahmen von Fachbeiträgen und Podiumsdiskussionen wurde die deutsch-ukrainische kommunale Partnerschaftsarbeit unter den Aspekten ihrer Bedeutung für den Wiederaufbau der Ukraine und der EU-Integration beleuchtet. Überdies nahm man auch die zunehmend relevanten kommunalen Netzwerke auf europäischer Ebene in den Blick. Fachworkshops boten die Gelegenheit, bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen voneinander zu lernen. Bei einem „Markt der Möglichkeiten“ hatten die Teilnehmer an insgesamt elf Informationsständen die Möglichkeit, sich über die unterschiedlichen personellen und finanziellen Fördermöglichkeiten individuell beraten zu lassen.

Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze, die die Konferenz mit einer Video-Botschaft eröffnete, würdigte die Rolle der Kommunen. Bereits wenige Tage nach Kriegsbeginn hätten diese eine schnelle und unkomplizierte Hilfe geleistet. Durch gezielte Unterstützung hätten sie gezeigt, dass Kommunen für den Wiederaufbau der Ukraine zentral seien, insbesondere in den Bereichen der Energie-, Wasser- und Gesundheitsversorgung. Erfreulich sei die wachsende Anzahl der kommunalen Partnerschaften von etwa 70 vor Kriegsbeginn auf 105 im September 2022. Die Kommunen brachten bis dahin über 11 Millionen Euro an Eigenmitteln auf, mobilisierten weitere 12 Millionen an privaten Spenden sowie Sachgütern und organisierten weit über 100 Hilfstransporte.

„Viele Städte müssen mit Bombardierungen leben. Kritische Infrastruktur, die Strom- und Wasserversorgung, wird täglich beschossen mit dem Ziel, die Bevölkerung einzuschüchtern“, erläuterte Ivan Lukerya, stellvertretender Minister für Entwicklung der Gemeinden und Territorien der Ukraine, die Lage

in seinem Land. In dieser Situation müssten Kommunen zusätzliche Aufgaben übernehmen, wie zum Beispiel die Versorgung von Binnengeflüchteten. Dennoch steht Lukerya zufolge „die Ukraine geschlossen zusammen wie nie zuvor“. Je schneller der Wiederaufbau voran gehe, desto eher wäre das Land auch bereit für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

### Engagierter Bezirk Schwaben

Mercedes Leiß vom Bezirk Schwaben und Leiterin der Stabsstelle für Vergabewesen und Europäische Angelegenheiten verwies auf das regionale Engagement. Nach ihren Angaben unterhält der Bezirk Schwaben mit drei Regionen Partnerschaften: dem französischen Département de la Mayenne, dem rumänischen Judet Suceava und dem Gebiet Tscherniwzi in der Ukraine. Mit der gemeinsamen Erklärung „Vier Regionen für Europa“ sei im Jahr 2000 eine Brücke vom äußersten Westen (Frankreich) bis zum äußersten Osten (Rumänien) Europas geschlagen worden. Hauptschwerpunkt der Zusammenarbeit waren gemeinsame Projekte der Jugendarbeit. Seit Kriegsbeginn unterstützen Mayenne, Judet Suceava und der Bezirk Schwaben das Gebiet Tscherniwzi unter anderem durch regelmäßige Hilfsgütertransporte.

Wiederaufbau als entwicklungspolitische Aufgabe war auch das Thema einer Podiumsdiskussion mit Gabi Schock, Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und Anja Wagner, Referatsleiterin, Referat 513 Länder und Kommunen des BMZ. Der RGRE, so Schock, sehe sich in erster Linie als Transmitter, um den Informationsfluss und die Vernetzung zwischen europäischen Städten zu fördern, Doppelarbeiten zu vermeiden und

Gute Praktiken zu dokumentieren und zu verbreiten. Wagner betonte, dass das BMZ derzeit gemeinsam mit anderen Gebern wie der Europäischen Union Hilfen koordiniere und voranbringe, um die Lage zu stabilisieren. Dabei seien die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 ein wichtiger Referenzrahmen für die Ausgestaltung der langfristigen Unterstützung.

Kommunale Beiträge zum Wiederaufbau standen auf der Agenda einer weiteren Podiumsdiskussion, in der Oleksandr Markushyn, Bürgermeister von Irpin, zunächst die Lage seiner Stadt beschrieb. Irpin war die meistumkämpfte Stadt im Oblast (Verwaltungsgebiet) Kiew und wurde zu 70 Prozent zerstört. Im Frühjahr gelang die Befreiung und damit der Wiederaufbau. Die Stadt verfüge jedoch über keine eigenen finanziellen Mittel. Der Wiederaufbau gelinge nur mit externer Unterstützung, derzeit unter anderem mit großer Hilfe des Roten Kreuzes.

### Regionaler Wiederaufbau

Maryna Denysiuik (leitende Projektmanagerin und Teamleiterin, Koordination der Erstellung des Wiederaufbauplans der Ukraine, Büro der Reformen des Ministerkabinetts der Ukraine) wies darauf hin, dass der Wiederaufbau in vier Regionen in unterschiedlichen Tempi verlaufe. Während Region 1, die kriegsnahen Gebiete, derzeit noch primär auf humanitäre Hilfe angewiesen seien, konzentriere man sich in Region 2, den befreiten Gebieten, auf den Wiederaufbau der wichtigsten Infrastruktur. In der Unterstützungsregion 3, primär im Zentrum des Landes, würden inzwischen erste langfristige Entwicklungspläne entwickelt und in Region 4 im Westen des Landes stehe neben der wirtschaftlichen Entwicklung vor allem die Versorgung der Binnenvertriebenen im Vordergrund. Hier sei auch internationales privatwirtschaftliches Engagement von zentraler Bedeutung.

Wie die Zusammenarbeit mit acht polnischen und sieben ukrainischen Landkreisen mit begrenzten Mitteln, aber viel Engagement funktioniert, beschrieb Dr. Theophil Gallo,

Landrat des Saarpfalz-Kreises. Michael Cyfka, Bürgermeister der rheinland-pfälzischen Verbandsgemeinde Langenlonsheim-Stromberg, legte dar, wie die Gemeinde nach Unterstützungsleistungen im Bereich der Trinkwasseraufbereitung und des Brand- und Katastrophenschutzes die Zusammenarbeit mit der Stadtgemeinde Myrhorod im September 2022 durch eine Partnerschaft formalisiert hat.

### Unbürokratisches Agieren

Laut Dr. Stefan Wilhelmy, Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global, hat das bestehende Netzwerk der deutsch-ukrainischen Kommunalpartnerschaften ab 2015 bereits den Dezentralisierungsprozess in der Ukraine unterstützt. Die innerhalb des Netzwerks bestehenden Verbindungen hätten es ermöglicht, nach Kriegsbeginn in Städtepartnerschaften schnell und unbürokratisch gemeinsam zu agieren. Deutsche Kommunen könnten ihre ukrainischen Partner auch weiterhin bei der Transformation ihrer Verwaltungssysteme unterstützen.

Mit der Rolle kommunaler Netzwerke auf EU-Ebene befasste sich Panel Nummer 3. Liudmyla Damentsova, stellvertretende Geschäftsführerin des Verbands ukrainischer Städte, hob die Vielfalt an Aufgaben hervor, den der Wiederaufbau mit sich bringt, verwies aber auch auf die Potenziale eines gemeinsamen Vorgehens. Wichtig seien vor allem der Ausbau mehrerer Grenzübergänge, der Bau von Schutzräumen und die Versorgung von Binnenvertriebenen.

Auf die Vorteile multinationaler Partnerschaften machte Dr. Katharina Haberkorn vom Europabüro des Bezirks Schwaben aufmerksam. So verfüge beispielsweise Rumänien über einen grenznahen Flughafen mit ausreichend Lagerkapazitäten, der schnelle Hilfe für die ukrainischen Partner ermögliche. Lina Furch, Abteilungsleiterin Europa und Internationales des Deutschen Städtetags und stellvertretende Generalsekretärin des RGRE/Deutsche Sektion, stellte heraus, dass für die Mammutaufgabe des Wiederaufbaus mit seinen enormen Kosten erst noch Mechanismen gefunden werden müssten, um die Exper-

tise der Kommunen ausreichend miteinzubeziehen. Es sei wichtig, dass die Kommunen mit einer Stimme sprächen: „Ohne die Kommunen geht es nicht!“

Olena Ovcharenko, Projektleiterin „Kommunale Partnerschaften mit der Ukraine“ der SKEW, stellte neben der Entwicklung und den Erfolgen des Netzwerks in den vergangenen fünf Jahren auch die Unterstützungsangebote, die die Servicestelle speziell hierfür entwickelt hat, ins Zentrum ihrer Ausführungen. Diese reichen von der Partnerschaftsvermittlung, Beratung und Prozessbegleitung bis hin zu personeller und finanzieller Förderung konkreter Projekte. **DK**

## Starkes Engagement der Städte

Laut Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster, „leisten unsere Städte einen wichtigen Beitrag für die Menschen und Städte in der Ukraine“. „Oft gibt es einen kurzen Draht zwischen den Stadtverwaltungen und intensive Beziehungen zwischen Vereinen, Schulen und anderen zivilen Organisationen. Das große Engagement hat auch die deutsch-ukrainische Partnerschaftskonferenz in Augsburg Anfang Oktober eindrucksvoll gezeigt.“

Materielle und humanitäre Hilfe für die Menschen in ukrainischen Städten stehe im Moment im Vordergrund, so Lewe. Jedoch liefen auch schon Planungen für den Wiederaufbau, etwa für Schulen, Krankenhäuser, Wohnungen und Verkehrsverbindungen. Beim Wiederaufbau der verwüsteten Städte und Regionen müssten sehr viele Kräfte zusammenwirken. Hierbei sei wichtig, dass die langjährigen Erfahrungen der Städte bei den Planungen für den Wiederaufbau einbezogen werden und dieser gemeinsam mit den Kommunen erarbeitet wird. Die zahlreichen Beziehungen böten dafür eine ausgezeichnete Vertrauensbasis.

„Starke Städte sind Kern der Demokratie. Deshalb wollen wir uns weiter engagieren, um dezentrale Strukturen in der Ukraine zu stärken und Verwaltungen konkret zu unterstützen“, unterstrich der Verbandschef. **DK**

Stiftung „Menschen für Menschen“:

## Bayern unterstützt Projekte in Äthiopien mit knapp 1,4 Mio. Euro

Bayern finanziert zwei Projekte der Stiftung „Menschen für Menschen – Karl Heinz Böhm's Äthiopienhilfe“ mit knapp 1,4 Millionen Euro. Bayerns Ministerin für Internationales, Melanie Huml, übergab in der Bayerischen Staatskanzlei einen Scheck an Stiftungsvorstand Dr. Sebastian Brandis, Bahritu Seyoum, Direktorin für Projektkoordination und verantwortlich für die Umsetzung vor Ort, sowie an Yilma Taye, Landesrepräsentant in Äthiopien.

Huml zufolge „wollen wir damit helfen, die Ernährungssituation und die medizinische Versorgung vor Ort nachhaltig zu verbessern. Unsere Hilfe ist Ausdruck unserer freundschaftlichen Verbundenheit mit Äthiopien. Wir unterstützen die Menschen in Äthiopien in Bereichen, in denen der Bedarf aktuell besonders groß ist. Äthiopien leidet nicht nur wie viele andere Entwicklungsländer unter gestiegenen Getreidepreisen infolge des Krieges in der Ukraine, sondern ist auch von Dürre betroffen. Überdies erschwert der bewaffnete Konflikt in der Region Tigray die Situation zusätzlich.“

Mit 450.000 Euro unterstützt Bayern die Verbesserung der kleinbäuerlichen Strukturen und

der Ernährungssicherheit. Ziel ist es, den Ernteertrag von 400 Bauern durch verbessertes Saatgut, Verbreiterung der Vielfalt an Feldfrüchten und durch den Bau von Bewässerungssystemen zu steigern. Es sollen zudem zwei Bewässerungsanlagen gebaut werden, die auf Gemüsefeldern zum Einsatz kommen. Die Landwirte erhalten Trainings in der Handhabung der Bewässerungsanlagen sowie im Gemüseanbau. Das Projekt leistet zudem einen Beitrag zum Schutz der Böden und zur besseren Wasserspeicherung. Dazu sollen 500 Hektar Land zu einem Weideschutzgebiet erklärt werden, wovon 30 Hektar Land aufgeforstet und Hänge durch Terrassierungen stabilisiert wer-

den, um Regenwasser besser in den Böden speichern zu können sowie Überschwemmungen zu vermeiden.

In den Regionen Amhara und Afar werden 22 Gesundheitseinrichtungen mit medizinischen Geräten und Instrumenten ausgestattet, sodass Laboruntersuchungen und ambulanten Behandlungen möglich sind. Zudem werden 12 Krankenhäuser mit Geräten und Instrumenten zur Durchführung chirurgischer Eingriffe ausgestattet. Um die Versorgung für Neu- und Frühgeborene zu verbessern, beschafft die Stiftung Inkubatoren und Wärmegeräte für die Krankenhäuser und Gesundheitszentren. Für diese medizinische Versorgung stellt der Freistaat 918.000 Euro zur Verfügung.

„Die Projekte sind hochaktuell. Sie fügen sich in die Schwerpunkte Landwirtschaft und Global Health unseres Bayerischen Afrikapakets ein und geben den Menschen Chancen und Perspektiven in ihrer Heimat“, so Huml. **□**



Öffentlich, nachhaltig, fair – so funktionieren kommunale Aufträge.

Matthias Dießl, Landrat des Landkreises Fürth

Der Landkreis Fürth vergibt öffentliche Aufträge bevorzugt für Waren, die Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards erfüllen. Das gilt für die Arbeitskleidung im Bürgerservice ebenso wie für das Druckerpapier in der Verwaltung.

Wenn auch Sie sich mit Ihrer Kommune für lokale Nachhaltigkeit und eine gerechtere Globalisierung einsetzen möchten, berät, vernetzt und fördert Sie die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.

info@service-eine-welt.de | www.service-eine-welt.de

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ist Teil von ENGAGEMENT GLOBAL und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Friedrich-Ebert-Allee 40 | 53113 Bonn | www.engagement-global.de

ENGAGEMENT GLOBAL  
Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer  
SERVICESTELLE  
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

im Auftrag des  
Bundesministeriums für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung



Ministerrat:

## Bayern zündet Energie- und Klima-Turbo

Die bayerische Staatsregierung will die Folgen der Energiekrise im kommenden Jahr mit einem eigenen Härtefallfonds in Höhe von 1,5 Milliarden Euro abmildern. Dies hat das Kabinett in München beschlossen. Zudem wird der Freistaat durch eigene Energie-Projekte die Energieversorgung und Krisenfestigkeit der Zukunft sichern und auch neben der Erreichung der Klimaziele die weitere Energiepreisentwicklung abfedern. Dafür nimmt er Mittel in Höhe von 500 Mio. Euro in die Hand. Wie Ministerpräsident Dr. Markus Söder erläuterte, „wollen wir bewusst ein Zeichen für die Zukunft setzen. Dies soll durch einen ‚Energie- und Klimaturbo‘ geschehen.“

Sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene wurden die Rahmenbedingungen für die Erneuerbaren Energien bereits nachhaltig verbessert. Damit diese Änderungen ihre volle Wirkung entfalten können, werden 100 zusätzliche Personalkapazitäten insbesondere bei den Regierungen geschaffen werden, um unter anderem die Genehmigungsverfahren für Erneuerbare Energien wie Windkraft und Geothermie zu beschleunigen, die zwingend erforderliche zügige Fortschreibung der Regionalpläne für die Windkraft sicherzustellen, und die Ausweisung von relevanten Flächen auch zur Rohstoffsicherung für die Erneuerbaren Energien zu ermöglichen.

Im südbayerischen Molassebecken ist die hydro-thermale Tiefengeothermie bereits heute marktreif. Bei der sogenannten petrothermalen Geothermie bedarf es jedoch laut Ministerrat noch zusätzlicher Forschung, um eine Marktreife zu erlangen. Kann dieses Potenzial erschlossen werden, ist die Nutzung der Geothermie auch in Nordbayern möglich. Vor diesem Hintergrund wurde beschlossen, zu-

sätzliche Mittel für die entsprechende Forschungsförderung für die Geothermie in Höhe von 10 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen.

### Versorgung mit Wasserstoff

Die Sicherstellung der Versorgung der bayerischen Industrie mit Wasserstoff ist für die erforderliche Dekarbonisierung der Produktionsverfahren von ausschlaggebender Bedeutung. Um die bayerische Industrie zukunftsfähig zu machen, ist insbesondere eine leistungsfähige Wasserstoffinfrastruktur erforderlich. Die auf die Bedürfnisse der bayerischen Industrie zugeschnittene Ertüchtigung („H2 ready“) sowie auch der weitere Ausbau des Ferngasleitungsnetzes liegen im fundamentalen Interesse des Freistaats Bayern und erfordern massive Investitionen in das Leitungsnetz. Da es insbesondere auf Bundesebene noch keinen koordinierten Prozess zum Aufbau eines Wasserstoffnetzes gibt, werden die Planungen gegenwärtig vor allem von privaten Akteuren wie den Ferngasnetzbetreibern vorangetrieben. Da dies aus Sicht der

Staatsregierung jedoch nicht ausreichend ist, bedarf es hier einer koordinierten Planung durch die Bundesregierung.

Um zusätzlich noch eigene Akzente von Seiten der Staatsregierung setzen zu können, werden das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat und das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie prüfen, ob eine Beteiligung des Freistaats Bayern an relevanten heimatnahen Energieunternehmen (z.B. Bayerngas) geeignet sein könnte, den erforderlichen Leitungsausbau zu beschleunigen und im Interesse der bayerischen Wirtschaft zu gestalten.

### Projekt „HyPipe Bavaria“

Im Rahmen des IPCEI Wasserstoff Auswahlverfahrens haben die in Bayern tätigen Ferngasnetzbetreiber bereits das Projekt „HyPipe Bavaria“ entwickelt. Dieses Projekt sieht den Aufbau einer leitungsgebundenen Wasserstoffversorgung insbesondere der Wasserstoffcluster Ingolstadt und Burghausen mit ihren energieintensiven Industrien vor und ist aus Sicht der Staatsregierung ein Meilenstein zum Aufbau eines Wasserstoff-Startnetzes in Bayern. Als Nukleus könnte es den weiteren Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur maßgeblich beschleunigen. Da dieses Projekt leider nicht vom Bund im Rahmen des IPCEI-Prozesses ausgewählt wurde, wird das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie zu-

sammen mit den beteiligten Unternehmen ein Konzept entwickeln, wie dieses Projekt mit entsprechenden Landesmitteln unterstützt werden kann, und hierzu zeitnah zu berichten. Hierzu werden 100 Mio. Euro zusätzlich bereitgestellt.

Parallel zum Ausbau des Leitungsnetzes bedarf es für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft auch eines dezentralen Aufbaus einer eigenen heimischen Wasserstoffproduktion in ganz Bayern. Durch die verbrauchsnahe Produktion von Wasserstoff können regionale Kreisläufe und auch Inselnetze zur Verteilung des Wasserstoffs an Abnehmer gebildet werden, die dann an die großen Wasserstoff-Pipelines angeschlossen werden. Daraus kann sich langfristig eine flächendeckende Versorgung entwickeln.

Aufgrund der zu erwartenden Definition von grünem Wasserstoff auf EU-Ebene und im Sinne einer integrierten Energiewende sollen diese Elektrolyseure von einem entsprechenden Aufbau regenerativer Stromerzeugungskapazitäten begleitet werden. Für dieses Programm sollen 150 Mio. Euro bereitgestellt werden. Das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie wird eine Machbarkeitsanalyse durchführen und ein entsprechendes neues, investives Elektrolyseur-Förderprogramm entwickeln.

Ziel ist es, zeitnah rund 50 kleine Wasserstoffkraftwerke, sogenannte Elektrolyseure, bis zu einer Größe von 5 MW zu fördern. Sie sollen insbesondere in Regionen gebaut werden, wo besonders viel Erneuerbare Energien erzeugt werden. Gerade in Gebieten, in denen es Probleme mit der Einspeisung der Überschüsse ins Stromnetz gebe, sei Wasserstoff die optimale Ergänzung zur Speicherung dieses Stroms. Darüber hinaus soll die bestehende Förderung von Wasserstofftankstellen und der E-Ladesäulen um einen weiteren zusätzlichen Betrag in Höhe 30 Mio. Euro aufgestockt werden.

### Fokus auf Wasserkraft

Bei der Stärkung der Heimatenergien spielt insbesondere auch die Wasserkraft eine wichtige Rolle. Die Staatsregierung hat sich zum Ziel gesetzt, weitere Potenziale bei der Wasserkraft zu erschließen. Zeitnah werden das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie ein entsprechendes Konzept vorlegen und die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um eine Wasserkraftnutzung an der unteren Salzach im Tittmoninger Becken zu realisieren. Hierbei ist eine größtmögliche Ausnutzung des vorhandenen Potenzials anzustreben. Das Konzept soll zudem die Frage umfassen, wie der Freistaat das entsprechende Projekt finanziell unterstützen kann. Hierfür werden 20 Mio. Euro zusätzlich im Haushalt des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz bereitgestellt.

### „BioWärme Bayern“

Die aktuelle Energiekrise und der Klimawandel erfordern zudem neue Wege, um die Energieträger Öl und Gas verstärkt auch durch erneuerbare Energieträger wie feste Biomasse im Wärmebereich zu ersetzen. Das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie wird eine neue Förderinitiative („BioWärme Bayern“) zur Beschleunigung des sogenannten Fuel Switch in Bayern für Unternehmen und Kommunen entwickeln. Hierfür sollen 10 Mio. Euro zu-



Freuen sich über eine gelungene Veranstaltung (v. l.): Albert Rösch, Vorstand VR-Bürgerenergie Landsberg eG, Sylvia Stegmüller, Bayerisches Wirtschaftsministerium, Bernhard Schmidt, Geschäftsführer NEW – Neue Energien West eG, Siegfried Drexl, Vorstandsmitglied GVB, Daniel Caspari, Energieberater GVB, Max Riedl, Gründungsberater GVB, Martin Egger, Vorstandsmitglied VR-Bank Landsberg-Ammersee, und Stefan Jörg, Vorstandsvorsitzender VR-Bank Landsberg-Ammersee. Bild: GVB

### Energiewende:

## „Gemeinsam erreichen Sie mehr“

Von Florian Christner, Redaktion „Profil“

Wie können Kommunen, Bürger und Unternehmen gemeinsam die Energiewende voranbringen? Das Netzwerktreffen Energie der VR-Bank Landsberg-Ammersee und des GVB zeigte Beispiele. Der Verband möchte das Format auch in anderen Regionen etablieren.

Die Herausforderungen der Energiewende sind mannigfaltig: Neben der Versorgungssicherheit zu bezahlbaren Preisen und der Einhaltung der Klimaziele geht es vor allem darum, die Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren und zugleich die regionale Wertschöpfung zu steigern. Wie dies mit einer Vielfalt an Akteuren funktioniert und wie vor Ort die besten Lösungen umgesetzt werden können, darum ging es bei der Netzwerkveranstaltung Energie im großen Sitzungssaal des Landsberger Landratsamts. Eingeladen hatten die VR-Bank Landsberg-Ammersee und die VR-Bürgerenergie Landsberg eG gemeinsam mit dem Genossenschaftsverband Bayern (GVB).

### Impulse für die Energiewende vor Ort

Wie sehr das Thema vielen Kommunalvertretern auf den Nägeln brennt, ließ sich schon an der Teilnehmerliste ablesen. 100 Einladungen hatte die VR-Bank Landsberg-Ammersee verschickt, gut 80 Gäste nahmen an dem Netzwerktreffen teil, darunter der Landsberger Landrat Thomas Eichinger, zahlreiche Bürgermeister und Gemeindevereiter aus dem Landkreis Landsberg sowie Vertreter der örtlichen Energiebranche.

Ziel der Veranstaltung war es, Anstöße für neue Ideen zu geben. Denn auch das wurde im

Laufe des Vormittags klar: Der Energiebau vor Ort kann nur gelingen, wenn Kommunen, lokale Energie-Unternehmer und Entscheidungsträger in den Behörden an einem Strang ziehen und die Bürger mit einbinden. Um echte Bürgerbeteiligung sicherzustellen, bietet sich die Rechtsform der Genossenschaft an, betonten viele Redner in ihren Beiträgen. Stefan Jörg, Vorstandsvorsitzender der VR-Bank Landsberg-Ammersee und im Ehrenamt Vorstandsmitglied der VR-Bürgerenergie Landsberg eG, zog ein positives Fazit: „Wir haben deutlich gesehen, dass zwischen allen Beteiligten ein hoher Informations- und Diskussionsbedarf um Energiebau vor Ort besteht. Die bilateralen Gespräche am Ende der Veranstaltung haben gezeigt, dass wir einen Impuls setzen konnten, den wir im Nachgang aufrechterhalten und verstärken wollen.“

Für den GVB war das Netzwerktreffen in Landsberg eine Pilotveranstaltung. Ziel ist es, gemeinsam mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie den Energiegenossenschaften vor Ort auch in anderen Landkreisen und Regionen Bayerns die Kommunen und die Akteure der Energiewende in einen fruchtbaren Austausch zu bringen. Genossenschaften, die daran Interesse haben, wenden sich an Daniel Caspari vom GVB. □

sätzlich bereitgestellt werden.

Auch sollen 100 zusätzliche Stellen, sogenannte Problemlöser, bei den Regierungen dafür sorgen, dass Genehmigungsverfahren für Erneuerbare Energien wie Windkraft oder Geothermie beschleunigt werden. Ferner setzt der Freistaat auf die Potenziale von Photovoltaik auf staatlichen Dächern. Rund 1.300 staatliche Dächer sind grundsätzlich für PV-Anlagen geeignet, bis Ende 2022 werden ca. 580 Anlagen in Betrieb sein. Um die noch offenen Potenziale bis 2025 zu erschließen, sollen zusätzlich 125 Mio. Euro bereitgestellt werden. Auch die noch im Besitz des Freistaats befindlichen Eon-Aktien sollen veräußert werden, um in die bayerische Energieinfrastruktur zu investieren. Nach Söders Angaben umfassen die bayerischen Eon-Anteile ein Volumen

von rund 250 Millionen Euro.

„Sowohl die Corona- wie die aktuelle Energiekrise haben gezeigt, dass die Krisenfestigkeit der bayerischen Wirtschaft gestärkt werden muss. Es gilt sowohl die Forschung wie die heimische Produktion in den Bereichen der alternativen Energien und vor allem auch im Gesundheitsbereich zu stärken. Damit stärken wir die Unabhängigkeit Bayerns und sind so im nächsten Krisenfall besser gerüstet“, heißt es abschließend. Vor diesem Hintergrund wird das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie die bayerische Technologieförderung entsprechend ausbauen und einen neuen Schwerpunkt „Stärkung der Krisenfestigkeit der bayerischen Wirtschaft“ entwickeln. Der Ministerrat stellt hierzu 100 Mio. Euro zusätzlich bereit. **DK**



Mit der Kraft der Sonne selbst Strom produzieren

## Sonnenenergie von Schwabens Dächern

 energie schwaben



# 51 Kilometer Höchstspannungstuning

Erstes Teilstück des 380.000-Volt-Ostbayernrings offiziell in Betrieb genommen

Dem Anlass angemessen war Ministerpräsidentenwetter angesagt, als der bayerische Regierungschef Markus Söder zusammen mit Stefan Wenzel, Grüner Bundestagsabgeordneter und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, sowie TenneT-Geschäftsführer (COO) Tim Meyerjürgens und Dr. Egon Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, den berühmten roten Knopf drückten: Mit lautem Zischen flossen erstmals 380.000-Volt-Höchstspannung über das erste neu-gebaute Teilstück des Ostbayernring-Ersatzes in das Umspannwerk Mechlenreuth bei Münchberg im oberfränkischen Landkreis Hof.

Hintergrund für die Teilnahme der hochkarätigen, politischen Prominenz ist, dass die Verstärkung des sogenannten Ostbayernrings, einer 185 Kilometer langen Hoch- und Höchstspannungs-Freileitung zwischen dem oberfränkischen Redwitz und dem oberpfälzischen Schwandorf, als wesentliche Maßnahme gilt, die immer mehr zunehmenden Mengen von Solar- und Windstrom in der Region im Netz aufzunehmen und mit erhöhter Übertragungskapazität zu den Verbrauchsorten zu transportieren. Zudem soll die Netzstabilität und Versorgungssicherheit für Bayern nachhaltig gestärkt werden, wie der TenneT-COO betonte.

## Schnelle Fertigstellung

Bemerkenswert schnell war das knapp 20 Millionen Euro teure Teilstück des Ersatzneubaus für den bisherigen Ostbayernring zwischen den Umspannwerken Redwitz im oberfränkischen Landkreis Lichtenfels und Mechlenreuth fertiggestellt worden. Mit einer Planungs-, Genehmigungs- und Bauphase von insgesamt rund fünf Jahren ist der nördliche Teil des Ostbayernrings Vorbild für den Netzausbau und bestätigt, dass das Mantra von beschleunigten Genehmigungsverfahren tatsächlich in diesem Fall positiv in die Tat umgesetzt werden konnte. Das sei in heutigen Zeiten nicht selbstverständlich, hob Meyerjürgens hervor, zumal die Netto-Bauzeit nur 15 Monate dauerte. Dafür gebührt sowohl den zuständigen Behörden als auch den ausführenden Baufirmen ein herzliches Dankeschön.

Heidrun Piwernetz, Regierungspräsidentin der Regierung von Oberfranken, sah in dem

transparenten Genehmigungsverfahren einen wesentlichen Grund, dass der 51 Trassenkilometer lange Freileitungsneubau in ihrem Regierungsbezirk ohne Gerichtsverfahren ausgeführt werden konnte. Die offenen Fragen aller Betroffenen konnten absehbar in intensiven Gesprächen geklärt werden, so dass an ausgewählten Maststandorten ein vorzeitiger Baubeginn bereits im Juni 2021 durch ihre Genehmigungsbehörde zugelassen wurde. Nach dem Planfeststellungsbeschluss im November 2021 konnten die Bauarbeiten dann auch an allen übrigen Maststandorten aufgenommen werden.

## Vorbild für den Netzausbau

Insofern hat der Ersatz-Neubau des Ostbayernrings Vorbildfunktion, stellte Meyerjürgens fest. Sowohl Bayern mit seinem Klimaneutralitätsziel bis 2040 als auch die Zuwachsprognosen von 50 Prozent und eventuell noch mehr gegenüber heute beim Strombedarf bedeuten enorme Herausforderungen an Investitionen aber auch an Bezahlbarkeit der Energie. Der TenneT-COO zeigte sich überzeugt, dass das zu stemmen ist, wenn zum Beispiel die Energieunternehmen an einem Strang für ein leistungsfähiges, aufeinander abgestimmtes Übertragungs- und Verteilnetz ziehen und sich bei notwendigen Ausbaumaßnahmen abstimmen bzw. zusammenschließen.

Meyerjürgens appellierte eindringlich an Politik und Öffentlichkeit, den Netzausbau als entscheidenden Hebel zur Integration der erneuerbaren Energien zu unterstützen. Nur so sei die Energiewendezukunft erfolgreich zu stemmen. Ein ausgezeichnetes Zeichen sei der Be-

schluss der bayerischen Staatsregierung, den Netzausbau im Sinne der Versorgungssicherheit der Bevölkerung wie auch der Wirtschaft zur Chefsache zu erklären und entsprechende Strukturen zu schaffen. Schließlich sei der Netzausbau von überragendem öffentlichen Interesse.

Bayerns Regierungschef Markus Söder nahm den Ball von Meyerjürgens gern auf und spannte zunächst den Bogen vom Russland-Überfall auf die Ukraine mit all seinen Auswirkungen auf die Energiesituation in Bayern bis hin zum erklärten Ziel, Bayern klimaneutral, regenerativ und bezahlbar mit Energie zu versorgen. Dies sei eine noch viel größere Herausforderung, als die meisten meinen.

## Nicht ohne die Bürger

Der Ministerpräsident betonte, dass alles, was an Netzausbau potenziell möglich ist, zeitnah und im Einklang mit der Bevölkerung umgesetzt werden sollte, denn die Stromleitungen sind die Blutbahnen der künftigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Bayern. Das Kleinklein mit ein bisschen Netz hier und da oder dem „klaren“ Jein bei Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke ist niemandem geholfen. Der Energiehunger Bayerns wird bleiben, denn der Freistaat ist das wirtschaftliche Leistungszentrum von Deutschland mit den meisten Industriearbeitsplätzen und der dichtesten Ansiedlung von Technologieunternehmen.

Bayern steht an zweiter Stelle bei Ausbau und Nutzung grüner Energieerzeugung, ist führend bei der Stromerzeugung aus Sonne, Wasserkraft und Biomasse; beim Wind wird spürbar nachgelegt, außer bei Offshore-Anlagen, was geografisch hoffentlich einleuchtend sei. Große Anstrengungen werde Bayern auch beim Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft unternehmen.

## Kernproblem Genehmigungsverfahren

Ein Kernproblem will Söder für Bayern angehen: die endlos langen Genehmigungsverfahren, die nicht nur im Freistaat viele Projekte dramatisch verzögern. Wichtig sei mehr Tempo sowie Pragmatismus und weniger Ideologie. Eine Stellschraube sei die Aufstockung von fachkundigem Personal in den Genehmigungsbehörden, wofür Bayern entsprechende Planstellen geschaffen habe. Um die Herausforderungen im Energiesektor erfolgreich zu meistern, gilt es auf Länder- und Bundesebene mehr miteinander als gegeneinander zu arbeiten.

Stefan Wenzel, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschafts- und -klimaministerium, sah den Fokus bundesweit in einer unbedingt notwendigen Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, was unter anderem durch eine verbesserte Kommunikation erreichbar sein könnte. Den Menschen im Land müsse verständlich gemacht werden, dass zum Beispiel auch der Stromnetzausbau ein Teil des Gemeinschaftswerks „Zukunft der Energieversorgung“ ist, bei dem alle mit anpacken sollten. Jeder Kilometer Leitung, der in Betrieb genommen wird, trägt zu einer Stärkung der Stromversorgung und zur Stabilisierung der Netzegebühren in Deutschland bei. Die Inbetriebnahme des ersten Teilstücks

des Ostbayernrings ist dabei ein wichtiger Meilenstein.

Auch für das Bayernwerk ist der Ostbayernring ein wichtiger Meilenstein, die Aufnahmekapazitäten für Solar- und Windstrom spürbar zu verbessern. Auf rund 21 Kilometern führt das Bayernwerk leistungsfähigere 110.000-Volt-Hochspannungsleitungen ihres regionalen Verteilnetzes auf dem Ostbayernring mit.

## Natur und Umwelt im Visier

Dr. Egon Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, sieht in dieser beispielgebenden Zusammenarbeit mit TenneT ein sichtbares Zeichen, dass beide Unternehmen möglichst wenig Natur und Umwelt durch die Baumaßnahmen beeinträchtigen wollen. So habe das Bayernwerk mit der gemeinsamen Trassenführung neun Kilometer Leitungen abbauen und vermeiden können. Deshalb finde auch der weitere Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze in Bayern dort, wo es sinnvoll ist, gemeinsam statt. Der Ostbayernring sei mit der Bündelung unterschiedlicher Spannungsebenen ein sichtbares Zeichen für die gemeinsame Gestaltung regionaler und überregionaler Stromnetze.

Die Inbetriebnahme des ersten Abschnitts des Ersatzneubaus des Ostbayernrings steht für das gemeinsame Ziel, die Energiewende mit Klimaneutralität und grünen Energien zum Erfolg zu führen; darin waren sich Politik und Unternehmen sichtbar einig, genauso wie bei der Dringlichkeit, den Turbooster für die notwendigen Genehmigungsverfahren einzuschalten. JK



V.l.: Stefan Wenzel, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, TenneT-Geschäftsführer Tim Meyerjürgens und Dr. Egon Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG. Bild: Jan Kiver

## Kurzporträt TenneT

TenneT GmbH & Co. KG ist die deutsche Netztochter des 1998 geformten niederländischen, staatlichen Übertragungsnetzbetreibers TenneT. Im Jahr 2010 kaufte TenneT das deutsche Hoch- und Höchstspannungsnetz von E.ON. Damit wurde TenneT zu Europas erstem grenzüberschreitenden Übertragungsnetzbetreiber.

TenneT ist ein führender europäischer Netzbetreiber. Als erster grenzüberschreitender Netzkonzern plant, baut und betreibt TenneT ein knapp 25.000 Kilometer langes Hoch- und Höchstspannungsnetz in den Niederlanden und großen Teilen Deutschlands. Über dieses Stromnetz werden rund 42 Millionen Haushalte und Unternehmen rund um die Uhr zuverlässig mit Strom versorgt. Mit einer Netzverfügbarkeit von 99,99 Prozent zählt TenneT weltweit zu den Besten in diesem Metier. 16 Interkonnektoren stellen die Stromleitungsverbindungen zu den Nachbarländern und den europäischen Energiemarkt her. Mit einem Jahresumsatz von 6,4 Mrd. Euro und einer Bilanzsumme von 32 Mrd. Euro ist TenneT einer der größten Investoren in nationale und internationale Stromnetze zu Wasser und an Land.

Über 6.600 TenneT-Mitarbeiter stellen die Sicherheit der Stromversorgung und die Aufrechterhaltung des Netzgleichgewichts in Nordwesteuropa sicher. Dafür gibt es komplexe Kontrollsysteme. Sie sollen Stromausfälle verhindern, falls die Nachfrage nach Strom das Erzeugungsangebot übersteigt. JK

Für den Bürgerenergiepreis 2022 suchen wir:

**Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...**

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter [bayernwerk.de/buergerenergiepreis](https://www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis)



**bayernwerk**

## Ostbayernring

Der Ursprung des Ostbayernrings geht auf den Aufbau eines bayerischen Hochspannungsringes durch Oskar von Miller in den Zwanzigerjahren des letzten Jahrhunderts zurück und verlief auf 294 Kilometern von Redwitz bis ins niederbayerische Pleinting.

Der heutige Ostbayernring ist eine rund 185 Kilometer lange Höchstspannungs-Freileitung zwischen den Umspannwerken Redwitz, Mechlenreuth, Etzenricht und Schwandorf. Parallel zur bisherigen 220.-/380.000-Volt-Freileitung wird seit 2013 in vier Teilstücken ein Ersatzneubau geplant und zum Teil gebaut. Im Zuge des Ersatzbaus wird die Freileitung durchgehend auf 380.000 Volt verstärkt. Nach Fertigstellung und Inbetriebnahme des Ersatzneubaus wird die bisherige Leitung vollständig zurückgebaut.

Einzelne Leitungsabschnitte des neuen Ostbayernrings gehören TenneT und Bayernwerk gemeinsam. Im jetzt in Betrieb gesetzten Teilstück zwischen Redwitz und Mechlenreuth verlaufen 21 Kilometer 110.000 Volt Hochspannungsleitungen des Bayernwerks auf 53 Masten des neuen Ostbayernrings. Dadurch wurden Eingriffe in die Landschaft minimiert.

Der Ersatzneubau des Ostbayernrings erfolgt in vier Planungsabschnitten, für die jeweils ein eigenes Genehmigungsverfahren bei der zuständigen Bezirksregierung stattfindet. Das Teilstück zwischen Redwitz und Mechlenreuth wurde im November 2021 durch die Regierung von Oberfranken genehmigt und Ende Oktober offiziell in Betrieb genommen.

Nach dem Planfeststellungsbeschluss der Regierung der Oberpfalz im August 2022 für die Trasse zwischen Etzenricht und Schwandorf befindet sich dieser Abschnitt derzeit im Bau. Die beiden Planungsabschnitte zwischen den Umspannwerken Mechlenreuth und Etzenricht befinden sich noch im Planfeststellungsverfahren. Die Planfeststellungsbeschlüsse für diese zwei Abschnitte erhofft sich TenneT bis Herbst 2023. Die Fertigstellung des Ostbayernrings neu ist bis Ende 2025 geplant. Der Rückbau der alten Leitung soll ein Jahr später abgeschlossen sein. JK





Studie Agora Energiewende:

## Mit Zukunftsinvestitionen die fossile Inflation bekämpfen

Mit einer Investitionsoffensive in Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und strombasierte Technologien in Industrie und Gebäuden kann Deutschland die fossile Energiekrise strukturell überwinden und zugleich seine Ausgaben für Gas- und Öl-Importe massiv senken. Ein entsprechendes Inflationsbekämpfungspaket im Umfang von 92 Milliarden Euro, das Herstellungs- und Umsetzungskapazitäten für klimaneutrale Technologien deutlich ausweitet, bürokratische Hürden drastisch abbaut und eine sozialgerechte Förderung sowie die Absicherung von Investitionen finanziert, hat jetzt der Thinktank Agora Energiewende vorgelegt.

Aus der neuen Studie „Vollständige Leistung aus der Energiekrise“ geht hervor, dass sich ein solches Maßnahmenpaket durch die eingesparten Ausgaben für fossile Energieimporte vollständig selbst tragen würde: Den erforderlichen Haushaltsmitteln stehen Einsparungen bei Öl- und Gasimporten in Höhe von 160 Milliarden Euro über einen Zeitraum von 15 Jahren gegenüber. Für Simon Müller, Direktor Deutschland von Agora Energiewende, „hat unser Maßnahmenpaket eine dreifache Wirkung – für Klimaschutz und Energiesicherheit und gegen die Inflation“.

### Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen beenden

Die bisherigen Politikmaßnahmen zielten überwiegend auf schnelle Entlastungen für Haushalte und Industrie ab – wie zuletzt auch die Vorschläge der Gas-Kommission. „Aktuell konzentriert sich die Bundesregierung auf das Krisenmanagement, um die kurzfristigen Folgen der fossilen Energiekrise über Entlastungspakete abzufedern. Angesichts der drastischen Preissteigerungen ist das richtig und wichtig. Um die fossile Energiekrise jedoch tatsächlich zu überwinden, müssen wir jetzt die Investitionen auf den Weg bringen, die unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen beenden“, betont Müller.

Für eine strukturelle Krisenbekämpfung sorgt laut Agora-Vorschlag ein Zusammenspiel von finanziellen Mitteln für klimaneutrale Technologien einerseits und dem Aufbau von Herstellungs- und Umsetzungskapazitäten sowie dem Abbau bürokratischer Hürden andererseits. Die Erweiterung der Umsetzungskapazitäten bei Herstellern, im Handwerk und bei Behörden erhöht das Angebot an klimaneutralen Technologien und ist die Voraussetzung, um eine gesteigerte Nachfrage bedienen zu können. Der Abbau

bürokratischer Hürden beschleunigt die Transformation und senkt die Kosten. Durch die Kombination von Finanzmitteln und Politikinstrumenten würde ein massiver Hochlauf von Erneuerbaren Energien, klimaneutraler Wärme, Energie- und Rohstoffeffizienz in der Energiewirtschaft, Industrie und Bauwirtschaft ermöglicht sowie der Verbrauch von fossilen Energien strukturell reduziert. In der Folge würden die Energiepreise in Deutschland wieder dauerhaft sinken.

Das Agora-Paket veranschlagt 15 Milliarden Euro, um die Umsetzung – Herstellung, Fachkräfte und Behörden – der Energiewende zu stärken: Zwei Drittel des Betrags ist für den Aufbau von Fertigungskapazitäten für Windkraftanlagen, PV-Anlagen, Wärmepumpen, Wasserstoff-, Speicher- und Stromnetztechnologien in Europa vorgesehen; ein Drittel zur Stärkung der Fachkräfte sowie Planungs- und Genehmigungsbehörden. Auf diese Weise würden die Umsetzung beschleunigt und Lieferketten abgesichert.

### Genehmigungsverfahren verkürzen

Aktuell, so heißt es, vergehe zwischen dem Zeitpunkt, zu dem Investitionsmittel bereitgestellt werden, und der Fertigstellung eines Investitionsvorhabens zu viel Zeit. Damit ein Investitionspaket der Bundesregierung in den Wintermonaten 2023/24 und 2024/25 die Energiepreise relevant dämpfen kann, gelte es, insbesondere die Dauer von Genehmigungsverfahren in Deutschland zu verkürzen. Dies sei auch möglich, ohne Beteiligungs- und Schutzrechte einzuschränken. Unzureichende Personalkapazitäten in den Genehmigungsbehörden seien ein häufig genannter Grund für die lange oder sehr lange Dauer der Genehmigungsverfahren. Analog gelte dies für Planungsprozesse, die

im Bereich der öffentlichen Hand liegen. Gleiches gelte für die Verfügbarkeit von Fachkräften, insbesondere im Bereich der Wärmewende. Auch hier brauche es innovative Lösungen, um Personalengpässe zu überwinden und eine schnelle, kostengünstige Umsetzung zu gewährleisten.

20 Milliarden Euro sollen in die Energiewirtschaft fließen, um Investitionen in Erneuerbare Energien abzusichern, das Strom- und Wasserstoffnetz auszubauen, die Offshore-Industrie zu unterstützen und einen intelligenten Netzbetrieb sowie Flexibilitäten zu schaffen, etwa mit Zuschüssen für Smart-Meter Nachrüstungen oder dem Bau von regelbaren Kraftwerken. Zudem schlägt Agora Energiewende die Absicherung langfristiger Stromlieferverträge vor: Über die Einführung einer symmetrischen Marktprämie kann Anlagenbetreibern eine feste Einspeisevergütung garantiert, aber zugleich ab einem bestimmten Gewinn auch eine Rückzahlung eingefordert werden. Ebenso sollen Flächen für Windkraft- und PV-Anlagen schneller gesichert und Antragsverfahren verkürzt werden.

### Grüne Wärmenetze

30 Milliarden Euro sieht das Paket vor, um den Ausbau CO<sub>2</sub>-freier Wärme in Häusern sozial gerecht voranzubringen: Die Mittel sollen in die Förderung von Sanierung und Heizungsaustausch, insbesondere für einkommensschwache Haushalte, in einen klimakompatiblen sozialen Wohnungsbau sowie für den Ausbau grüner Wärmenetze fließen. Vor allem in städtischen Quartieren seien grüne Wärmenetze das Mittel der Wahl, um Gebäude mit klimaneutraler Wärme zu versorgen, während Gasverteilernetze bis hin zur Stilllegung zurückgehen. Um die notwendigen Neuanschlüsse zu erreichen und die Netze zu dekarbonisieren, seien erhebliche Investitionen erforderlich, die zügig angegangen werden müssen. Neben Großwärmepumpen sei insbesondere ein schnellerer Hochlauf von Geothermie und Solarthermie erforderlich.

Auf regulatorischer Ebene sollen verbindliche Sanierungspfade und die zügige gesetzliche Festschreibung der 65-Prozent-Anforderung, nach der ab 2024

jede neue Heizung auf Basis von 65 Prozent Erneuerbaren Energien betrieben werden muss, die Transformation im Wärmebereich beschleunigen. Laut Studie „ist diese Regel zentral, um den Ausstieg aus Öl- und Gaskesseln und den Umstieg auf Wärmepumpen und Wärmenetze zu schaffen und die dafür notwendigen Investitionen bei Herstellern und Handwerk anzureizen“. Biomasse und grüne Gase seien knapp und sollten nur in begründeten Ausnahmefällen zugelassen werden; im Neubau seien Verbrennungsheizungen auszuschließen. Der Einbau fossil befeuerter Hybridsysteme sollte bis 2028 befristet werden. Ein digitales Gebäuderegister unterstütze den Vollzug der Regelung.

15 Milliarden Euro sind für eine Modernisierung der Industrie gedacht. Hieraus soll ein Sonderförderprogramm für Investitionen in Wärmepumpen, Elektrodenkessel und Energieeffizienztechnologien, etwa zur Abwärmenutzung oder fortschrittliche Sortier- und Recyclingtechnologien bereitgestellt werden.

Weitere Mittel werden zur Finanzierung von Klimaschutzverträgen für die Stahl-, Chemie und Zementindustrie veranschlagt, mit denen die Differenzkosten von klimafreundlicher gegenüber der CO<sub>2</sub>-intensiven Produktion abgesichert werden. Zusätzlich sollte ein gesetzlicher Rahmen die industrielle Wärmewende unterstützen, indem etwa durch Quoten Absatzmärkte für klimafreundliche Grundstoffe geschaffen werden.

Einen weiteren Posten von 12 Milliarden Euro sieht das Maßnahmenpaket zur Inflationsbekämpfung für die Sicherung von Energieimporten und die Unterstützung der globalen Transformation vor: So soll der schnelle Hochlauf von grünen Wasserstoff-Importen finanziert und zugleich sollen internationale Klima- und Energiepartnerschaften gestärkt werden.

### Strategische Neuaufstellung

„Wir brauchen jetzt eine strategische Neuaufstellung für den Hochlauf von Zukunftstechnologien. Nur so sichern wir unseren Wirtschaftsstandort und führen das Land gestärkt in die neue Energiezukunft“, stellt Müller klar. „Jedes Windrad, jede PV-Anlage und jede Wärmepumpe bringt uns einen Schritt näher an die Unabhängigkeit von fossilen Energieimporten und stellt sicher, dass sich Deutschland und Europa als zentraler Markt für Zukunftstechnologien etablieren.“ DK

VKU-Stadtwerkekongress 2022:

## Auszeichnung für SWW Wunsiedel GmbH

Mehr als 500 Teilnehmer verzeichnete der diesjährige VKU-Stadtwerkekongress in Leipzig, seit 1999 der Pflichttermin für Stadtwerke und kommunale Energieversorger. Neben der Versorgungssicherheit in der aktuellen Energiekrise ging es um das Thema Cybersicherheit, sowie Themen des Personalrecruitings und der digitalen Souveränität.

Der für Energie zuständige Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Patrick Graichen, zeigte sich zuversichtlich, gut durch den Winter zu kommen, „wenn beim Gas alle Sparmaßnahmen mobilisiert werden“. Gleichzeitig sei es Aufgabe der Stadtwerke, Lastspitzen zu reduzieren. Auch müssten die Investitionen in erneuerbare Energien „geboostert“ werden. VKU-Präsident Michael Ebling zufolge führt die unsichere Lage dazu, „dass wir uns bei Investitionen zurückhalten“.

### Lebensqualität im Blick

Bei der digitalen Daseinsvorsorge geht es laut VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing im Grundsatz immer um die Lebensqualität der Menschen. Dafür sei freilich die passende Infrastruktur erforderlich. Liebing verwies darauf, dass die Stadtwerke viel leisten können, wenn man nur den richtigen Rahmen bietet. „Wir brauchen für Digitale Daseinsvorsorge einen Rechtsrahmen, der Sicherheit schafft, und den entsprechenden Handlungsspielraum.“

„Digitalisierung kann alles besser machen; sie zu verschlafen kann sich keine Kommune leisten“, unterstrich Volker Wisning, Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur. Ziel sei es, bis 2030 Glasfaser bis ins Haus und den neuesten Mobilfunkstandard für alle Nutzer zu erreichen. Da dies der Bund allein nicht alleine schaffen kann, sei jeder gefragt, auch die Stadtwerke. Beim Thema smarte Infrastrukturen vertrat Prof. h.c. Dr. Chirine Etezadzadeh die Ansicht, dass seit Jahren der politische Wille fehlt, Smart City Themen umzusetzen. Auch seien für Smart City Projekte Kooperationen das A und O.

Die VUCA Welt steht als Synonym für die zunehmende Dynamik in digitalen Märkten. Über deren Auswirkungen auf das Stadtwerkegeschäft informierte der Publizist und Blogger Sascha Lobo, der auch mit Impulsen für den Umgang mit diesem Umfeld aufwartete. Denn wichtig neben dem Umgang mit Krisen, so Lobo,

sei insbesondere der Lerneffekt, den man aus aktuellen Herausforderungen für künftige Krisen gewinnen kann.

Zum bereits 13. Mal wurde auch der Stadtwerke Award vergeben. Jährlich zeichnet er Vorzeigeprojekte aus der Stadtwerke-Landschaft aus und setzt ein Ausruferzeichen hinter das Engagement von Stadtwerken. Bei der diesjährigen Preisverleihung in Leipzig lobten Sven Becker, Sprecher der Geschäftsführung der Stadtwerke-Kooperation Trianel und VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing die ungebundene Innovationskraft von Stadtwerken auch in einem herausfordernden Umfeld und hoben den Vorbildcharakter der Gewinner-Projekte Stadtwerke Iserlohn GmbH, Stadtwerke Kiel AG und Stadtwerke Wunsiedel GmbH hervor.

### Energieversorgung aus klimaneutralen und nachwachsenden Ressourcen

Mit dem „Wunsiedler Weg - Energie 2.0“ schloss die SWW Wunsiedel GmbH an ihr im Jahr 2016 mit dem ersten Platz ausgezeichnetes Projekt „Wunsiedler Weg“ an und erreichte in diesem Jahr den dritten Platz. Mit einem weiteren Schritt auf dem Weg zu einer klimaneutralen Energieversorgung zeigt das Projekt einen ganzheitlichen Ansatz für eine dezentrale Energieversorgung auf.

In Zusammenarbeit mit verschiedenen Branchenpartnern wurde ein System entwickelt, das Energieversorgung aus klimaneutralen und nachwachsenden Ressourcen ermöglicht. Überschüssige Energie wird in Batterien und in Form von Wasserstoff gespeichert oder durch Teilnahme am Intraday-Handel an der Strombörse vermarktet. Das zentrale Steuerungssystem der Energieversorgung wird zudem durch Künstliche Intelligenz gelenkt. „In Wunsiedel geht man konsequent den Weg in eine klimaneutrale Zukunft und zieht dabei alle technischen und prozessualen Register, die zur Verfügung stehen“, lautete das Jury-Urteil. DK

# Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de



✱

✱

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

**IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER**

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek



Straubing:

# Erfolgreiches Wasserkraft-Seminar von VWB und LVBW

Innovative Anlagenkonzepte und Wissenswertes für den Anlagenbetrieb im Mittelpunkt

Rund 80 Teilnehmer aus der Wasserkraftbranche, von Behörden und aus der Wissenschaft kamen zum dritten Wasserkraftseminar nach Straubing. Getagt wurde im neuen Gebäude für Forschung und Lehre des Straubinger Campus für Biotechnologie und Nachhaltigkeit der Technischen Universität München (TUMCS). Im Mittelpunkt standen Berichte aus der Praxis und aus der Forschung, die in Diskussionsrunden vertieft wurden. Eingeladen hatten die Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V. und der Landesverband Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) eG.

In seiner Begrüßung dankte Fritz Schweiger, Vorsitzender der VWB, den Anlagenbetreibern sowie den der Wasserkraftnutzung verbundenen Stakeholdern für ihr großes Engagement in diesem Jahr, um im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2023 sowie in weiteren einschlägigen, gesetzlichen Regelungen stabile Rahmenbedingungen für kleine Wasserkraftanlagen aufrechtzuerhalten. Es sei versucht worden, die kleine Wasserkraft innerhalb der Erneuerbaren Energien als zweitklassig einzustufen, kritisierte Schweiger. „Mit unseren intensiven Anstrengungen konnten wir die Benachteiligung der Wasserkraft verhindern“, betonte Schweiger, appellierte aber auch, nicht nachzulassen im Einsatz und in den Bemühungen für die kleine Wasserkraft.

## Schachtkraftwerke in Großweil und Dietenheim

In dem ersten Themenblock drehte es sich um die Schachtkraftwerke in Großweil im Landkreis Garmisch-Partenkirchen und Dietenheim an der Iller. Der neue Kraftwerkstyp wurde nach einer Idee von Dipl.-Ing. (FH) Albert Sepp von diesem und Professor Peter Rutschmann am Lehrstuhl für Wasserbau und Wasserwirtschaft an der TU München entwickelt. Für ein Schachtkraftwerk muss der Flusslauf nicht umgelenkt werden. Stattdessen wird vor dem bestehenden Wehr ein Schacht in das Flussbett eingebaut. In Großweil sind es zwei Schächte mit jeweils einer Turbine und einem Generator, die unter der Wasseroberfläche arbeiten und nicht sichtbar sind. Die besondere Anordnung der Rechengitter stellt technisch und fischbiologisch eine Innovation dar. Zudem wird der Rechen wegen der geringen, nur 2 cm großen Stababstände von Fischen kaum passiert. Zusätzlich wurden zu beiden Seiten Fischwanderhilfen gebaut. So ist die Anlage für Fische in beide Richtungen durchgängig.

Im Herbst 2020 und Frühling 2021 wurden in der Pilotanlage in Großweil von Prof. Jürgen Geist vom Lehrstuhl für aquatische Systembiologie der TU München Untersuchungen im Rahmen eines fischökologischen Monitorings durchgeführt. Deren Resultate liegen in einem seit kurzem veröffentlichten Schlussbericht vor. Prof. Peter Rutschmann berichtete, dass die öffentlich kommunizierten Resultate der Studie Geist eigentlich nur Turbinenmortalitäten beinhalteten und dass in diesem Fall korrekterweise von der Turbine in Großweil und nicht von einem Schachtkraftwerk gesprochen werden dürfe.

Ökologische Konzepte arbeiten damit, dass sie versuchen, Fische am Durchtritt durch die Turbine zu hindern, sei dies durch Feinrechen oder Bypass-Systeme. Die Versuche mit Zuchtfischen und deren Art der Zugabe in Großweil kann aus Sicht von Rutschmann keine realitätsnahen Resultate liefern.

Deshalb stellte Rutschmann die Resultate der an der Versuchsanstalt in Obernach am 35 kW Prototypen durchgeführten Versuche mit Wildfischen vor. Er führte aus, dass sowohl der

Durchtritt von Fischen durch den Rechen, als auch die Schädigung der Fische an einer Turbine eine längenabhängige Wahrscheinlichkeit aufweist und die beiden Kurven gegenläufig sind. Aus diesen Kurven ergibt sich für die Anlage in Großweil (Stababstand 20 mm, Einlaufgeschwindigkeit 0,3 m/s) eine prognostizierte Mortalität von 2,3 Prozent für die Gesamtmenge der von oben nach unten wandernden Fische.

Um diesen Wert zum Abschluss doch noch mit den Untersuchungen von Prof. Geist vergleichen zu können, müsse die von Prof. Geist kommunizierte reine Turbinenmortalität auf die Anlagenmortalität umgerechnet und die an der Turbine vorbeiwandernden Fische berücksichtigt werden. Die Größenordnung von Fischen, die nicht durch die Turbine absteigen, liegt bei den Wildfischuntersuchungen von Prof. Geist (65 Prozent für oberflächen- und bodennahen Abstieg) sehr ähnlich wie in den Oberbacher Untersuchungen (50 Prozent bzw. 75 Prozent für oberflächen- bzw. bodennahen Abstieg). Berücksichtigt man diesen Aspekt, der überhaupt erst das patentierte „Konzept Schachtkraftwerk“ von einer beliebigen Kaplan- oder Francis-Turbine unterscheidet, so resultiert rechnerisch eine identische Mortalität von 2,3 Prozent Schädigung in Bezug auf die Gesamtheit der abwandernden Fische.

## Energiebilanz

Markus Poettinger, einer von drei Gesellschaftern des Schachtkraftwerks in Großweil, ging anschließend auf die Bauarbeiten und die Energiebilanz ein. Zehn Jahre haben sie auf die Genehmigung gewartet, dann verzögerten Klagen vom Fischereiverband und Naturschutzverband den Baustart nochmals um ein Jahr. Zudem mussten sie eine große und eine kleine Fischaufstiegshilfe bauen. Mit den Ergebnissen ist er jetzt aber sehr zufrieden.

Das Schachtkraftwerk in Großweil läuft nun seit zweieinhalb Jahren. Die Jahreserzeugung liegt bei 2,3 Millionen Kilowattstunden. In der Spitze erreicht die Anlage 410 Kilowatt Leistung. „Wir sind glücklich, dass wir es gemacht haben“, resümierte Poettinger. „Das Konstrukt wird sicher noch an vielen Orten die Möglichkeit geben, Wasserkraft sinnvoll zu nutzen.“ Die aktuelle Energiekrise zeige auch die Notwendigkeit für stabil erzeugten, kostengünstigen Strom aus Wasserkraftanlagen.

Von einem zweiten Schachtkraftwerk berichtete Dr. Mathias Fontin. Sein Unternehmen hat im September 2020 begonnen, ein Schachtkraftwerk in Dietenheim an der Iller zu bauen. Im November 2021 ging es in Betrieb. Während des Baus hatten sie mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen. So gab es beispielsweise fünf Extrem-Hochwasser, welche die Baugrube überfluteten. In der Summe hat Fontin rund 2,7 Millionen Euro in das innovative Schachtkraftwerk investiert. Es gab keine Förderung und die Fischaufstiegshilfen haben sie auf ihre Kosten gebaut. Das Wasserkraftwerk erreicht eine Leistung von 315 Kilowatt. „Nach den

üblichen Kinderkrankheiten im Rahmen der Inbetriebnahme sind wir momentan sehr zufrieden“, sagte Fontin. „Wir würden es definitiv noch einmal machen.“ Sein Unternehmen hat noch drei weitere Schachtkraftwerke in Planung. Ein großes Potenzial sieht Fontin auch in anderen Ländern wie Österreich und Skandinavien.

## Regionalstromtopf mit Direktvermarktung

Um die regionale Direktvermarktung von regenerativem Strom drehte es sich im Vortrag von Josef Pauli, Geschäftsführer Elektrizitäts-Versorgungs-Genossenschaft Perlesreut eG. Er stellte den Regionalstromtopf der EVG Perlesreut im Bayerischen Wald vor. „Wir wollten uns beim Stromeinkauf aus dem Risiko rausziehen und wir wollten für unsere Kunden einen verträglichen Strompreis schaffen“, erläuterte er die Motivation für das Direktvermarktungsmodell. Seit 2022 kauft der Energieversorger Strom nicht mehr an der Börse, sondern nur noch direkt von Anlagenbetreibern in der Region. Dabei unterscheidet die EVG zwischen Strom aus Bioenergie- und Wasserkraftanlagen, der stabil und planbar erzeugt werden kann, sowie volatil erzeugtem Strom aus Windenergie- und Photovoltaikanlagen, für die Lieferprognosen schwieriger zu erstellen seien.

Die einzige Voraussetzung, um Strom an die EVG Perlesreut zu liefern, ist die Viertel-Stunden-Messung. Dafür müssen eine Lastgangmessung (RLM) oder ein intelligentes Messsystem vorhanden sein. Über den Einbau von Messsystemen entscheidet der Netzbetreiber. Anlagenbetreiber liefern zu einem festen Strompreis, der für ein Jahr festgelegt wird. Für 2023 erhalten sie 16 Cent je Kilowattstunde. Die EVG Perlesreut verkauft den Strom dann für 17,5 Cent je Kilowattstunde an Lieferanten und Kunden. „Pauli lud die Anlagenbetreiber ein, ihren Wasserkraftstrom an die EVG zu liefern: „Wir nehmen jede Kilowattstunde und auch Strom von Anlagen, die die Möglichkeit des Eigenverbrauchs nutzen.“ Von mehreren Teilnehmern wurde dies begrüßt, da sie die Erfahrung gemacht haben, dass Direktvermarkter häufig erst Strom aus Anlagen über 100 Kilowatt Leistung abnehmen. „Unser Ziel ist zu 100 Prozent regenerativ und zu 100 Prozent regional zu jeder Viertelstunde“, betonte Pauli. Seines Wissens nach ist der Regionalstromtopf bisher einmalig in Bayern.

## Viele Einflüsse auf Gewässer

Otto Mitterfelner, Vorstand des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW), ging in seinem Vortrag auf die diversen Faktoren ein, die Gewässer beeinträchtigen. Von Gegnern der kleinen Wasserkraft würden die Anlagen für den schlechten ökologischen Zustand von Gewässern und die mangelnde Durchgängigkeit verantwortlich gemacht, kritisierte er. Mitterfelner berichtete, dass es 1925 rund 12.000 Wasserkraftanlagen in Bayern gab, zu der Zeit habe es viele Fische und Fischarten gegeben, was für einen guten ökologischen Zustand spricht. Heute gibt es nur noch rund 4.200 Wasserkraftanlagen im Freistaat. Zahlreiche andere Einflüsse würden Gewässer beeinträchtigen, sagte Mitterfelner. Als Beispiele nannte er invasive Arten wie Aale, Regenbogenforellen und Fische, die aus privaten Aquarien in öffentliche Gewässer entsorgt werden,

zum Beispiel Goldfische. Außerdem verunreinigten Medikamente aus Kläranlagen, Reinigungsmittel und Spülmaschinentabs sowie Reifenabrieb Gewässer.

Die kleinen Wasserkraftanlagen in Bayern erzeugen CO<sub>2</sub>-freien Strom und vermeiden klimaschädliche CO<sub>2</sub>-Emissionen. Darüber hinaus zeichnen sie sich durch die gesicherte Leistung, Bereitstellen von Momentanreserve, das Unterstützen der Netzstabilität und Spannungsqualität sowie teilweise durch Schwarzstartfähigkeit und Inselbetriebsfähigkeit aus.

## Zertifizierung in der Nieder- und Mittelspannung

Um die Zertifizierung von Wasserkraftanlagen in der Nieder- und Mittelspannung drehte es sich anschließend in dem Vortrag von Dr. Peter Zimmermann, der das Wasserkraftwerk Heizenmühle in Oberfranken betreibt. Die Anwendungsrichtlinie VDE-AR-N 4105 fordert für jede Erzeugungsanlage, für die kein Einheitszertifikat vorliegt, die Zertifizierung durch eine akkreditierte Stelle. Die Norm wurde durch einen „VDE FNN Hinweis“ ergänzt, der für die Zertifizierung ein vereinfachtes Einzelnachweisverfahren beschreibt.

„Wenn man die Leistung um weniger als 10 Prozent verändert, keinen Neubau hat oder keinen Wechselrichter einbaut, braucht man keinen Nachweis im Niederspannungsnetz“, sagte Zimmermann. Bei der Zertifizierung von Anlagen im Mittelspannungsnetz bis 950 kW gibt es ebenfalls ein vereinfachtes Einzelnachweisverfahren durch die Änderung A1 der Anwendungsrichtlinie VDE-AR-N 4110. Die Anforderungen sind höher und die Messungen etwas aufwändiger. „Im Wesentlichen sind es aber die gleichen Kriterien.“

Florian Lugauer und Prof. Dr. Josef Kainz, der eine Professur für Energietechnik an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf am TUMCS hat, nahmen für die Hochschule an dem Wasserkraftseminar teil. Lugauer, wissenschaftlicher Mitarbeiter an dem Lehrstuhl, referierte über die Auswirkungen der aktuellen Entwicklungen am Energiemarkt auf Speichertechnologien am Beispiel eines Kleinstpumpspeichers.

## Mehr Solarstrom durch Kleinstpumpspeicher

So präsentierte er zum einen seine Forschungsergebnisse, wie ein Kleinstpumpspeicher auf die Optimierung des Eigenverbrauchs von Solarstrom als eine mögliche Alternative zu Batteriespeichern wirkt, und bezog diese auf die aktuellen Energiepreise. Da Energiespeicherung immer verlustbehaftet ist, habe der Gesamtwirkungsgrad des Speichers einen hohen Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit, vor allem bei hohen Spotmarktpreisen, so Lugauer.

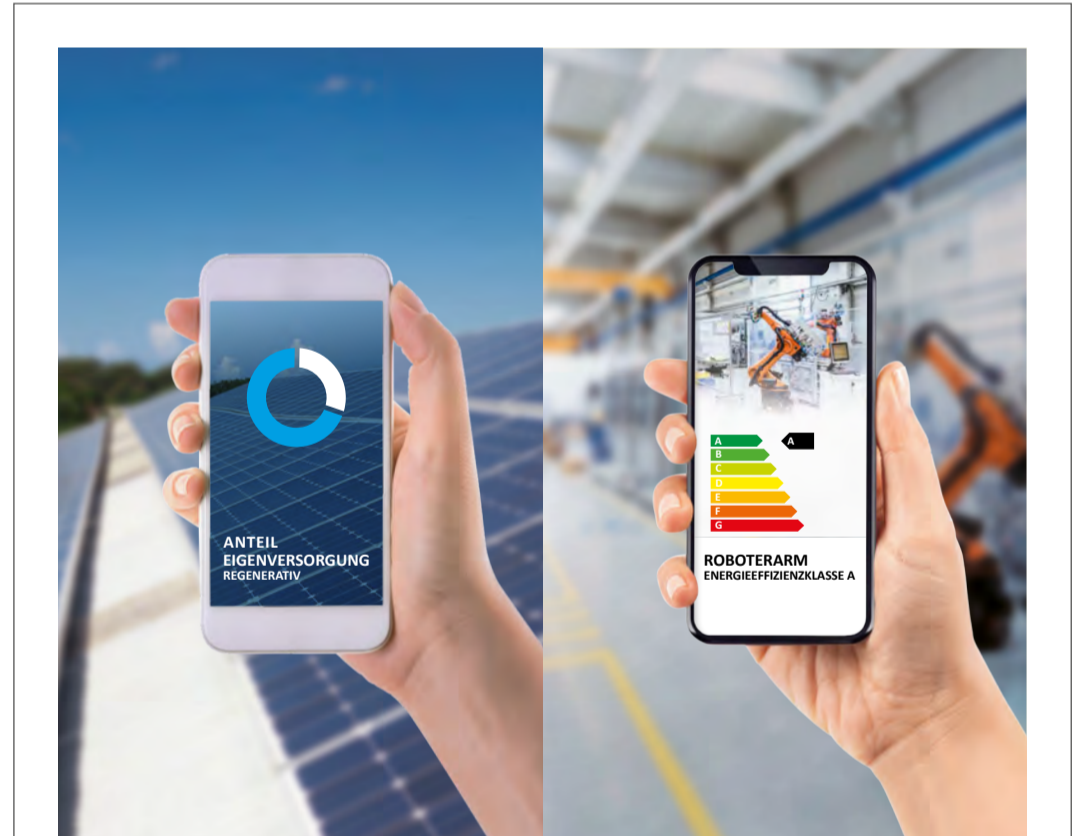
Eine weitere Betriebsweise eines Kleinstpumpspeichers wäre, Energie zuzukaufen, wenn der Strompreis mittags niedrig ist, da viel Solarstrom im Netz ist. So könnte Energie eingekauft und gespeichert werden. Bei höheren Strompreisen, zum Beispiel am Morgen oder Abend, könnte er wieder verkauft werden. Dies seien zwei Szenarien, wo Kleinstpumpspeicher wirtschaftlich werden könnten, allerdings sei es aufgrund der langen Amortisationszeiten auch keine „super Wirtschaftlichkeit“, betonte Lugauer. Zudem gibt es nur wenige Standorte für diese Kombination, da zumindest ein Speicherbecken für das Pumpspeicherkraftwerk vorhanden sein müsste.

## Regionales Notstromkonzept

Zum Abschluss stellte VWB-Vorsitzender Fritz Schweiger ein von seinem Unternehmen entwickeltes Notstromkonzept vor. Das E-Werk Schweiger in Schwabing/Oberding am Münchner Flughafen ist regionaler Energieversorger und Netzbetreiber zugleich. Der Strom stammt aus vier kleinen Wasserkraftanlagen, die der alteingesessene Familienbetrieb seit vielen Jahrzehnten betreibt.

Als ein Schneechaos im Münsterland Ende 2005 für tagelangen Stromausfall in 25 Gemeinden sorgte, wollte der damalige Bürgermeister der Gemeinde Oberding Energieversorger, ein Notfallprogramm für den Krisenfall zu entwickeln. Die Firma Schweiger entwarf ein Konzept, in dem die vier Wasserkraftanlagen vor Ort mit insgesamt 450 Kilowatt Leistung in die Notstromversorgung eingebunden wurden. Diese waren schon schwarzstart- und inselbetriebsfähig, um einen stets sicheren Betrieb der Schleusen und Rechenreinigung zu gewährleisten und die betriebsinterne Notstromversorgung zu sichern.

Die Gemeindeverwaltung teilte Schweiger mit, welche Einrichtungen zur kritischen Infrastruktur gehören, zum Beispiel Rathäuser, Arztpraxen und Apotheken. Daraufhin gestaltete das E-Werk Schweiger die Netztopologie in der Gemeinde Oberding und der Ortschaft Attaching so, dass die Wasserkraftanlagen die Notstromversorgung für die wichtigen Einrichtungen in relativ kurzer Zeit übernehmen können. Das Notstromkonzept bestand 2006 einen Praxistest mit einem lokalen Unternehmen und ist bis heute einsatzbereit. □



## WIR FÖRDERN ENERGIESCHAFFEN UND ENERGIESPAREN

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir klassische kommunale Projekte genauso wie Investitionen in regenerative Energien und höhere Energieeffizienz. Gerne beraten wir Sie, wie Sie mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihre Region fit für die Zukunft machen. Tel. 089 / 21 24 – 10 00

www.lfa.de

Beratung,  
Finanzierung,  
Erfolg.

**Lfa** Förderbank  
Bayern





Die KPV Oberfranken informierte sich auf dem Gelände des Energieparks Wunsiedel. Vorausgegangen war ein hochinteressanter Vortrag von SWW-Geschäftsführer Marco Krasser (vorne links). Mit im Bild sind KPV-Bezirksvorsitzender Karl Philipp Ehrler (2. v. links) und Nicolas Lahovnik (6. v. rechts), Vorsitzender des AK Energiewende.

Bilder (2): Tristan Förtsch

## Energiegeladenes Oberfranken

KPV beschäftigt sich intensiv mit Energiethemen

Der Bezirksverband Oberfranken der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) und der Arbeitskreis „Energiewende“ der CSU Oberfranken informieren sich seit dem Frühjahr intensiv darüber, wie die Region ihre Ressourcen für eine weitgehend autarke Energieversorgung einsetzen kann. Vorläufiger Höhepunkt der zahlreichen Ortstermine und Diskussionsrunden ist jetzt ein Energiegipfel der beiden Arbeitsgemeinschaften, der am 25. November 2022 im Energiepark Wunsiedel und im Luisenburger-Ressort stattfindet.

Im Energiepark Wunsiedel kann die Vision einer klimaneutralen, effizienten Energieerzeugung live erlebt werden. In Anwesenheit von Ministerpräsident Dr. Markus Söder feierten die Stadtwerke Wunsiedel (SWW Wunsiedel) hier im September die Eröffnung der bislang größten Anlage für grünen Wasserstoff in Bayern. Sie erzeugt jährlich aus Wind und Sonne bis zu 1.350 Tonnen Wasserstoff. Abnehmer soll die regionale Wirtschaft sein, von der Glas- und Keramikindustrie über Transportunternehmen, Autozulieferern bis zum Sägewerk.

### Wunsiedler Weg

Nun besuchte der Bezirksvorsitzende der KPV Oberfranken mit ihrem Vorsitzenden Karl Philipp Ehrler, Bürgermeister der Gemeinde Stambach, den Energiepark und das Betriebsgelände der SWW. Wunsiedels Bürgermeister Nicolas Lahovnik und SSW-Geschäftsführer Marco Krasser erläuterten den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern den „Wunsiedler Weg“, ein bis ins kleinste Detail durchdachtes Konzept des konsequenten Einsatzes und Ausbaus nachhaltiger Technologien und regenerativer Energien.

### Ganzheitlicher Ansatz

Die globalen Geschehnisse fordern die Kommunalpolitik heraus, die Energieversorgung der Zukunft vor Ort sicherzustellen. In Wunsiedel sieht man sich bereits in dieser Zukunft angekommen. Klimaschutz und energetisches Raumkonzept gehen hier Hand in Hand. Ein Biomasse-Heizkraftwerk erzeugt in einem ers-

ten Schritt Strom. Die Abwärme wird dann für die Produktion von Holzpellets genutzt. Der ganzheitliche Ansatz steht im Vordergrund bei der sog. Sektorenkopplung, also der Vernetzung der Teilbereiche der Energiewirtschaft wie Elektrizität, Wärmeversorgung, Verkehr und Industrie. Eine Schlüsselrolle spielt dabei der Wasserstoff als Energieträger der Zukunft. Krasser betonte, Wasserstoff sei hierbei aber nicht vorrangig für die Mobilität wichtig, sondern für die Energieausstattung der Industrie.

### KPV und AK ergreifen die Initiative

Durch die an die Führung anschließende Diskussion der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit CSU-Bezirksvorsitzendem MDB Hans-Peter Friedrich und Landrat Peter Berek, Landkreis Wunsiedel, entstand der Wunsch, zeitnah Politik und Industrie in kommunalen Partnerschaften zusammenzuführen und drängenden Fragen, wie etwa nach der Speicherung und dem Transport von Energie, nachzugehen. Künftig werden deshalb der Arbeitskreis Energiewende der CSU und die KPV in Oberfranken verstärkt gemeinsame Aktivitäten entwickeln.

### Solarenergie auf dem Vormarsch

Einen weiteren Impuls setzte eine Informationsveranstaltung der Kommunalpolitiker bei dem Solarfachbetrieb Münch Energie in Rugendorf nahe Kulmbach. Sven Hammer stellte den ganzheitlichen Ansatz des Unternehmens vor. Kern seines Vortrags

war die Agri-PV, die Doppelnutzungsmöglichkeiten eröffnet, indem trotz Solaranlage landwirtschaftliche Flächen weiterhin für die Nahrungsmittelproduktion genutzt werden können.

Außerdem beschrieb Hammer ein Konzept, bei dem alle Stakeholder, also Interessensgruppen wie Bürger, Landwirtschaft, Industrie und Kommunen, mittels Crowdinvesting einbezogen werden und finanziell von der regenerativen Stromerzeugung profitieren. So können Unternehmen, Hammer zufolge, mittels einer grünen und zuverlässigen Stromerzeugung ihre Standortvorteile sicherstellen.

### Kommunen sind aufgerufen

Wie auch schon in Wunsiedel wurden die Kommunen aufgerufen, sich aktiv um den Prozess der regionalen Energiewende zu kümmern. KPV-Bezirksvorsitzender Karl Philipp Ehrler brachte es auf den Punkt: „Jede Kommune ist gefordert, sich mit ihrer Energiesituation zu beschäftigen, zu analysieren und aktiv zu werden. Wer jetzt nicht handelt, wird behandelt!“ Hammer empfahl den kommunalen Vertreterinnen und Vertretern einen Kriterienkatalog für Erneuerbare-Energie-Projekte zu beschließen. Nur so könne sichergestellt werden, dass die Wertschöpfung auch wirklich in der Region verbleibt.

### Schattenseiten der Sonnenenergie

Ausgiebig diskutiert wurden auch kritische Aspekte der Solarenergiegewinnung. Die Bestimmung und Beanspruchung von Flächen für Solarparks sorgt für Skepsis bis hin zu Ablehnung. Kritische Stimmen kamen aus den Reihen der Landwirte, weil die Solarbetreiber die Pachtpreise in die Höhe trieben und dadurch die bäuerlichen Betriebe in Existenznot bringen. Andere beklagten die Vereinnahmung von Flächen, die für die Naherholung



Fragen rund um die verstärkte Nutzung der Solarenergie beschäftigten die Vertreter der KPV Oberfranken und des AK Energiewende beim Besuch der Firma Münch-Energie in Rugendorf bei Kulmbach. □

### Verleihung der Bayerischen Energiepreise 2022:

## Innovative Best-Practice-Lösungen

Für ihre Hochtemperaturwärmepumpe für industrielle und kommunale Wärmeversorgung hat die AGO GmbH Energie + Anlagen mit Sitz in Kulmbach den Hauptpreis des Bayerischen Energiepreises 2022 erhalten. Darüber hinaus prämierte das Bayerische Wirtschaftsministerium weitere fünf innovative Energieprojekte aus dem Freistaat.

Anlässlich der Preisverleihung lobte Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger den Pioniergeist und das Engagement der Preisträger: „In Zeiten, in denen Energieeffizienz und regenerative Energieerzeugung höchste Priorität haben, sind wir angewiesen auf innovative Best-Practice-Lösungen für eine nachhaltige Energiezukunft. Dies zeigen alle Preisträger in vorbildlicher Weise.“ Der Hauptpreisträger AGO hat die weltweit erste Hochtemperaturwärmepumpe namens „AGO Calora“ auf Basis des natürlichen Stoffpaars Ammoniak/Wasser entwickelt, mit der eine Wärmeversorgung bis zu 150 °C möglich ist. Der Wärmebedarf in der Industrie und auch in der Fernwärmeversorgung liegt häufig bei Temperaturen deutlich über 100 °C und wurde bisher fast ausschließlich durch die Verbrennung fossiler Energieträger erreicht. Gemeinsam mit den Stadtwerken Neuburg an der Donau hat AGO daher 2021 eine erste Demonstrationsanlage mit einer Heizleistung von rund 1 Megawatt errichtet, bei der die Wärme aus einem Niedertemperaturwärmenetz als Wärmequelle genutzt und in ein Heißwasser-Netz zur Versorgung einer Mälzerei mit 135 °C eingespeist wird. Mit dieser erfolgreich patentierten Wärmepumpenlösung ist eine CO<sub>2</sub>-freie Wärmeversorgung im industriellen Maßstab von ca. 0,5 bis 10 Me-

gawatt pro Wärmepumpe und einmalig hoher Effizienz möglich. Mit dem Projekt „Erdgas- und Stromverbraucher eliminieren – Innovationen in Kernprozessen der Metallverarbeitung machen es möglich“ siegte die BSH Hausgeräte GmbH, Dillingen a. d. Donau, in der Kategorie „Energieeffizienz in industriellen Prozessen und Produktion sowie Energieeffizienznetzwerke“. Ihr gelang es am Standort Dillingen, mit Effizienzmaßnahmen und einer kontinuierlichen Optimierung in der Produktion von jährlich 2,5 Millionen Geschirrspülern insgesamt 6,6 Millionen Kilowattstunden pro Jahr einzusparen.

### Flexible Biogasnutzung

In der Kategorie „Energieerzeugung – Strom, Wärme“ wurde die Reverion GmbH, Eresing, mit dem Projekt „Flexible Biogasnutzung mit höchster Effizienz“ ausgezeichnet. Ein modular erweiterbares, hocheffiziente Brennstoffzellensystem auf Containerbasis erzeugt sowohl Strom als auch umgekehrt Gas. Die Anlage erreicht somit in beiden Betriebsarten elektrische Wirkungsgrade von 80 Prozent und verdoppelt somit die Stromproduktion aus der gleichen Biogasmenge.

Die Forschungsstelle für Energiewirtschaft München gemeinsam mit der Bayernwerk Netz GmbH, Regensburg, sind die Gewinner des Energiepreises in der Kategorie „Energieverteilung inklusive Netzdienstleistungen – Wärme, Strom, Gas etc. sowie Speichertechnologien“. Mit dem Projekt „Altdorfer Flexmarkt – dezentrale Flexibilität im netzdienlichen Realbetrieb“ gelang es in Altdorf bei Landshut, über

die Entwicklung einer marktba- sierten digitalen Plattform-Lösung sowie die verantwortungsvolle Mitwirkung der Bürger als Energieverbraucher und dezentrale Kleinanlagenerzeuger Netzengpässe zu vermeiden.

### Der Wunsiedler Weg

Mit dem Projekt „Der Wunsiedler Weg Energie – Kopplung der Sektoren“ hatte die SWW Wunsiedel GmbH in der Kategorie „Systemverträgliche Sektorenkopplung – Strom, Wärme, Mobilität“ die Nase vorn. Die Wunsiedler Energieversorgung hat erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe aus der Region als Basis. Windkraft, PV-Anlagen, Blockheizkraftwerke, Pelletvergaser, ein Li-Ionen Batteriegroßspeicher, Elektromobilität und vor allem einer der deutschlandweit größten Elektrolyseure zur Wasserstoffherzeugung bilden in Wunsiedel die Grundlage für ein sicheres und zukunftsweisendes Energiesystem.

In der Kategorie „Gebäude als Energiesystem/Gebäudekonzept“ wurden die RAAB Baugesellschaft mbH & Co KG, Ebensfeld in Oberfranken, gemeinsam mit der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm, Arbeitsgruppe „Effizienz“ im Energie Campus Nürnberg, für ihr Projekt „Energiespeicherhäuser Herzo Base – ein energieflexibles Gebäude- und Energiekonzept von morgen“ geehrt. Bezahlbare Klimaneutralität wurde hier in einem Gemeinschaftsprojekt in Form von Reihenhäusern verwirklicht.

In den Herzo Base-Plus-Energiehäusern in Herzogenaurach kommen völlig neue innovative Baustoffe, Geothermie und Photovoltaik, elektrische und thermische Speicher zum Einsatz. Die mehrjährige wissenschaftliche Begleitung führte zur weiteren Optimierung des Gebäudes. DK

## Ostbayern räumt Bayerische Klimaschutzpreise ab

Auf der Nürnberger Kaiserburg hat Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber die diesjährigen Klimaschutzpreise verliehen. Alle Preisträger kommen heuer aus ostbayerischen Regionen. Für ihre Arbeit im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes wurden der Jugendrat Viechtach und der Verein Char2Cool aus Reisbach in Niederbayern sowie die oberpfälzische Benediktinerabtei Plankstetten ausgezeichnet. Der Bayerische Klimaschutzpreis ist insgesamt mit 15.000 Euro dotiert.

Der Jugendrat Viechtach (Landkreis Regen) besteht aus elf gewählten Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren. Gemeinsam haben sie 2021 die Fahrrad-Kampagne #VitRadelt ins Leben gerufen und sich zum Ziel gesetzt, mit einer Reihe von Aktionen und Veranstaltungen das Rad nicht nur als Freizeitaktivität, sondern als nachhaltiges Verkehrsmittel im Bayerischen Wald zu stärken. Dabei adressieren und verbessern sie vor allem die bisher nicht ausreichend ausgebaute Infrastruktur für Fahrradfahrende in Viechtach und Umgebung und sensibilisieren ihre Mitmenschen. Der Jugendrat ist eine etablierte Institution in Viechtach und bringt dort allen Generationen den Themenkomplex Klimaschutz ohne erhobenen Zeigefinger und mit tief verwurzelter Überzeugung näher.

Der Verein Char2Cool e.V. aus Reisbach (Landkreis Dingolfing-Landau) wurde von einem niederbayerischen Vater-Tochter-Gespann gegründet und be- gegnet der Aufgabe des Klimaschutzes sehr vielseitig. Das Abfischen der invasiven Wasser-

hyazinthen, die Verkohlung zur Pflanzenkohle sowie die Kompostierung und Aufbringung auf landwirtschaftlichen Böden verbindet die Themen Ökosystemschutz, regionale Wertschöpfung, Boden- und Klimaschutz. Char2Cool zeichnet sich durch ein hohes Engagement, Innovation und eine Mentalität des Zupackens aus.

### Leuchtturm-Projekt

Der Grundsatz des Benediktinerklosters Plankstetten „Leben und Wirtschaften im Einklang mit der Schöpfung“ zeigt sich auch im Neubau des dreigeschossigen Holz-Stroh-Hauses St. Wunibald, dem größten holzgedämmten Gebäude Süddeutschlands. Das Mehrzweckgebäude für Kindergarten, Büros und Seminargäste im Landkreis Neumarkt gilt als Leuchtturm-Projekt für ökologisches Bauen, regionale Ressourcennutzung und Energieeinsparung. Die Abtei berät und unterstützt mittlerweile andere Projekte, die ähnliche Pläne verfolgen und vor ähnlichen Herausforderungen stehen. DK

Kontakt: wolfgangfoertsch.kpv@gmx.de Tristan Förtsch



Landesverbandsversammlung des LfV Bayern:

## Zukunftsaufgaben im Visier

**Große Resonanz: Rund 400 Feuerwehrführungskräfte aus dem gesamten Freistaat und zahlreiche Gäste aus Wirtschaft und Politik nahmen an der 29. Landesverbandsversammlung des LfV Bayern in Obertraubling teil. Die Versammlung stand ganz im Zeichen der Digitalisierung, Anerkennungskultur und Weiterentwicklung des Katastrophenschutzes, insbesondere der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung zwischen Freistaat Bayern und LfV Bayern. In guter Tradition eröffnete Innenminister Joachim Herrmann zudem die Feuerwehraktionswoche 2022.**

In seiner Grundsatzrede hob der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbands Bayern, Johann Eitzenberger, die Rolle der Feuerwehren im Katastrophenschutz hervor: „Egal, ob Katastrophen, Zivil- oder Bevölkerungsschutz: Unsere Feuerwehren sind mit rund 7.700 Standorten in Bayern und über 330.000 Aktiven hier an erster Stelle! Wer, wenn nicht die Feuerwehren, betreibt denn täglich Bevölkerungsschutz?“, so Eitzenberger.

Die Feuerwehren seien deshalb grundsätzlich, egal auf welcher Ebene, bei allen Fragen und Angelegenheiten zur Weiterentwicklung des Katastrophenschutzes zu beteiligen. Als Repräsentant aller bayerischen Feuerwehren müsse der LfV Bayern hier künftig verstärkt einsatzunterstützende Funktionen übernehmen. Angesichts zunehmender Großschadenslagen und Katastrophen mit dynamischen Lage-

entwicklungen sei die Weiterentwicklung des Katastrophenschutzes die vornehmste Aufgabe aller verantwortlichen Feuerwehrführungskräfte.

Vor diesem Hintergrund unterzeichneten der LfV Bayern-Vorsitzende und Innenminister Herrmann eine wegweisende Kooperationsvereinbarung zwischen dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration als oberster Katastrophenschutzbehörde und dem Landesfeuerwehrverband Bayern. Mit der Vereinbarung bekennt sich der Freistaat Bayern zu einer noch intensiveren Zusammenarbeit mit den kommunalen Feuerwehren und dem LfV Bayern im Katastrophenschutz.

Das Kooperationspapier zielt insbesondere auf die Etablierung einer noch schnelleren und effizienteren Kommunikation und Koordination der Einsatzkräfte bei Katastrophen und Großsch-

adenslagen. Das umfangreiche Fachwissen der jeweiligen Feuerwehrführungskräfte kann durch die frühzeitige Einbindung in Katastrophenlagen noch schneller zur Bewältigung solcher Extremereignisse und damit zum Schutz der Bevölkerung herangezogen werden. Dies gilt vor allem bei überregionaler und länderübergreifender Hilfe.

### Feuerwehrrente

Ein weiteres zentrales Thema der Verbandsversammlung war die Anerkennungskultur des Ehrenamtes Feuerwehr. Auch wenn vieles in den vergangenen Jahren auf den Weg gebracht worden sei, reiche dies angesichts der Dienstpflichten und nicht unwesentlichen Einschränkungen der persönlichen Lebensumstände, die die Ehrenamtlichen zur Erfüllung dieser kommunalen Pflichtaufgabe in Kauf nehmen, nicht aus, betonte Eitzenberger. Als eine sinnvolle und nachhaltige Anerkennung erachtet der LfV Bayern die sogenannte Feuerwehrrente, für die bereits eine Rechtsgrundlage besteht. Vorreiter ist hier Aschaffenburg, die als erste Stadt im Freistaat bereits vor einer bayernweiten Regelung durch einen einstimmigen Stadt-

ratsbeschluss die Feuerwehrrente eingeführt hat.

### Digitalisierung

Ein wichtiges Thema der nächsten Jahre stellt die Digitalisierung im Feuerwehrwesen dar. Exemplarisch nannte Eitzenberger die Anmelde- und Verwaltungsverfahren für die Staatlichen Feuerweherschulen, den digitalen Feuerwehrdienstausweis, die Verwaltung in den Feuerwehrvereinen und der Öffentlichen Einrichtung Feuerwehr, sowie die Vereinheitlichung und Zusammenführung bereits bestehender Lösungen, auch im Hinblick auf das Einsatz- und Berichtsmangement.

„Eine weitreichende Wirkung versprechen wir uns auch von der Überarbeitung der Alarmierungsbekanntmachung“, erklärte der Verbandschef. In die möglichen Änderungsplanungen war der LfV Bayern frühzeitig mit einbezogen worden. Ziel der Änderungen sei es, eine schlankere und dadurch schnellere und effektivere Alarmierung zu erzielen.

Abschließend hob Eitzenberger die hervorragende Zusammenarbeit zwischen Freistaat Bayern und LfV Bayern in vielen Bereichen hervor. Beispielsweise nannte er die wichtige Realbrandausbildung der Atemschutzgeräteträger, die der Freistaat für die nächsten vier Jahre mit insgesamt 1,3 Mio. Euro fördert. Auch verwies er auf die jährliche Kampagnen-Förderung zur Mitgliederwerbung für die bayerischen Feuerwehren in Höhe von 275.000 Euro.

„Unsere Feuerwehren sind für die Gefahrenabwehr und den Katastrophenschutz die bedeutendste Ressource auf kommu-



Innenminister Joachim Herrmann und LfV-Vorsitzender Johann Eitzenberger unterzeichnen die Kooperationsvereinbarung zum Katastrophenschutz.

Bild: LfV Bayern

naler Ebene“, bekräftigte Staatsminister Herrmann. Möglichst noch im Herbst sollen die Eckpunkte des Konzepts Katastrophenschutz Bayern 2025 gemeinsam mit allen beteiligten Akteuren erarbeitet werden. Der Freistaat setze auch alles daran, dass die Einsatzkräfte beste Bedingungen haben. So habe sich die Ausbildung an den Feuerweherschulen dank der kräftigen finanziellen Investitionen des Freistaats enorm fortentwickelt. Dies gelte sowohl für den baulichen und personellen Ausbau als auch für die Ausweitung des Lehrgangsangebots. „Die Zahl der angebotenen Lehrgangsplätze ist von rund 10.000 im Jahr 2010 auf über 15.000 im Vor-Corona Jahr 2019 gestiegen und wird 2023 noch einmal weiter zulegen“, berichtete Herrmann.

Insgesamt ist es dem Minister ein wichtiges Anliegen, den hohen Standard bei der Ausrüstung der Feuerwehren zu verbessern: „Allein in den letzten fünf Jahren haben wir mehr als 253 Millionen Euro für die Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten so-

wie den Bau von Feuerwehrhäusern ausbezahlt.“ Bei der Verlängerung der Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien sei der Katalog der förderfähigen Fahrzeugtypen erweitert worden, um speziell Mobilität und Schlagkraft kleinerer Feuerwehren zu stärken. „Wir wollen die Gemeinden und ihre Feuerwehren aber auch bei der herausfordernden Zukunftsaufgabe der Mitgliedererwerbungsunterstützung“, machte Herrmann deutlich. Hierzu habe das Innenministerium 2021 ein Forschungsprojekt mit der TH Nürnberg gestartet. Wesentlicher Baustein ist eine Umfrage bei allen aktiven Feuerwehrmännern und -frauen.

Im Rahmen der Veranstaltung eröffnete der Minister auch die diesjährige bayerische Feuerwehr-Aktionswoche unter dem Motto „Helfen ist Trumpf – Tag und Nacht!“. Mit ihr startete die Kampagne zur Mitglieder- und Nachwuchsgewinnung für die bayerischen Feuerwehren, die vom Innenministerium seit Jahren erfolgreich unterstützt wird. **DK**

Lebensmittel-Notfall-Versorgung durch öffentlich-private Synergien:

## Forschungsprojekt stellt Leitfaden für Behörden zur Verfügung

**Daten austauschen, Reserven dezentralisieren, Supermärkte ins Boot holen und einen gemeinsamen öffentlich-privaten Arbeitskreis einrichten: Ein Forschungsprojekt der Technischen Universitäten in Freiberg, Dresden und Karlsruhe sowie der Logistikberatung 4flow AG untersuchte, wie Behörden und Unternehmen in Krisenfällen effektiver zusammenarbeiten können, um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherzustellen. Ihre Ergebnisse stellen die Forschenden nun als Leitfaden interessierten Behörden zur Verfügung.**

Stromausfall, Naturkatastrophe oder Pandemie: In einer akuten Krise kommt es bei der Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, Lebensmitteln und Medikamenten vor allem auf eine sichere und effiziente Logistik an. Das bisherige Konzept für die Ernährungsnotfallvorsorge stammt aus den 1960er Jahren und sieht zentrale staatlich verwaltete Lager für haltbare Grundnahrungsmittel vor. Eine Kooperation zwischen öffentlicher Hand und privaten Firmen ist darin bisher nicht vorgesehen.

„Dabei könnte so eine Zusammenarbeit im Krisenfall der Schlüssel zu flexibleren und effektiveren Logistikketten sein“, sagt Prof. Marcus Wiens von der TU Bergakademie Freiberg. „Teilen private Akteure, insbesondere Supermärkte, ihre tagesaktuellen Verkaufs- und Nachfrage-Statistiken mit den Behörden

können diese schneller reagieren, Störungen frühzeitig erkennen und damit Bedarfe der Bevölkerung besser decken. Würde zur Verteilung der Lebensmittel außerdem das erprobte Lager- und Filialnetz genutzt werden, kämen die benötigten Güter näher an die Menschen“, so der Professor für Innovations- und Risikomanagement. „Über IT-Schnittstellen hätten Behörden im Notfall Zugang zu diesen Daten sowie zu privaten Supermarkt-Lagern.“

### Logistikketten werden simuliert

Zu den Ergebnissen gelangte das Team mithilfe der Spieltheorie, dem Ansatz der logistischen Optimierung, rechtswissenschaftlichen Analysen sowie Befragungen von interessierten Supermärkten und Behörden. „Wir untersuchten unter anderem, wie

die Interessen privater und öffentlicher Akteure bestmöglich berücksichtigt werden können. Die Forschungsmethoden erlauben es außerdem, Modelle für robustere Logistikketten sowie Ansätze zur optimierten Verteilung der Lebensmittel im Krisenfall zu entwickeln“, erklärt Prof. Marcus Wiens.

### Empfehlung

Die Empfehlung der Forschenden: Ein ständiger Arbeitskreis aus öffentlichen und privaten Akteuren, in dem sie regelmäßig Know-how und Erfahrungen mit neuen Risikolagen austauschen und für die Weiterentwicklung der Ernährungsnotfallvorsorge nutzen. Die Ergebnisse stellt das Team nun Politik, Wirtschaft und Verwaltung in einem Leitfaden zur Verfügung (<https://www.nolan-sifo.de/brochures.html>).

Ziel des Projekts „Skalierbare Notfall-Logistik für urbane Räume als öffentlich-private Partnerschaft im Katastrophenfall“ (NOLAN) ist es, ein ganzheitliches Konzept einer Notfalllogistik zu entwickeln. Durch die Zusammenarbeit von Behörden und privaten Unternehmen soll sowohl die Grundversorgung der Bevölkerung als auch der Informationsfluss zwischen den Akteuren sichergestellt werden. Parallel werden Rahmenbedingungen für eine Krisenkooperation zwischen Behörden und Unternehmen erarbeitet und hinsichtlich ihrer juristischen Ausgestaltung und Umsetzbarkeit geprüft. Neben der TU Bergakademie Freiberg sind die Technischen Universitäten in Dresden und Karlsruhe, die 4flow AG sowie weitere assoziierte Partner beteiligt. Diese sind: Nestlé Deutschland AG, Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg, das Regierungspräsidium Stuttgart (Katastrophenschutz), Landratsamt Ludwigsburg (Infrastruktur und Katastrophenschutz), die Spedition Ansorge GmbH & Co. KG, die Beratungsfirma Deloitte sowie der Bundesverband zum Schutz Kritischer Infrastrukturen (BSKI). **□**

## Ehrenamtskampagne #MehrAlsPflicht gestartet

**Innenminister Joachim Herrmann hat gemeinsam mit den bayerischen Hilfsorganisationen die Kampagne #MehrAlsPflicht des Helfernetzes Bayern in Erlangen gestartet: „Ein großartiges Projekt, um nachhaltig unser sicherheitsrelevantes Ehrenamt in Bayern zu stärken“, lobte Herrmann die großflächige Aktion mit mehr als 900 Plakaten und digitalen Werbeflächen.**

Wichtig sei es, mit neuen Ideen für diese wertvolle Arbeit zu sensibilisieren. Hier setze die Kampagne an, um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger anzusprechen und vor allem bei jungen Leuten das Interesse zu wecken und zu begeistern. „Das Helfernetz Bayern greift hiermit ein Herzensanliegen der Staatsregierung auf. Darum fördern wir das Projekt auch jährlich mit 90.000 Euro“, betonte Herrmann.

Das Helfernetz Bayern wurde 2014 von den sieben Hilfs- und Einsatzorganisationen in Bayern ins Leben gerufen: Der Arbeiter-Samariter-Bund, das Bayerische Rote Kreuz, die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, die Johanniter-Unfallhilfe, der Malteser Hilfsdienst, das Technische Hilfswerk und das Medizinische Katastrophenhilfswerk.

Kontakt und Informationen:

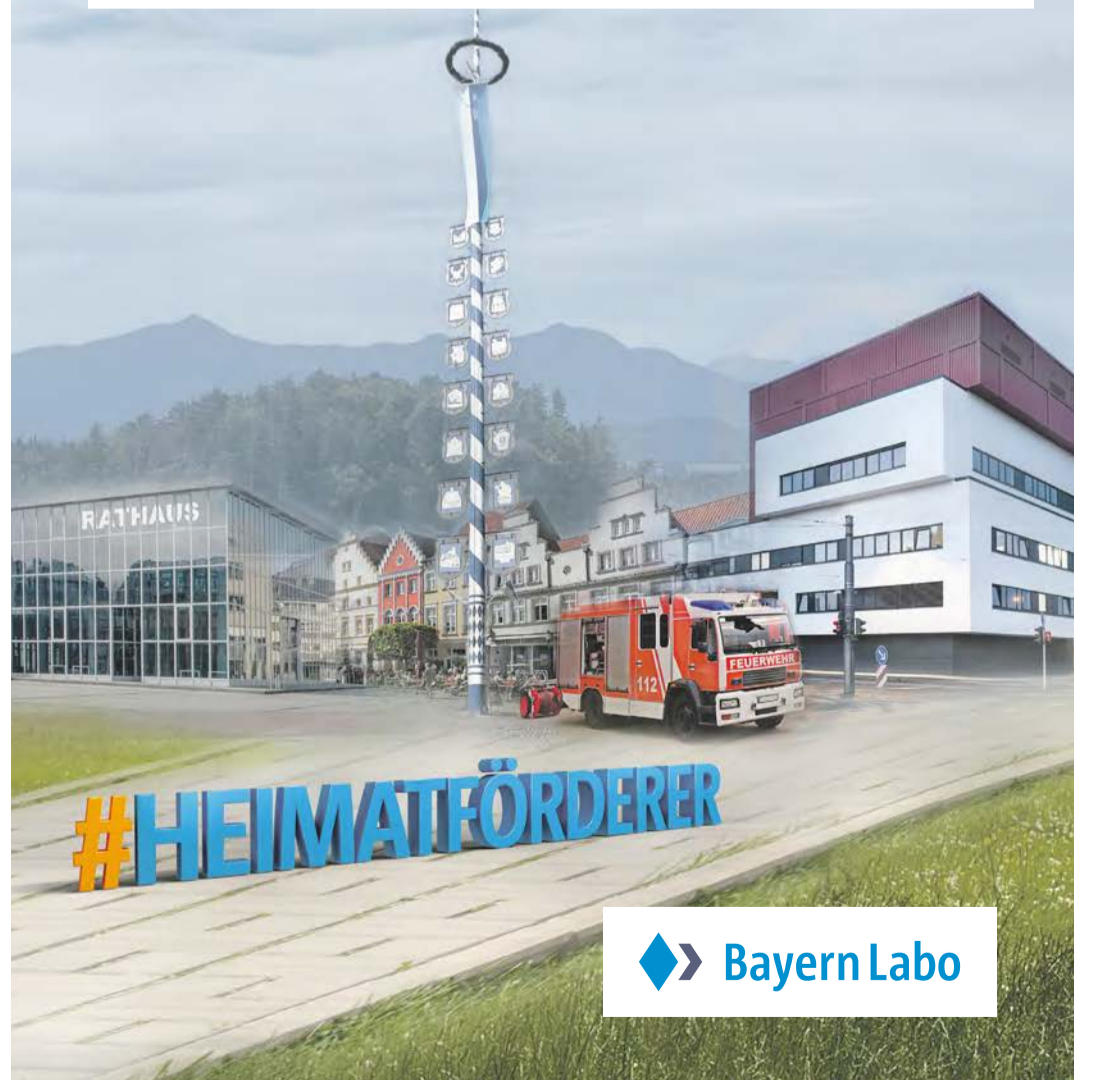
<https://www.helfernetz.bayern/startseite.html> **□**

## Retten. Löschen. Schützen.

### BayernLabo – Kommunalkredit- und Förderbank des Freistaats Bayern

Mit Zinsbindungen bis zu 30 Jahren im klassischen Kommunalkredit sowie mit speziellen Förderkrediten unterstützen wir Investitionen in die Sicherheit Ihrer Kommune, von Feuerwehr bis Hochwasserschutz.

Mehr erfahren unter [www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de)



**Bayern Labo**



## Kommunaler Hochwasserschutz profitiert von Unipers Westfeld-Rekultivierung

Kommunaler Hochwasserschutz ist existenziell für das Wohl und Wehe einer Gemeinde. So auch in Wackersdorf: Die Gemeinde investiert daher systematisch in den kommunalen Hochwasserschutz. Schwandorfs Landrat Thomas Ebeling und die beiden Ersten Bürgermeister von Wackersdorf, Thomas Falter, und Steinberg am See, Harald Bemmerl, überzeugten sich vor Ort auf dem rekultivierten Westfeldgelände der Firma Uniper: Dort war ein wichtiges Teilstück der neuen Hochwasserableitung für Wackersdorf im Zuge der Arbeiten zum Gesamtabschluss der Rekultivierung fertiggestellt worden.

Die Zusammenarbeit von Uniper und der Verwaltungsgemeinschaft Wackersdorf bot sich an, da Uniper auf seinem Westfeldgelände einen alten Grubenwassergraben wieder reaktivieren und Platz für zusätzliche Regenrückhaltebecken zur Verfügung stellen konnte.

So entstand im Zuge der Baumaßnahmen für den letzten Rekultivierungsabschnitt im Westfeld auf 400 Meter Länge ein bis zu zwei Meter breiter und 50 Zentimeter tiefer Hochwasservorfluter als weitgehend offenes und naturnahes Gewässer mit zwei offenen Regenrückhaltebecken im Westfeld und einem weiteren außerhalb des Westfelds. Wie schon bei vorangegangenen Rekultivierungsmaßnahmen von Uniper sind die drei Sammelbecken so angelegt, dass sie sich als Biotope entwickeln können. Zielführend mündet der neue Hochwasserabfluss im hochwertigen Naturschutzgebiet des Hirtlohwiehers, der über diese Maßnahme zusätzlich dringend benötigtes Frischwasser gegen die drohende Austrocknung durch die Klimaveränderungen bekommt.

Der anfallende Aushub konnte zur Modellierung der neuen Hügellandschaft im Westfeld verwendet werden.

### Baumaßnahmen vorzeitig und im Budget fertiggestellt

Alle Beteiligten zeigten sich über den Verlauf der Baumaßnahmen auf dem Westfeld hoch zufrieden. Nach nur 16 Monaten (inklusive der Wintermonate) Bauzeit endeten die Rekultivierungsarbeiten von Uniper im letzten Bauabschnitt 03 des Westfeldgeländes vorzeitig Anfang August und voll im geplanten Budget. Das erfolgreiche Projektende fasste Dr. Arne Bayer, Leiter der Standortentwicklung bei Uniper, so zusammen: Uniper sehe die rund 55 Millionen Euro, die die Rekultivierung des insgesamt 80 Hektar großen Westfelds in den vergangenen 13 Jahren gekostet habe, als sehr gut angelegt. Die Maßnahmen werden einen nachhaltigen und spürbaren Mehrwert für die Oberpfalz schaffen, denn die Region habe dadurch neue, ökologisch wertvolle Flächen erhalten.

Andreas Stake, Leiter des Uniper-Standorts Wackersdorf, ergänzte, dass jahreszeitlich bedingt die neu entstandene 30 Hektar große Hügellandschaft in der Südhälfte des Westfelds dieser Tage durch eine regionale Gartenbaufirma per Nassspritz-Begrünung noch das „Sahnehäubchen“ in Form einer Saatgutmischung erhalten habe. Auf die Rekultivierungsschicht seien pro Quadratmeter bis zu 155 Gramm einer homogenen Nass-Ansaat-Emulsion gespritzt worden. Das Saatgutgemisch aus Kräutern, Winterroggen, Dünger-, Bodenhilfs- und Bodenverbesserungsstoffen entspricht den naturschutzfachlich festgelegten Bestimmungen zur extensiven Bewirtschaftung und schafft neben den zahlreichen neuen Totholz- und Steinbiotopen neue Lebensräume für die regionale Flora und Fauna.

Schwandorfs Landrat Thomas Ebeling zeigte sich sehr zufrieden mit dem Erreichten. Der Landkreis als zuständige Genehmigungsbehörde wertet das Ende

der jahrelangen Rekultivierungsarbeiten von Uniper auf dem Westfeld als Einlösung seines Versprechens, aus einem ehemaligen Kohleumschlagplatz und einer bisher unzugänglichen, mit Asche- und Abraumablagerungen durchsetzten Industriebrache neue, teilweise dem Naturschutz dienende Flächen zu modellieren.



Blick auf das so weit wie möglich naturgerecht gestaltete zweite Hochwasserrückhaltebecken für den neuen Hochwasserschutzablauf der Gemeinde Wackersdorf im rekultivierten Westfeldgelände von Uniper.

Bild: Jan Kiver

### Metropolregion Nürnberg:

## Krisenfeste Ernährungswirtschaft

Beteiligungsprozess „Heimat für Regionalprodukte“ bringt Akteure aus Land- und Ernährungswirtschaft – vom Erzeugerbetrieb bis zur Politik – zusammen

Gemeinsam sollen Projekte entwickelt werden und Grundlagen für die Bewerbung als Welt-Agrarkulturerbe gelegt werden. Landwirtschaft, Weinbau oder Fischzucht – die Ernährungswirtschaft in der Metropolregion Nürnberg ist eine ökonomisch hoch relevante Branche, in der über 100.000 Menschen beschäftigt sind. Das sind mehr als fünf Prozent der Gesamtbeschäftigten. Rund 50 Prozent der Fläche der Metropolregion wird landwirtschaftlich genutzt. Die Region hat ein reiches Angebot an regionalen Lebensmitteln und profiliert sich durch eine große Vielfalt an Spezialitäten.

Dieses regionale Ernährungssystem steht allerdings unter Druck: Felder, Wiesen und Wälder schrumpfen jährlich um 1.400 Hektar, das entspricht knapp 2.000 Fußballfeldern. Rund 1.000 Landwirtinnen und Landwirte geben pro Jahr ihre Höfe und Felder auf – überwiegend in landschaftlich besonders attraktiven Regionen, haben Wissenschaftler im Bundesforschungsprojekt „Regionalproduktspezifisches Landmanagement in Stadt-Land-Partnerschaften am Beispiel der Metropolregion Nürnberg“ (ReProLa) herausgefunden.

### Ernährungssouveränität gefährdet

Damit ist die Ernährungssouveränität gefährdet, also die freie Wahl der Bürger zwischen regionalen und globalen Lebensmitteln. Zudem gewinnt das Thema Ernährungssicherheit an Bedeutung. „Wir müssen uns klarmachen, was der Verlust von Landwirtschaftsfläche bedeutet. Wir brauchen eine Kehrtwende hin zur mehr Wertschätzung für regional erzeugte Produkte und das Bewusstsein, dass wir ohne Flächen keine regionalen Produkte erzeugen können. Dabei zeigt uns doch die aktuelle Situation der gestiegenen Lebensmittelpreise und der Lieferengpässe, wie wichtig eine gesicherte regionale Lebensmittelversorgung ist“, sagt Dr. Hermann Ulm, Landrat des Landkreises Forchheim und Sprecher des Projekts ReProLa.

Wie lässt sich die Wertschöpfung von regional erzeugten Produkten steigern, den damit verbundenen Bestand an landwirt-

Wie eine mögliche Nachfolgenutzung des Westfelds aussehen könnte, sei Gegenstand umfangreicher Gespräche, sorgfältiger Abwägungen und abhängig von den Beschlüssen der politischen kommunalen Gremien, betonten die Bürgermeister der beiden betroffenen Gemeinden Wackersdorf und Steinberg am See. Es gebe auf dem Areal Chancen und Risiken, die sehr genau bewertet werden müssten, kommentierte Wackersdorfs Bürgermeister Thomas Falter. Sein Steinberger Amtskollege Harald Bemmerl erklärte, dass die Diskussionen über eine Nachfolgenutzung durch die beiden Kommunen in naher Zukunft mit Uniper ergebnisoffen geführt würden.

### Wirtschaftlich und logistisch sinnvoll

Nicht verhehlen wollte Falter, dass Wackersdorf bereits jetzt schon direkt von der Rekultivierung des Westfelds profitiert habe, denn die „Baustelle in der Baustelle“ innerhalb der großen Rekultivierungsmaßnahme habe für die Gemeinde vor allem wirtschaftlich, aber auch logistisch einfach Sinn gemacht. Die Gemeinde habe für ihren zukunftsicheren Hochwasserschutz geschätzt einen niedrigen sechststelligen Eurobetrag einsparen können. Dadurch habe sich der finanzielle Aufwand der Gemeinde für diesen ersten, insbesondere für den Bauhof wichtigen Hochwasserschutz-Abschnitt auf rund 925.000 Euro beschränkt. Das sei durch die mustergültige Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Gemeinde gelungen, lobte Falter.

Stake ergänzte dazu, dass sich Uniper und die Region aus Sicht des Unternehmens in einem engen partnerschaftlichen Verhältnis befinden und Uniper sehr gern dazu beitragen werde, sich gegenseitig zu unterstützen und auf nachhaltige Ergebnisse setzen. Stake betonte besonders, dass es erklärtes Ziel der aufwendigen Rekultivierungsarbeiten von Uniper auf dem Westfeld gewesen sei, der Region und den dort lebenden Menschen auf Dauer gesicherte und nutzbare Flächen zurückzugeben. Alle Maßnahmen seien kontinuierlich von den Genehmigungsbehörden und unabhängigen Gutachtern begleitet und geprüft worden. (JK)



Zeigten sich über die erfolgreichen Baumaßnahmen von Uniper für den kommunalen Hochwasserschutz von Wackersdorf und den Gesamtabschluss der Rekultivierung des Westfelds (im Hintergrund) sehr zufrieden (v.l.): Thomas Ebeling, Landrat des Landkreises Schwandorf, Dr. Arne Bayer, Leiter Standortentwicklung bei Uniper, Andreas Stake, Leiter des Uniper-Standorts Wackersdorf, Thomas Falter, Erster Bürgermeister der Gemeinde Wackersdorf, Harald Bemmerl, Erster Bürgermeister der Gemeinde Steinberg am See, Dr. Matthias Alte, Geschäftsführer BASE Technologies, Uwe Knutzen, Bauamtsleiter der VG Wackersdorf.

Bild: Jan Kiver

## 64 Katastrophenschutzfahrzeuge übergeben

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat gemeinsam mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Ralph Tiesler, 64 Fahrzeuge des Katastrophenschutzes an Einsatzkräfte der freiwilligen Hilfsorganisationen, der Feuerwehren und des Technischen Hilfswerks (THW) übergeben. „Allein 53 Fahrzeuge mit einem Volumen von mehr als 6,4 Millionen Euro und somit den Löwenanteil finanziert der Freistaat Bayern“, erklärte Herrmann in Erlangen. Der Minister versicherte: „Wir werden auch weiterhin kräftig investieren, allein im laufenden Jahr stehen 21 Millionen Euro für den Katastrophenschutz zur Verfügung.“

Herrmann dankte ausdrücklich dem Bund, der im Rahmen seiner Zuständigkeit und Mitverantwortung für den Bevölkerungsschutz auch Fahrzeuge für die bayerischen Einsatzorganisationen finanziert und bereitstellt. Völlig unverstänlich sei, dass der Bund in Anbetracht der Herausforderungen und Erfahrungen aus den Katastrophen der letzten beiden Jahre, den Rotstift beim Bevölkerungsschutz ansetzen wolle. Die im Haushaltsentwurf des Bundes 2023 vorgesehenen Kürzungen beim BBK und THW seien absolut indiskutabel. □

sen, die schon seit Jahren in Stadt und Land auf diesem Gebiet aktiv sind. In einem breit angelegten Beteiligungsprozess bringen wir nun relevante Akteure – ErzeugerInnen, weiterverarbeitende Betriebe, Handel, Gastronomie, Politik und Verwaltung – zusammen und gestalten damit gemeinsam den notwendigen Wandel in der Metropolregion mit“, sagt Joseph Bühler von der Regionalentwicklungsagentur neuland+, die mit der Organisation des Prozesses beauftragt wurde. Bei der Auftaktveranstaltung im Kloster Plankstetten kamen gut 110 Akteure erstmalig zusammen und brachten ihre Leidenschaft, ihre Erfahrungen und ihre Ideen ein.

Praktische Umsetzungsprojekte laufen im Übrigen bereits: Gut 700.000 Euro stehen für die

Umsetzung aus Fördermitteln des Bundesforschungsministeriums zur Verfügung. Dazu gehört das Projekt Streuobst, in dem sich fünf Vermarktungsinitiativen aus der Region unter dem Label „Streuobstwiesenliebe“ zusammengehangen haben und gemeinsam neue Märkte erschließen. Eine neue Logistikplattform Regiothek ist im Aufbau zur Bündelung von Transportaktivitäten und CO2-Reduktion beim Transport von Regionalprodukten. Zur Bewusstseinsbildung entstehen begehrte und greifbare Wertschöpfungsketten wie etwa zur Kirsche sowie zu Roggen und Brot in der Fränkischen Schweiz. Schließlich werden Handlungsempfehlungen zur Außenentwicklung von Kommunen im Bereich Landwirtschaftsflächen erarbeitet und in einer

Konferenz mit Kommunen aus der Metropolregion im Sommer nächsten Jahres präsentiert.

Durch den Beteiligungsprozess nimmt auch die Bewerbung der Metropolregion als Welt-Agrarkulturerbe weiter Form an: Der Beteiligungsprozess und der entstehende mittelfristige Aktionsplan werden ein Teil der Bewerbung sein. „Mit der Bewerbung werden wir die positive Aufbruchsstimmung, die bereits durch das Konzept ‚Heimat für Regionalprodukte‘ spürbar ist, noch weiter verstärken. Die Bewerbung wird außerdem das Image der Metropolregion als Region mit hoher Lebensqualität und Ort der Zukunft festigen“, sagt Dr. Christa Ständcker, Geschäftsführerin der Metropolregion Nürnberg. □



Sprachen über die Zukunft von regionalen Produkten bei der Konferenz „Heimat für Regionalprodukte“ (v.l.): Philipp Hertwig (Landschaftspflegeverband Mittelfranken), Claudia Schreiber (Bundesverband der Regionalbewegung e.V., Umsetzungsprojekt Transportkooperationen), Norbert Metz (Landschaftspflegeverband Mittelfranken, Umsetzungsprojekt Streuobst), Josef Harasser (CENTOURIS Universität Passau), Dr. Kerstin Engelhardt-Blum (Regierungspräsidentin Mittelfranken), Martin Schüller (Stellv. Referatsleiter von Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten), Josef Bühler (Geschäftsführer von neuland+), Carola Wilhelm (Projektpartnerin ReProLa an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg), Umsetzungsprojekt Begehbare Wertschöpfungsketten), Prof. Dr. Tobias Chilla (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Umsetzungsprojekt Begehbare Wertschöpfungsketten), Dr. Christa Ständcker (Geschäftsführerin Metropolregion Nürnberg), Hubert Bittlmayer (Amtschef des Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten), Dr. Hermann Ulm (Landrat Landkreis Forchheim und Sprecher des Projekts „ReProLa“), Dr. Andrea Früh-Müller (Forschungsgruppe Agrar- und Regionalentwicklung Triesdorf, Umsetzungsprojekt Kommunales Flächenmanagement), Wolfgang Neukirchner (Behördenleiter des Amtes für Ländliche Entwicklung Mittelfranken).

Bild: neuland+



Bayerisches FachkräfteForum in Neu-Ulm:

## Innovative Wege

Über alle Branchen hinweg wird der Ruf nach qualifiziertem Personal lauter. Viele Betriebe richten ihr Augenmerk auf die unterschiedlichen Potenziale und Möglichkeiten, dem eigenen Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Wie man Fachkräfte mit Migrationshintergrund gewinnen und beschäftigen kann, darüber informierte das Bayerische FachkräfteForum in Neu-Ulm. Ziel der Veranstaltungsreihe – initiiert von Bayerischem Landkreistag, Migra-Net - IQ Netzwerk Bayern und der Bayerischen Gemeindezeitung mit freundlicher Unterstützung des Bayerischen Integrationsministeriums – ist es, den Wirtschaftsstandort Bayern nachhaltig zu sichern.

Laut Anne Güller-Frey vom MigraNet-IQ Netzwerk Bayern ist MigraNet als eines der 16 Landesnetzwerke Teil des bundesweiten Förderprogramms „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ und vernetzt seit 2005 relevante Organisationen, Einrichtungen, Institutionen, Unternehmen und Migrantinnen- und Migrantenorganisationen, um die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern nachhaltig zu verbessern. Die 16 Landesnetzwerke werden von fünf Fachstellen begleitet, die bundesweit migrationspezifische Themen bearbeiten. Im Freistaat bündelt MigraNet – das IQ-Netzwerk Bayern 41 Teil-

projekte mit 25 verschiedenen Netzwerkpartnern.

### Integration in den Arbeitsmarkt

Von verbesserter Integration in den Arbeitsmarkt profitieren Wirtschaft und Gesellschaft. MigraNet wird von vielen strategischen Partnern unterstützt, die das Potenzial von Menschen mit Migrationshintergrund als wichtigen Zukunftsfaktor sehen. Zu den Netzwerkpartnern zählen unter anderem die Bundesagentur für Arbeit, Arbeitgeberverbände, Bildungsträger, Kommunen, Kammern, Gewerkschaften und Migrantenorganisationen.

Zur Fachkräftesicherung für Bayern beschreitet MigraNet innovative Wege, zum Beispiel über Mentorenprogramme, Zuwanderungsberatung und Anpassungsqualifizierungen.

Über lokale Koordination in Augsburg, München und Nürnberg werden Beratungsangebote und Modellprojekte gesteuert. Sie bündeln Informationen aus den IQ-Handlungsfeldern, vernetzen Akteure auf regionaler Ebene, sowie aus Landes-, Bundes- und EU-Ebene und initiieren entsprechende Projekte.

### Fachkräftezuwanderung

Die Fachkräftezuwanderung aus wissenschaftlicher Sicht beleuchtet Tanja Fendel, IAB – Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung. Aus ihrer Sicht geht das Fachkräfteeinwanderungsgesetz in die richtige Richtung, insbesondere was die Öffnung des Arbeitsmarktes für Personen aus Drittstaaten mit nichtakademischer Qualifikation angeht. Gleichwohl, so Fendel, sei eine substanzielle

Erhöhung der Fachkräftezuwanderung nicht zu erwarten. Bei weiterhin 10 Prozent Erwerbsmigration aus Drittstaaten dürften sich die Qualifikationsstruktur und die Arbeitsmarktchancen von Zuwanderern in Deutschland in Zukunft deutlich verschlechtern. Fendel zufolge muss die rechtliche und institutionelle Steuerung der Einwanderung in eine breit angelegte Strategie eingebunden sein, die neben der Rekrutierung auch die Integration von Arbeitskräften aus dem Ausland beinhaltet.

Das beschleunigte Verfahren des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes erfolgreich genutzt hat Zahntechnik Eger in Neu-Ulm. Auf der Suche nach einem fähigen Labormitarbeiter erreichte Zahntechnikmeister Eger eine Initiativbewerbung eines Kosovaren, der über eine passende Ausbildung verfügte und in seinem Heimatland ein zahntechnisches Labor betrieb. Doch für Personen, die nicht in der Europäischen Union beheimatet sind und aus sogenannten Drittstaaten kommen, sind die Hürden für eine Arbeitsaufnahme hoch. Deshalb wandte man sich an die MigraNet-Stelle der Handwerkskammer für Schwaben (HWK) und schilderte den Fall der HWK-Expertin Dr. Brigitte Eisele. Mit deren Unterstützung konnte der Kosovare schließlich die Arbeitsstelle antreten.

Thementische sowie ein „Markt der Möglichkeiten“ rundeten das Bayerische FachkräfteForum ab. Dort trafen sich Vertreter von Firmen, Kammern und Behörden, um vor dem Hintergrund des wachsenden Fachkräftemangels Chancen zur Verbesserung der Arbeitsmarktintegration zu erörtern. **DK**

Staatsminister Thorsten Glauber:

## Förderung von Naturerlebnis und Besucherlenkung wird ausgebaut

Sanften Naturtourismus stärken

Die Fördermöglichkeiten für eine naturverträgliche Besucherlenkung und attraktive Naturerlebnisse werden deutlich erweitert. Das teilte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber in München mit: „Die Suche nach Schätzen der heimischen Natur soll noch attraktiver werden. Ziel der neuen Förderung ist es, den Menschen bayernweit die Natur näher zu bringen. Mit der Ausweitung der Fördermöglichkeiten wird der freie Zugang zu unseren Naturschätzen gesichert. Wir wollen den Trend zur Natur vor der Haustüre aktiv fördern, neue Angebote schaffen und dabei sensible Arten und Lebensräume sichern. Insbesondere der Schutz der Moore spielt eine herausragende Rolle.“

### Fördermaßnahmen individuell anpassen

Die möglichen Fördermaßnahmen können flexibel an die jeweiligen Bedürfnisse in den Regionen angepasst werden. Sie reichen von Türmen zur Vogelbeobachtung an den bayerischen Seen, Holzbohlenwegen am Rande von Mooren oder Konzepten zur Besucherlenkung und erläuternden Infotafeln. Das Umweltministerium stellt für das Themenfeld Besucherlenkung und Naturerlebnis zukünftig jährlich 10 Millionen Euro zur Verfügung. Förderanträge können von Naturschutz- und Landschaftspflegeverbänden, Kommunen und Naturparks gestellt werden. Der Fördersatz beträgt im Regelfall 70 Prozent.

### Schutz der Moore

Über die neue Förderrichtlinie wird auch der Schutz der Moore weiter gestärkt. Natürliche Moore sind Hotspots der Artenvielfalt und speichern in ihrem Torfkörper enorme Mengen Kohlenstoff. Werden Moore entwässert, wird allerdings der Torfboden zersetzt und klimaschädliches Kohlendioxid entweicht in die Atmosphäre. Deshalb sollen Moore wieder vernässt und hierzu Großprojekte in den Moorregionen Bayerns angeschoben werden, beispielsweise im Königsauermoos im Landkreis Dingolfing-Landau.

Grundlage für die Förderung sind die neu gefassten Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinien des Umweltministeriums (LNPR). Weitere Informationen zu den Fördermöglichkeiten der LNPR sind verfügbar unter: [www.stmuvm.bayern.de/inpr.htm](http://www.stmuvm.bayern.de/inpr.htm) **□**

Bayerischer Tourismustag:

## Mit Zuversicht in die Wintersaison

Optimistisch zeigten sich sowohl Vertreter der Tourismuswirtschaft als auch Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger beim Bayerischen Tourismustag in München: „Obwohl steigende Lebensmittelpreise und hohe Energiekosten der Tourismusbranche zu schaffen machen, sehe ich mit Zuversicht auf die nächsten Monate. Die Betriebe können sich auf eine stabile Nachfrage verlassen. Wir erwarten den ersten Winter wieder ohne Corona-Beschränkungen. Und auch wenn viele Haushalte sparen müssen, stehen Urlaub und Freizeit ganz oben auf der Wunschliste“, betonte der Staatsminister.

Nach seinen Worten ist die Sommersaison für den Tourismus sowohl in der Natur als auch in den Städten erfolgreich verlaufen. In den Monaten Juni bis August 2022 waren 12,3 Millionen Menschen zu Gast im Freistaat. Die Zahl der Übernachtungen betrug 33,5 Millionen. Damit wurde das Niveau des Vor-Corona-Jahres bei der Anzahl der Übernachtungen mit einem Plus von 0,1 Prozent wieder erreicht, während die Zahl der Gäste noch 4,2 Prozent darunter lag. Aiwanger zeigte sich überzeugt, dass sich dieser Trend auch Richtung Weihnachten fortsetzen werde. „Wir wollen dieses Jahr Weihnachten feiern, wie wir das immer getan haben. Das ist wichtig für die Volksseele. Und dazu gehören auch Weihnachtsfeiern und der Besuch von Weihnachtsmärkten.“

Auch beim Thema Beschneigung von Skigebieten will der Minister keine Grundsatzdebatte

aufkommen lassen. Ohne Beschneigung würden die Skisportler ins Ausland fahren, was am Ende für mehr CO<sub>2</sub>-Ausstoß Sorge, zeigte sich Aiwanger überzeugt. Er appellierte an die Bürgerinnen und Bürger, die heimische Tourismusbranche nach Kräften zu unterstützen: „Machen Sie Urlaub in Bayern, fahren Sie bei uns Ski und gehen Sie bei sich in der Region zum Essen. Das ist gelebte Solidarität mit den Menschen, die vor Ort die Wirtschaft am Laufen halten und für Arbeitsplätze sorgen. Hier kann jeder seinen Beitrag leisten, bestehende Strukturen zu erhalten.“

### Erfreuliche Buchungslage

Von einer „aktuell sehr guten Buchungslage“ sprach auf dem Bayerischen Tourismustag unter anderem der Vorstand des Tourismusverbandes Ostbayern, Michael Braun. Allerdings wür-

den Buchungen und Stornierungen immer kurzfristiger, was Unsicherheiten für die Betriebe nach sich ziehe. Sie müssten vor allem flexibel onlinebuchbare, freie Kapazitäten am Markt zur Verfügung stellen. Von der Politik forderte Braun mehr Engagement bei der Bekämpfung des Personalmangels in der Gastronomie. Benötigt würden die Zulassung flexiblerer Arbeitszeiten sowie mehr Arbeitsgenehmigungen für zugewanderte oder geflüchtete Personen.

Mehrere Tourismusexperten informierten darüber, dass vor allem wegen der höheren Energiekosten Hoteliers und Gastronomen ihre Preise „anpassen“ müssten. Teurer würden zudem die Tickets für Skilifte: um rund zehn Prozent für die Tages- und etwa fünf Prozent für die Saisonkarte.

Weitreichende Maßnahmen zum Energiesparen hat die Zugspitzbahn angekündigt: Unter anderem wird es laut Mitteilung an Deutschlands höchstem Berg weniger Kunstschnee, keine warmen Sesselliftsitze, keine Heizstrahler an Brotzeithütten und nachts kein Licht an den Bergstationen mehr geben. Zudem sollen die Bahnen jenseits der Stoßzeiten langsamer fahren. Bei schlechtem Wetter oder unter der Woche könne die Geschwindigkeit um bis zu 50 Prozent gesenkt werden, hieß es. Damit will das Unternehmen in diesem Winter rund 10 Prozent Energie sparen.

Wie Barbara Radomski, Geschäftsführerin der Bayern Tourismus Marketing GmbH, feststellte, seien Lust und Zeit für einen Urlaub Studien zufolge ausreichend vorhanden. Die Menschen seien erschöpft und sehnten sich nach einer Auszeit. „Dennoch werden wir uns diese Wintermonate auf sehr kurzfristige und auch spontane Buchungen einstellen müssen. Viele zögern und warten ab, wie sich die eigene finanzielle Situation entwickelt. Grundsätzlich verzichten wollen jedoch die wenigsten und reagieren eher mit Einsparungen beim oder im Urlaub, beispielsweise bei der Unterkunft, dem Reiseziel oder bei der Länge der Urlaubsreise“, so Radomski. Wer genau jetzt in eine positive Kommunikation gegenüber potenziellen Gästen investiert, habe somit beste Chancen, die Lust auf den Urlaub zu wecken und „Zögerer“ vom eigenen Angebot zu überzeugen. **DK**



BESTENS  
ABGESICHERT

Frühzeitig  
vorsorgen mit der  
PlusPunktRente

## Die PlusPunktRente der BVK Zusatzversorgung

Bestens abgesichert im Alter - zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente

- ✓ STAATLICHE FÖRDERUNG
- ✓ KEINE VERMITTLUNGSPROVISION
- ✓ KEINE ABSCHLUSSGEBÜHR
- ✓ FLEXIBLE BEITRAGSGESTALTUNG
- ✓ SICHERE VERSORGUNG AUS EINER HAND



[www.pluspunktrente.de](http://www.pluspunktrente.de)

Besuchen Sie uns auf der Messe ConSozial!  
Am 07./08.12.22 in Nürnberg, Halle 4A, Stand: 4A-103



Folgen Sie uns bei Social Media  
BVK Kommunales Versorgungswesen



BVK Bayerische  
Versorgungskammer

ZUSATZVERSORGUNG

## Tourismus im September 2022 weiter im Aufwärtstrend

Im September 2022 meldet das Bayerische Landesamt für Statistik für die 11 590 geöffneten Beherbergungsbetriebe Bayerns gut 3,8 Millionen Gästeankünfte (+19,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat) und rund 10,0 Millionen Übernachtungen (+5,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat). Die Gästezahl aus dem Inland steigt im September 2022 um 8,3 Prozent auf knapp 3,0 Millionen (Übernachtungen: -3,2 Prozent). Die Zahl der ausländischen Gäste erhöht sich um 95,0 Prozent auf rund 815 000 (Übernachtungen: +84,0 Prozent).

Die höchsten Zuwächse bei den Gästeankünften weisen unter den Regierungsbezirken Bayerns im September 2022 Oberbayern mit einem Plus von 37,6 Prozent (Übernachtungen: +18,6 Prozent) und Mittelfranken mit einem Plus von 20,8 Prozent (Übernachtungen: +14,1 Prozent) im Vergleich zum Vorjahresmonat auf. Die Landeshauptstadt München verzeichnet deutliche Steigerungen. Nahezu 781 000 Gäste (+68,4 Prozent) übernachteten gut 1,7 Millionen Mal (+53,6 Prozent) im September 2022 in einem Münchener Beherbergungsbetrieb.

Seit Ausbruch der Corona-Pan-

demie fand ab dem 17. September 2022 erstmals wieder das Oktoberfest in München statt und sorgt vermutlich für das Plus. Unter den Betriebsarten melden für September 2022 bis auf die Campingplätze (Gästeankünfte: -13,1 Prozent; Übernachtungen: -15,9 Prozent) alle Betriebsarten bei den Gästezahlen positive Veränderungsdaten im Vergleich zum September 2021. Die Hotels garnis können hier mit 35,4 Prozent mehr Ankünften den größten Zuwachs verbuchen. Bei den Übernachtungen liegen die Erholungs-, Ferien-, und Schulungsheime mit einem Plus von 22,3 Prozent vorne. **□**



## GZ ZU GAST BEI ...

**Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?**

Die Stadt Stein mit 15.193 Einwohnern in insgesamt zehn Ortsteilen.

**Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?**

Das Amt des hauptamtlichen Bürgermeisters habe ich am 1. Mai 2008 angetreten und befinde mich nun in meiner 3. Amtszeit. Nach nun 14 Jahren übe ich es noch immer mit großer Freude aus.

**Welchem Beruf sind Sie vor Ihrem Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?**

1983 absolvierte ich meine Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten. Anschließend war



### Kurt Krömer

Erster Bürgermeister der Stadt Stein

ich in der Straßenverkehrsbehörde tätig und habe berufsbegleitend 1989 erfolgreich den Angestelltenlehrgang II zum Verwaltungsfachwirt abgeschlossen. Danach durchlief ich verschiedene Sachgebiete. Angefangen vom ÖPNV, über EDV bis hin zum stellvertretenden Büroleiter und stellvertretenden Pressesprecher des Landratsamtes Fürth. Von 1996 bis 2008 war ich bei der N-Ergie Aktiengesellschaft in Nürnberg für Pressereferent und für Vorstandsangelegenheiten zuständig.

**Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?**

Inspiziert für die Kommunalpolitik wurde ich durch meinem Vater, nachdem er selbst 24 Jahre Gemeinde- und Stadtrat in der Stadt Stein war und 1990 nicht mehr bei der Wahl antrat. Im selben Jahr bewarb ich mich um einen Sitz im Stadtrat und wurde von den Steiner Bürgern gewählt, was mich sehr freute und mich bestärkte, mich kommunalpolitisch entsprechend zu engagieren.

**Wie haben Sie sich vorbereitet?**

Auf das Amt des Bürgermeisters habe ich mich nicht vorbereiten müssen. Durch die 18-jährige Stadtratstätigkeit habe ich die Entwicklung der Stadt mitentscheiden können und war in die laufenden Projekte mit eingebunden. Durch meine Verwaltungstätigkeit beim Landratsamt Fürth waren mir die Abläufe einer Verwaltung und das Zusammenspiel der unterschiedlichen Behörden bereits bekannt.

**Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?**

Die erste Herausforderung für mich war bereits 2008, als die Entwicklung des Krügelareals zu einem Einkaufszentrum bereits beschlossene Sache war, ich dann aber wenige Monate nach meinem Amtsantritt die Nachricht erhielt, dass sich der damalige Investor zurückgezogen hat. So galt es, die Entwicklung dieses Areals neu zu starten und in die richtige Richtung zu lenken. Ferner war mir wichtig, die Lebensqualität in Stein zu verbessern und das Stadtbild zu verschönern.

**Welche Themen beschäftigen Sie momentan?**

Derzeit beschäftigen wir uns sehr intensiv mit dem Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen. Denn der Bedarf ist, wie in nahezu allen Kommunen Bayerns, enorm gestiegen und die Suche nach qualifizierten Fachkräften im Bereich der Kinderbetreuung sehr schwierig. Des Weiteren

stellt das Thema Verkehr einen wesentlichen Schwerpunkt meiner Arbeit dar, da die Bundesstraße 14 durch Stein führt und zu einer der meist befahrenen Bundesstraßen Bayerns mit rund 30.000 Fahrzeugen täglich zählt. Hier sind wir mit der Stadt Nürnberg und dem Landkreis Fürth im Gespräch, um eine entsprechende Lösung zu finden.

**Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?**

Ein Schwerpunkt für die Stadt Stein wird in den nächsten Jahren das Thema Ganztagschule sein, sowie die Schulentwicklung im Allgemeinen.

Denn der Zuzug von jungen Familien ist ungebrochen. Nachdem wir nun zwei größere Baugebiete mit rund 400 Wohneinheiten ausgewiesen haben, wird der Stadtrat die Schulentwicklung, sowie das Thema Ganztagsbetreuung neu aufsetzen und hier entsprechende Lösungen finden. Dazu kommen derzeit noch die Auswirkungen des Ukraine-Krieges und die damit einhergehende eventuelle Energie- und Gasmangellage. Die Stadt Stein hat eine diesbezügliche Notfallplanung ausgearbeitet und ist darauf vorbereitet.

**Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?**

Die jungen Kollegen sollten die großartige Möglichkeit nutzen, die Kommune zu gestalten, sich mit einzubringen und dabei aber auch immer ein offenes Ohr für den Bürger zu haben.

**Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?**

Wir haben in verschiedenen Projekten der Stadt Stein – wie beispielsweise im Ausbau des Radverkehrs als zertifizierte fahradfreundliche Kommune in Bayern – die unterschiedlichen Institutionen und Organisationen wie auch Bürger in einem Arbeitskreis mit eingebunden. Aber auch bei der Gestaltung von Spielplätzen nehmen wir die Bürger in Form von Workshops mit, um hier die Partizipation vor Ort umzusetzen und die Gedanken, Wünsche und Anregungen der Bürger mit zu berücksichtigen. Ähnlich verhält es sich in Bezug auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Austausch findet in direkten Gesprächen entsprechend der Zuständigkeit und des Fachbereiches statt. Um alle Ämter im Rathaus auf den gleichen Kenntnisstand zu setzen, finden überdies regelmäßige Amtsleiterstunden statt.

**Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?**

Die Pandemie hat uns gezeigt, dass der Ausbau der Digitalisierung notwendig ist, um den Bürgern den Weg zum Rathaus ersparen zu können. Wir haben in diesem Bereich den Bürgerservice durch neue Fachanwendungen verbessert. Außerdem bereiten wir uns auch auf eine Ausweitung der digitalen Anwendungen und den digitalen Kontakt für die nächsten Jahre vor.

**Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?**

24 Stunden für den Bürger im Einsatz, da der Beruf des Bürgermeisters für mich nicht nur ein Beruf, sondern eine Berufung ist.

**Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?**

Ich bin kein Freund der Denkmalsetzung, die man sich in Form von Gebäuden setzt. Vielmehr ist es mir wichtig das gesagt wird: Er war bürgerlich und hat sich für die Belange der Stadt eingesetzt. □



Das Bild zeigt Bundesaußenministerin Annalena Baerbock mit Vertretern der OTH Regensburg. An der Verleihung nahmen auch Landrätin Tanja Schweiger, Bürgermeisterin Dr. Astrid Freudenstein sowie Melanie Bachinger und Birgt Oylum von der rBITech GmbH Regensburg teil.

Bild: DIZF/ Eyal Granith

## Wenn Grenzen keine Rolle spielen

Studierende aus Bayern, Israel und Abu Dhabi arbeiten zusammen  
Auszeichnung mit dem Shimon-Peres-Preis durch Außenministerin Annalena Baerbock

Der mit 10.000 Euro dotierte Shimon-Peres-Preis wurde in Berlin vom Auswärtigen Amt in Kooperation mit der Stiftung Deutsch-Israelisches Zukunftsforum an das Projekt Bavaria Israel Partnership Accelerator (BIPA) verliehen. Das Programm bringt Studierende und junge Berufstätige aus Deutschland, Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten mit bayerischen Unternehmen zusammen, die dann gemeinsam unternehmerische Fragestellungen bearbeiten. Im vergangenen Jahr hatte das Landratsamt Regensburg mit der Kreis-klinik Wörth an der Donau und auch die Stadt Regensburg mit der Regensburg Development GmbH je eine Aufgabe für die Studierenden gestellt. Das Programm sei „ein Zeichen der Hoffnung, dass Verständigung im Nahen und Mittleren Osten möglich ist und dass alle Menschen von dieser Zusammenarbeit profitieren“, sagte Bundesaußenministerin Annalena Baerbock bei der Preisverleihung.

„BIPA steht beispielhaft zum Beispiel für den hohen Praxisbezug, der unser Wirken in Lehre und Forschung bestimmt. Zum anderen auch für unseren Anspruch, möglichst vielen Studierenden internationale Erfahrungen zu vermitteln“, sagte Prof. Dr. Ralph Schneider, Präsident der OTH Regensburg. Die OTH ist eine von drei am Programm beteiligten bayerischen Hochschulen. Nicht zuletzt leiste BIPA auch „einen Beitrag zur Völkerverständigung, den man gerade in Zeiten wie diesen gar nicht hoch genug einschätzen kann“, befand Tanja Schweiger, Landrätin des Landkreises Regensburg. „Dass hier Studierende aus Deutschland, Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten auf Augenhöhe zusammenarbeiten, ist eine großartige Sache und die Ergebnisse, die sie geliefert haben, sind beeindruckend.“ Landrätin Tanja Schweiger nahm zusammen mit Regensburgs Bürgermeisterin Dr. Astrid Freudenstein und Vertretern der Hochschulen den Preis entgegen.

### Wirtschaftsbeziehungen und Verständigung

BIPA wird vom Strascheg Center for Entrepreneurship in München zusammen mit der OTH Regensburg und der TH Deggen-dorf im Auftrag des Bayerischen

Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie durchgeführt. Ein Ziel des Programms ist es, nachhaltige Wirtschaftsbeziehungen zwischen Bayern, Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten aufzubauen.

### Inklusion und Wassermanagement

Kurz nach der Preisverleihung, fand der diesjährige BIPA-Auftakt statt. Für eine Woche intensiver Arbeit und gegenseitigem Kennenlernen trafen sich die 39 Teilnehmer in München. Landkreise und Stadt Regensburg stellen auch in diesem Jahr wieder Aufgaben für das Projekt. Die Studierenden beschäftigen sich mit Inklusion und Wassermanagement.

Besonders angetan waren die Teilnehmer, als sie für zwei Tage nach Regensburg durften. Dort trafen sie ihre Firmenpartner und lernten auch die Stadt kennen. „Können wir für den Rest des Programms in Regensburg bleiben?“, fragte Sulaiman Alaleeli aus Abu Dhabi scherzhaft. Auch Naama Mor-Yosef aus Israel zeigte sich begeistert: „Das Programm ist eine tolle Herausforderung. Wir lernen hier sehr viel“, sagte sie. Die Zusammenarbeit in den interkulturellen Teams funktioniert reibungslos.



Ehrenpräsident Walter J. Mayr, Kreisbrandrat Richard Schrank, Landkreis Rosenheim, Hannes Mayr, Bezirksfeuerwehrkommandant Bezirk Kufstein, Hubert Wildgruber, Mitglied des Kreistags, Gabriele Bauer, Altbürgermeisterin der Stadt Rosenheim, Vizepräsidentin Barbara Schwaighofer, Präsident Christoph Schneider.

Bild: Hans Osterauer

gen Traunsteiner heute noch ein großes Anliegen sei.

Für den amtierenden Euregio-Präsident Christoph Schneider sind die geehrten Feuerwehrverbände in Rosenheim und Kufstein, die seit Jahrzehnten über die Grenze kooperierten, ein Ausdruck für unbürokratisches, einfaches und notwendiges Arbeiten über die Grenzen hinweg. Laut Rosenheims Landkreischef Otto Lederer und Kufsteins Bezirkshauptmann Christoph Platzgummer sind sie u.a. bei großen Einsätzen in der Region (Beispiel Hochwasser) sowie bei der gemeinsamen Aus- und Weiterbildung aktiv. DK

### Euregio Inntal Preisverleihung 2022:

## Starkes Engagement für den Grenzraum

Bei der diesjährigen Preisverleihung der Euregio Inntal, die sich in den Bezirken Kufstein, Kitzbühel sowie in den bayerischen Landkreisen Rosenheim und Traunstein für grenzüberschreitende Kooperationen einsetzt, wurden die ehemaligen Kommunalpolitiker Gabriele Bauer, Wolfgang Berthaler und Hubert Wildgruber für ihr verdienstvolles politisches Wirken ausgezeichnet. Eine Ehrenpräsidentenschaft erhielt Ehrenpräsident Professor Walter Mayr für seine Leistungen rund um die Euregio, zudem wurden der Kreisfeuerwehrverband Rosenheim und der Bezirksfeuerwehrverband Kufstein geehrt.

In ihrer langen politischen Laufbahn habe Rosenheims Altbürgermeisterin Gabriele Bauer zahlreiche wichtige Impulse nicht nur für die Stadt, sondern auch den Landkreis setzen können, betonte der ehemalige Landrat Josef Neiderhell in seiner Laudatio. Mit der Gründung eines Tourismusverbands „nach Tiroler Vorbild“ habe Bauer auch immer den Blick gen Süden gerichtet.

Der krankheitsbedingt nicht anwesende Wolfgang Berthaler war laut Franz Heinritzi (Altbürgermeister der Gemeinde Bruckmühl) Erster Bürgermeister der Inntalgemeinde Flintsbach und ein volksnaher Landrat im Landkreis Rosenheim, der gerade auch mit seinen Nachbargemeinden in Tirol gute Verbindungen gehalten habe. Hubert Wildgruber habe als früherer Euregio-Präsident viele Projekte gestartet, sich vor

allem in der gemeinsamen Ausbildung von Almführern bemüht und erstmals das Thema des grenzüberschreitenden ÖPNVs in der Region bespielt, würdigte Augustin Voit, ehemaliger Bürgermeister der Gemeinde Amerang, den Geehrten.

### Grenzüberschreitende Hagelabwehr

Der ehemalige Tiroler Landeshauptmann Herwig van Staa, der die Laudatio auf den ehemaligen Präsidenten Prof. Walter Mayr hielt, bezeichnete diesen als Aktivposten der Euregio Inntal, der viele grenzüberschreitende Projekte unterstützend begleitet habe. Van Staa nahm vor allem Bezug auf die grenzüberschreitende Hagelabwehr, die dem gebürti-

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,

Jan Kiver

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Sebastian Franz (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:

Monika Steer (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-12

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 56 vom 01.01.2022

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergsstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



# Exzellente Beiträge für ein friedliches Miteinander

Verleihung der schwäbischen und mittelfränkischen Integrationspreise

Gemeinsam mit Regierungspräsident Dr. Erwin Lohner hat Bayerns Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann den Integrationspreis der Regierung von Schwaben verliehen. Für 2022 wurden fünf Initiativen bzw. Projekte ausgewählt, die jeweils 1.200 Euro Preisgeld erhalten.

## Schwaben

Die 2016 gegründete „Integrationsgruppe der Jugend des Deutschen Alpenvereins (JDAV), Sektion Augsburg“, hat sich zum Ziel gesetzt, Auszubildende mit Flucht- und/oder Migrationsgeschichte für den Verein, für die Berge und für gemeinschaftliche Wanderprojekte zu begeistern. Gleichzeitig soll die Integration durch Sport und gemeinschaftliche Erlebnisse vorangebracht werden. Beim gemeinschaftlichen Wandern sollen zudem die deutsche Sprache und der Ausdruck verbessert und kulturelle Unterschiede wahrgenommen und festgestellt werden. Gleichzeitig finden inzwischen regelmäßige Treffen statt, um sich über Behördengänge, Arztbesuche, Weiterbildungen usw. auszutauschen.

Die Veranstaltungs- und Fortbildungsreihe „Engagiert für Integration“ der Diakonie Kempten in Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Bildungswerk Südschwaben und dem Haus International in Kempten ist sowohl für ehrenamtlich Engagierte in der Flüchtlingsarbeit in Kempten als auch für das angrenzende Oberallgäu und generell für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger kostenfrei. Die Reihe startet jeweils im Herbst analog zum Schuljahr. Im Durchschnitt finden jährlich elf Veranstaltungen statt. Das Curriculum umfasst die Themenbereiche Grundlagen Asylgesetz, Fluchtursachen, Herkunftsländer, Interkulturelle Kompetenz, Religionen, Diskriminierung, Parolen und Konflikte, Gesundheit und Trauma, sowie Nähe und Distanz im Ehrenamt, Arbeitsmarkt und Erziehung interkulturell. Hinzu kommen Kinoangebote mit Bildungsreferenten. „Engagiert für Integration“ ist bislang ein Erfolgsmodell, Online-Veranstaltungen werden sogar bayernweit und darüber hinaus abgehalten.

Das „Forum für Migration in Meitingen“ (Landkreis Augsburg) trifft sich alle zwei Monate und steht allen Bürgern offen. Die Organisation des Migrationsforums wird vom Ordnungsamt der Marktgemeinde verantwortet, über das Quartiersmanagement strukturell flankiert sowie über die Migrationsberatung fachlich begleitet. Flüchtlings- und Familienpaten begleiten Kinder oder auch ganze Familien in ihrem Ankommens- und Orientierungsprozess, bei der Freizeitgestaltung, bei Behörden- und Arztbesuchen oder einfach nur durch Zeit und Zuhören. An der Grundschule Meitingen unterstützen ehrenamtliche Kinder aus verschiedenen Herkunftsländern beim Start ins deutsche Schulleben. In Absprache mit den jeweiligen Lehrkräften werden individuelle Hilfen beim Lesen und Schreiben sowie beim Erlernen des Wortschatzes gegeben. Lesepaten fördern zusätzlich die Lesekompetenz sowie die Freude am Lesen.

Der Verein „Freunde statt Fremde e.V.“ aus dem Landkreis Lindau zählt bis zu 60 ehrenamtliche Mitglieder, die sich für Asylbewerber, Geduldete und anerkannte Flüchtlinge einsetzen, indem sie diese bei der Bewältigung des Alltags unterstützen. Neben der Beratung und Begleitung von Asylbewerbern und Geflüchteten bei Fragen, die u.a. Aufenthalt, Unterkunft, rechtliche Belange, Dol-

metscher etc. betreffen, bietet der Verein „Freunde statt Fremde“ auch Deutsch- und Alphabetisierungskurse, Nachhilfeunterricht, Sprachlabore, Kontakttreffen, Fahrdienste, Begleitung bei Arztbesuchen und Behördengängen, Aktionen für Kinder sowie eine Mutter-Kind Krabbelgruppe. Darüber hinaus werden regelmäßige Ausflüge angeboten. Zweimal im Jahr wird ein interkulturelles Fest ausgerichtet.

Im Jahr 2015 eröffnete der „Weißenhorer Helferkreis Asyl e.V.“ (Landkreis Neu-Ulm) in Weißenhorn eine Kleiderkammer, die zunächst als Sammelstelle für Kleiderspenden eingerichtet wurde, sich inzwischen aber mit ihrem reichhaltigen Angebot zu einem Second-Hand-Laden für alle Bedürftigen entwickelt hat und somit zu einem wichtigen Treffpunkt geworden ist. Zusätzliche Schwerpunkte liegen in der Vermittlung von Angeboten für Sprachunterricht, in der Unterstützung des Besuchs von Schulen und Kindergärten sowie in der Betreuung und Alltagsbewältigung. Überdies gibt der Helferkreis den Geflüchteten Informationen über gesellschaftliche Werte und Traditionen in Deutschland und versucht das Interesse an deutscher Kultur und Geschichte zu wecken. Auch werden die Geflüchteten bei der Arbeits- und Wohnungssuche unterstützt.

## Mittelfranken

In Nürnberg verliehen Staatsminister Joachim Herrmann und die mittelfränkische Regierungspräsidentin Kerstin Engelhardt-Blum die diesjährigen mittelfränkischen Integrationspreise. Mit einem ersten Preis wurden jeweils die Kontaktstelle für Bürger-Engagement des Landkreises Roth und die Stabsstelle Bürgerliches Engagement der Stadt Nürnberg bedacht. Über zweite Preise durften sich der Internationale Bund e. V. im Landkreis Nürnberger Land sowie der Ökumenische Verein für Flüchtlinge, Asylsuchende und Migration aus Hersbruck freuen.

## Stadt Bamberg:

### Auflösung des Ankerzentrums gefordert

In einer an die Bundesinnenministerin gerichteten Resolution tritt die Stadt für eine dezentrale Unterbringung ein

Deutliche Worte findet eine Resolution der Stadt Bamberg zur Anker Einrichtung Oberfranken (AEO), hinter die sich der Bamberger Stadtrat in der Vollsitzung am 26. Oktober 2022 gestellt hat. „Wir erwarten einerseits klare Verbesserungen in der jetzigen Situation, die durch den rapiden Anstieg der Unterbringungszahlen für alle Beteiligten untragbar geworden ist“, betont Oberbürgermeister Andreas Starke. „Andererseits erinnern wir an die Zusage des Freistaats, die Einrichtung zum Ende des Jahres 2025 zu schließen, und fordern hier entsprechende Vorbereitungen.“

Aktueller Anlass für die Resolution ist die zuletzt doppelt so hohe Zahl an untergebrachten Flüchtlingen in dieser Einrichtung in einer ehemaligen US-Kaserne in Bamberg. Dies führt auf Grund der Anzahl und Dichte der Belegung zu Spannungen innerhalb der AEO, aber auch zu Problemen mit der Nachbarschaft im Umfeld. Die hier formulierten Forderungen werden vollumfänglich mitgetragen von den aus dem Wahlkreis Bamberg stammenden Bundestagsabgeordneten Lisa Badum (Bündnis 90/Die Grünen) und Andreas Schwarz (SPD) sowie von der Landtagsabgeordneten Ursula Sowa (Bündnis 90/Die Grünen). Gerichtet ist die Re-

Derzeit lebt eine Vielzahl gehörloser Ukrainer im Landkreis Roth. Ziel der Gehörlosen ist es, so schnell wie möglich Deutsch zu lernen, um ein autarkes Leben in Deutschland führen zu können. Mit Unterstützung der Gehörlosenseelsorge wurde eine Gebärdendolmetscherin gewonnen, die ursprünglich aus der Ukraine stammt und sich einmal in der Woche mit einer Gruppe zum Sprachkurs trifft. Parallel wird für Ehrenamtliche die Möglichkeit angeboten, an diesen Kursen teilzunehmen, um als Multiplikatoren mit der Gebärdensprache die Gehörlosen bei ihrem Alltagsleben zu unterstützen.

Aus Computerspenden von Privatpersonen und Unternehmen gibt die Stabsstelle Bürgerliches Engagement mit Hilfe von Ehrenamtlichen eine funktionierende digitale Ausstattung an bedürftige Schüler, Auszubildende und Studierende weiter. In Zeiten der Pandemie und der zunehmenden Digitalisierung ist die Ausstattung mit Computern für die Teilhabe an Bildung und am gesellschaftlichen Leben unentbehrlich geworden.

Der Verein „Internationaler Bund“ unterstützt seit Anfang 2021 geflüchtete bzw. zugewanderte Frauen landkreisübergreifend niederschwellig, zielorientiert und flexibel, um auch zu Pandemiezeiten den wichtigen Informationsaustausch zur Integration zu ermöglichen. Hierzu werden an wechselnden Standorten „Pop-Up-Cafés“ als mobiler Treffpunkt angeboten, in denen sich rat- und kontaktsuchende Frauen zusammenfinden. Interessierte Teilnehmerinnen werden zu Multiplikatoren ausgebildet und sollen als Schlüsselpersonen in ihren „Peer-Groups“ erworbenes Wissen weitergeben.

Der Sprachtreff des Ökumenischen Vereins für Flüchtlinge, Asylsuchende und Migration ist ein offenes Angebot für alle, ungeachtet ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Sprache. Hier treffen sich Geflüchtete, Migrantinnen und Migranten sowie Einheimische, um miteinander in einer freundlichen Atmosphäre Deutsch zu erlernen, aber auch, um neue Persönlichkeiten und Kulturen kennenzulernen. DK

## GZ PINOS WELT



Ein lange verschollener Begriff wird zusehends häufiger gebraucht: Der des Helden. Viele, jedenfalls ich, verfolgen den Kriegsverlauf in der Ukraine mit Sympathie für das überfallene Land, mit unverhohlener Freude über jeden Erfolg der Ukraine und mit unendlichem Mitgefühl für das Leid der Menschen dort.

Es stört mich auch keineswegs das Pathos der Ukrainer, allen voran ihres Präsidenten, wenn sie von ihren Soldaten als Helden sprechen. Denn es ist ja schier unglaublich, wie die Arme eines armen, an Ressourcen und Bevölkerung dem Angreifer vielfach unterlegenen Landes mit einer Armee Katz und Maus spielt, vor deren vermeidlicher Kampfkraft und Stärke sich alle Länder westlich von Bug und Dniester viele Jahrzehnte lang gefürchtet haben. Jede ihrer

Verweise auf das anzustrebende Heldentum in zwei Weltkriegen ganze Jahrgänge junger Männer dazu verführt, zu den Waffen zu eilen, mit denen in der Hand sie dann bei Langemarck im Ersten Weltkrieg oder auf den Seelower Höhen im Zweiten Weltkrieg einen sinnlosen Tod starben. Müssen Sie auch manchmal an diese bedauernswerten, verführten jungen Burschen denken, wenn Berichte über Rekrutierungen in Russland zu uns kommen?

Das Konzept des Heldens ist übrigens alt, ja archaisch. In den frühesten Epen der Menschheit spielen Gestalten eine tragende Rolle, die allein oder mit ganz wenigen Getreuen schier Übermenschliches an Tapferkeit, Leistung und Opferbereitschaft aufbringen, um einer großen Sache willen. In der antiken Mythologie nahmen Heroen eine herausgehobene Stellung ein, die sie aus dem Menschengeschlecht hervorhob und den Göttern annäherte.

Einer der bekanntesten Helden der Antike ist sicher Achilleus aus der Illias von Homer. Ein wahres Original von Herkunft, Launenhaftigkeit aber eben auch Einsatzbereitschaft. Wenn man gelehrte Aufsätze über diese Heldenfigur und wie sie von Homer dichterisch geformt wurde liest, stößt man auf die These, das wahre Heldentum des Achilleus liege nach Homer nicht in seinem Kampfesmut, seiner Kraft oder seiner unerbittlichen Entschlossenheit, sondern sei darin zu finden, dass er sich mit seinem Schicksal, also seinem baldigen Tod, abgefunden habe, zu dem er trotz oder wegen seiner Taten bestimmt sei.

Ein Gedanke, der einem nachgehen kann, jetzt so im Monat von Allerheiligen, Totensonntag und Volkstrauertag. Heldentum und Tod gehören danach für Homer zusammen. Sollten wir deshalb Helden feiern?

Diese Frage wird man den Ukrainern nicht stellen dürfen, die neben ihrer staatlichen Existenz schlicht um ihr Leben ringen. Sie erfahren derzeit täglich wie eng Heldentum und Tod zusammengehören. Dabei gilt auch auf tragische Weise ein Satz des französischen Schriftstellers Romain Rolland: „Ein Held ist derjenige, der tut, was er kann.“

## Ihr Pino

Ein Held ist derjenige, der tut, was er kann.

Aktionen, jede gelungene Rückeroberung von Territorium sind Varianten der Geschichte von David und Goliath. Deshalb scheint der Begriff Helden für die ukrainischen Soldaten auch nicht unpassend.

Wobei der Begriff Held in der deutschen Geschichte im Zusammenhang mit militärischen Leistungen ja arg strapaziert wurde. Klar, wir kennen noch den Fußballhelden, wenn sich die Nationalmannschaft (der Männer) in einem großen Turnier über die Vorrunde gerettet hat. Die wenigen romantisch veranlagten männlichen Teenager träumen vielleicht noch davon, dass ihnen ein Backfisch „mein Held“ ins Ohr haucht, wenn ihm beim Skaten ein Ollie besonders gut gelingt. Und dann sind da die Superhelden in Comics und auf der Leinwand, all die Super-, Spider- und Ant-Men, die gendgerecht durch eine Reihe von Frauenfiguren als Superheldinnen ergänzt werden. Beispielhaft sei nur Black Cat angeführt, die allerdings Spiderman zu offensichtlich anschnachtet, um eine Ikone des Feminismus zu werden.

Da hat es der militärische Held in Deutschland schon schwerer. Schließlich wurden mit

## Landkreis München:

### Erstmals Zukunftspreis verliehen

Sechs Unternehmen und fünf ehrenamtliche Initiativen ausgezeichnet

Verantwortung für die Zukunft übernehmen, sich für eine sozialere, umwelt- und klimafreundlichere Welt einsetzen – das sollte, ja das kann jeder Einzelne von uns tun. Im Landkreis München gibt es zahlreiche ehrenamtlichen Initiativen, die sich vorgenommen haben, die Welt ein wenig besser zu machen. Und auch viele Unternehmen haben erkannt, dass ressourcenschonendes und soziales Handeln nicht erfolgbringend, sondern im Gegenteil wirtschaftlich sogar äußerst gewinnbringend sein kann. Genau dies will der Landkreis München mit seinem neuen Zukunftspreis sichtbar machen und andere dazu anregen, es den Ausgezeichneten gleich zu tun.

Fünf Unternehmen unterschiedlicher Größe – von zwölf bis 1.200 Mitarbeitenden – und aus ganz verschiedenen Branchen gehören zu den ersten Preisträgern. Sie alle übernehmen freiwillig Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt – ganz im Sinne der Corporate-Social-Responsibility-Initiative (CSR) des Landkreises. Die Bandbreite des Engagements ist ebenso

gegenüber den Geflüchteten zu sein, dazu braucht es aber grundlegende organisatorische Änderungen des Freistaats Bayern, damit die Situation geschultert werden kann.“ Bei der Forderung nach einer planmäßigen Schließung der Einrichtung Ende 2025 sieht sich die Stadt auf einer Linie mit den Flüchtlingsverbänden und Engagierten in Bamberg, wie etwa Freund statt Fremd und den Wohlfahrtsverbänden. Diese würden laut Glösenkamp „die Auswirkungen der Überbelegung der AEO durch erstklassige soziale Arbeit in der Stadt Bamberg und ein nicht müde werdendes Engagement noch irgendwie versuchen abzufedern“. Bedenklich stimmt jedoch, dass bei den Flüchtlingshelfern vermehrt Frustration aufkommt in dieser Lage. □

vielfältig. Nachhaltige Beschaffung, selbst erzeugte regenerative Energie, emissionsfreie Firmenfahrzeuge, das Verwenden schadstoffarmer und regionaler Produkte sind genauso Teil der CSR-Strategien wie Spenden- und Hilfsaktionen etwa für Geflüchtete, die Zusammenarbeit mit Behindertenwerkstätten, flexible, auf die Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angepasste Arbeitszeitmodelle oder die Gewinnbeteiligung der Angestellten. Diese und viele andere Aspekte mehr haben die Jury vom herausragenden Engagement der ausgezeichneten Unternehmen überzeugt.

## Sonderpreis für partnerschaftliches Handeln

Nicht weniger groß ist die Palette bei den ehrenamtlichen Initiativen. Sie leisten auf vielen Feldern Überzeugungsarbeit und setzen Ideen für ein nachhaltigeres Leben in die Tat um – vom Unverpacktladen und dem Handel mit fairtrade-Produkten, über einen klimafreundlichen, aus übrig gebliebenen Lebensmitteln erzeugten Schulpausenverkauf bis hin zu Workshops und Arbeitskreisen, aus denen wiederum viele konkrete Projekte hervorgehen. Ein

Sonderpreis soll sich jedes Jahr einem der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 widmen. Im Jahr 2022 war es das Ziel Nummer 17 „Partnerschaften zu Erreichung der Ziele“. Gewinner des Sonderpreises ist in diesem Jahr der Taufkirchner Sportartikelhersteller Ortovox, der sich gemeinsam mit seinen Konkurrenten am Markt für eine nachhaltige Produktion unter Achtung von Menschenrechten und Tierwohl einsetzt.

Insgesamt haben sich für den ersten Zukunftspreis des Landkreises München 61 Unternehmen und 16 ehrenamtliche Initiativen beworben. Der neue Preis verleiht die CSR-Initiative des Landkreises mit der Umweltherrung und bringt Unternehmen, Initiativen und Menschen aus Wirtschaft und Gesellschaft zusammen.

„Mit unserem neuen Preis möchten wir zeigen, wie wichtig es ist, dass jeder Einzelne von uns Verantwortung für die Zukunft übernimmt – sowohl auf unternehmerischer wie auf privater Ebene“, sagt Landrat Christoph Göbel über die neu geschaffene Auszeichnung. „Es braucht nur ein bisschen Mut, neue Wege einzuschlagen. In unserem Landkreis gibt es eine ganze Menge an Menschen und Unternehmen, die sich erfolgreich auf diesen Weg gemacht haben.“

Alle Ausgezeichneten des Jahres 2022 werden jeweils in einem kleinen Film auf der Homepage des Landkreises München vorgestellt: <https://www.landkreis-muenchen.de/themen/buergerschaftliches-engagement/zukunftspreis-2022/zukunftspreistraeger-2022/> □



# BIODROM im Landkreis Fürstentfeldbruck

Auf dem Fliegerhorst soll ein weltweit einzigartiges Forschungs- und Entwicklungszentrum entstehen

„Es ist ein neues und hochspannendes Kapitel für die Entwicklung des Landkreises. Ein Kapitel, in dem es darum geht, eine einzigartige Chance zu ergreifen, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen mit einer starken ökonomischen Perspektive, und nicht zuletzt darum, einen Campus mit landesweiter, ja sogar europaweiter Bedeutung zu errichten“ so Landrat Thomas Karmasin. Am Standort Fürstentfeldbruck/Maisach soll Forschung und Entwicklung für eine neue Medizin stattfinden, die unter anderem Krebs, Herz-Kreislaufkrankungen und Alzheimer noch besser bekämpfen wird.

Seit über einem Jahr feilen Landkreis und Kommunen in vielen Gesprächen und Diskussionen an dieser Vision. Nun kristallisiert sich daraus eine konkrete Idee und ein fester Plan: Auf einem Teilgelände des Fliegerhorstes soll ein Campus entstehen, in dem Forschung und Lehre, Entwicklung und Produktion neuer Diagnose- und Heilmittel, und die medizinische Versorgung von Patienten eng miteinander verzahnt sein sollen. BIODROM wird der Campus heißen, abgeleitet von den griechischen Wörtern ‚bios‘ – das Leben und ‚dromos‘ – der Weg.

Dieser ‚Weg‘ steht einerseits für die strategische Ausrichtung für die strategische Ausrichtung dieses Campus‘ und seiner Ziele, aber auch für den Weg des Land-

kreises und der ganzen Region in eine wirtschaftlich attraktive und nachhaltige Zukunft, mit vielen qualifizierten und hochwertigen Arbeitsplätzen und einem anhaltenden ökonomischen Wachstums-Potenzial für heutige und kommende Generationen. Die Zeichen für ein solches Projekt stehen günstig. Ähnliche Campus-Konzepte, wie in Martinsried oder Garching, hatten großen Erfolg. Doch die Kapazitäten dieser Standorte sind erschöpft. Forschungseinrichtungen und Biotechnologie-Startups suchen aber weiter händierend nach Flächen – vor allem im Großraum München. Der Landkreis kann sich jetzt endlich dem Wissenschafts- und Wirtschaftsraum der Metropole anschließen.

14,5 Hektar stehen in einem ersten Schritt dafür auf dem Gelände des Fliegerhorstes zur Verfügung. Es handelt sich um das ehemalige Flugvorfeld auf Maisacher Flur und die mit Flughäfen überbauten Flächen auf Flur der Großen Kreisstadt Fürstentfeldbruck. Beide Areale wurden schon als militärisch entbehrlich ausgegliedert. Sie sind bereits versiegelt und befinden sich außerhalb des FFH-Gebiets Flughafen Fürstentfeldbruck. Leicht könnten sie den momentanen Bedarf von Startups aus den Bereichen der Biotechnologie und Biomedizin im Großraum München decken.

### Einzigartige Ausrichtung

Landrat Karmasin macht jedoch deutlich, dass der Landkreis hier noch mehr erreichen will. Der Campus BIODROM soll in seiner Ausrichtung einzigartig sein. Forschung und Entwicklung, Spin-Offs und Startups, mittelständische Unternehmen und Investoren und vor allem auch universitäre Lehre sollen hier wie die Zahnräder eines Uhrwerks ineinander greifen und voneinander profitieren. Zentraler Ansatz dabei ist die Einrichtung eines medizinischen Zentrums, in dem Forschung und Lehre verschiedener Disziplinen, wie z. B. Umweltmedizin, Ernährungsmedizin und Prävention, zu einer ganzheitlichen medizinischen Betrachtung und Versorgung der Menschen verbunden sind. Ein derartiges

Konzept gibt es bislang an keiner Universität.

Ein weiterer Punkt ist die Verschmelzung von Diagnostik und Therapie zur neuen Disziplin der Theranostik. Und zwar in zwei medizinischen Bereichen, die gerade eine rasant wachsende Entwicklung beginnen: die Radio-pharmazie und Nuklearmedizin. Schon heute sind kurzzeitig radioaktive Substanzen bei der Erkennung von Krankheiten mit Hilfe von bildgebenden Verfahren wie der Positronen-Emissions-Tomographie (PET) vielfach im Einsatz. Und ihr Bedarf wird massiv steigen. Denn künftig sollen sie nicht nur bei der Erforschung und Diagnose von Krebs, kardiologischen- und neurodegenerativen Erkrankungen wie Demenz und Alzheimer eine große Rolle spielen, sondern vor allem auch bei der Bekämpfung von Krebs. Und zwar weltweit! Dabei gibt es aber ein Problem: Radiopharmazeutika werden rar. Die dafür benötigten Bestandteile – sogenannte Nuklide – wurden nämlich bislang mit Hilfe von Kernreaktoren produziert. Und diese Reaktoren werden nach und nach in ganz Europa stillgelegt.

### Chance auf Zyklotron

Allerdings gibt es andere Wege, Nuklide herzustellen. Ganz ohne strahlendes Material wie Uran – und somit völlig ungefährlich! Die Produktionsanlagen dafür werden Zyklotron genannt. Der Landkreis hat die Chance, ein Hochleistungs-Zyklotron zu bekommen (das zweite in Deutschland), um die hochbegehrten Nuklide herzustellen. Gelingt es, das Zyklotron am Campus BIODROM anzubauen, wird das ein initiales Signal für die folgende erfolgreiche Ent-

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage des Landesbunds für Vogelschutz e.V (LBV) bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

wicklung sein. Dann würde von hier aus die nächste Revolution in der Erforschung von Krebs, Alzheimer und Herz-Kreislaufkrankungen, ihrer Diagnostik und individuellen Behandlung vorangetrieben. Ebenso wie die Entwicklung und Herstellung neuer Medikamente und Therapien, die direkt in einer angegliederten Tagesklinik zur Anwendung gebracht werden und auch vielen Menschen über die Landkreisgrenzen hinaus zugutekommen können.

Zentral bei der Verwirklichung des Campus BIODROM ist die konstruktive Beteiligung der Landespolitik, der Universitäten und ihren angeschlossenen Kliniken. Sie müssen gemeinsam an dem Strang ziehen, den Investoren, Unternehmer und Kommunalpolitik längst aufgenommen und fest im Griff haben. □

### Bayerische Landesausstellung „Typisch Franken?“:

## Positive Bilanz

Mit knapp 66.000 Besuchern ist die Bayerische Landesausstellung 2022 „Typisch Franken?“ im mittelfränkischen Ansbach zu Ende gegangen. „In Anbetracht der nach wie vor spürbaren Auswirkungen der Coronakrise sind dies erfreuliche Zahlen“, teilte das Haus der Bayerischen Geschichte mit. Überwiegend hätten Familien und Einzelpersonen die Ausstellung in der Orangerie aufgesucht.

„Voll und ganz“ aufgegangen sei die Einbindung der Kirche St. Gumbertus als Nebenstandort der Landesausstellung. Rund 50.000 Interessierte hätten die dortigen Ausstellungsteile besucht und sich von der Orangerie auf den Weg ins Herz der Ansbacher Altstadt gemacht. Laut einer Besucherbefragung fanden 81 Prozent die Ausstellung „gut“ oder „sehr gut“. Diese Bewertung zieht sich durch alle Altersgruppen. 82 Prozent gaben an, extra wegen der Landesausstellung nach Ansbach gekommen zu sein. Dieser hohe Wert deutet an, dass der Bekanntheitsgrad der Stadt durch die Landesausstellung gestiegen ist.

Mit dem Ende der Bayernausstellung „Wirtshaussterben? Wirtshausleben“ am 11. Dezember starten im Donausaal des Hauses der Bayerischen Geschichte in Regensburg bereits die Arbeiten für das nächste binationale Ausstellungsprojekt: Die Bayerisch-Tschechische Landesausstellung „Barock! Bayern und Böhmen“ wird von 10. Mai bis 3. Oktober 2023 in Regensburg zu sehen sein. **DK**

### Vorschau auf GZ 23/2022

In unserer Ausgabe Nr. 23, die am 1. Dezember 2022 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasser - Abwasser
- Umwelttechnologien und Ressourcenschutz
- Entsorgungsmanagement und technische Lösungen
- Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge - Fuhrpark
- Garten- und Landschaftsbau - Forst - Friedhof

### Abzeichen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
www.fahrenn-koch.de info@fahrenn-koch.de

**Fahren Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstrasse 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-5527-23

Kommunen kompetent erreichen:  
[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

### Altersversorgung

[www.pluspunkt.de](http://www.pluspunkt.de)

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

### Bau

**ERLUS AG**  
Hauptstraße 106  
D-84088 Neufahrn/NB  
T 08773 18-0  
F 08773 18-113  
www.erlus.com

**ERLUS**  
Qualität aus Deutschland

GemeindeZeitung auf folgenden Social Media Kanälen:



### Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

**ETSCHEL BRUNNENSERVICE**  
www.etbs.de

Etchel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg  
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de

### Energiedienstleistung



### Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN **juwi**

Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.

**juwi AG** · Martha Müller · 0711/900357-72 · windimwald@juwi.de · [www.juwi.de](http://www.juwi.de)

### Fahrenmasten / Fahnen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
www.fahrenn-koch.de info@fahrenn-koch.de

**Fahren Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstrasse 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-5527-23

**FAHNEN KÖSSINGER**  
Am Gewerbering 23 · D-84069 Schierling  
Tel: 09451 9313-0 · [www.fahrenn-koessinger.de](http://www.fahrenn-koessinger.de)

Fahren Masten Roll-Ups Bekleidung uvm.

### GZ Akademie

Termine unter:  
[www.gemeindezeitung.de/akademie](http://www.gemeindezeitung.de/akademie)



### Informationssicherheit und Datenschutz

**Daten schützen. Förderung nutzen!**

DSGVO ext. DSB ext. ISB LSI-Siegel CISIS12 Schulungen eLearning

[www.Mein-Datenschutzberater.de](http://www.Mein-Datenschutzberater.de)

**insidas**  
INFORMATIONSSICHERHEIT DATENSCHUTZ

Daten sind das wichtigste Thema des 21. Jahrhunderts. Sind Sie vorbereitet? Kontaktieren Sie uns für eine professionelle, nachhaltige und tatkräftige Unterstützung in Sachen Datenschutz und Informationssicherheit. Tel.: 0871 205494-0 oder [vertrieb@insidas.de](mailto:vertrieb@insidas.de)

[www.insidas.de](http://www.insidas.de)

### Kommunale Fachmedien

**Wegweisend bei Wissen.**  
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

[www.schweitzer-online.de](http://www.schweitzer-online.de) **schweitzer**  
Fachinformationen

### Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

[www.bayerngrund.de](http://www.bayerngrund.de) **Bayern Grund**

### Kommunale IT

[www.akdb.de](http://www.akdb.de)

### Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.  
Bei Ihren Profis in der Region.

- Henne Nutzfahrzeuge GmbH  
85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)
- Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG  
93095 Hagelstadt, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)
- Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)
- Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG  
95326 Kulmbach, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)
- Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
97076 Würzburg, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)
- KLMV GmbH  
95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

### Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

[www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de) **Bayern Labo**

**KFB Leasfinanz GmbH**  
Kommunaler Mietkauf  
Kommunales Leasing  
für Mobilien und Immobilien

[www.kfb-reuth.de](http://www.kfb-reuth.de) **KFB**

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:  
[www.gemeindezeitung.de/newsletter](http://www.gemeindezeitung.de/newsletter)

### Recyclingbaustoffe

**BAUSTOFF RECYCLING BAYERN**  
[www.baustoffrecycling-bayern.de](http://www.baustoffrecycling-bayern.de)

### Weihnachtsbeleuchtung

**deko-jochum**  
weihnachtsbeleuchtung beratung · planung · vertrieb grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8  
91233 neunkirchen a. sand  
telefon: 09123/99 812 99  
telefax: 09123/99 812 98  
[deko-jochum@t-online.de](mailto:deko-jochum@t-online.de)  
[www.deko-jochum.de](http://www.deko-jochum.de)

Vertragshandel für **Little Star**

**Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!**

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**MONIKA STEER**  
Telefon 08171.9307-12  
[steer.monika@gemeindezeitung.de](mailto:steer.monika@gemeindezeitung.de)

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**  
Telefon 08171.9307-10  
[hassel.theresa@gemeindezeitung.de](mailto:hassel.theresa@gemeindezeitung.de)



**Inhalt**

Grußwort .....	1	Pestizidverzicht .....	8
Das neue Bayerische Naturschutzgesetz .....	2	Flächenversiegelung .....	9
Kommunikation .....	3	Lichtverschmutzung .....	10
Mehr Biodiversität im Siedlungsgebiet .....	4-5	Beratung & Bildung .....	11
Gewässerschutz .....	6	Links .....	12
Nachhaltigkeit in Wald & Offenland .....	7	Impressum .....	12

**VORTEILE VON AKTIVEM NATUR- UND ARTENSCHUTZ FÜR DIE KOMMUNE**

**Kostensparnis bei Pflichtaufgaben**

- Reduzierter Aufwand bei der Grünflächenpflege
- Bessere Ausschöpfung von Fördermöglichkeiten bei der Biotoppflege
- Vereinfachtes Ausgleichsflächenmanagement
- Verbessertes Trink- und Grundwasserschutz, Hochwasserschutz
- Einfachere Landschaftsplanung

**Belebung von Naherholung und Tourismus**

- Höhere Attraktivität durch Erhalt der Kulturlandschaft
- Bessere Ansprache von Zielgruppen
- Höhere Wertschöpfungseffekte
- Leichtere Förderung touristischer Infrastruktur

**Attraktiveres Image und stärkere Positionierung**

- Erhöhte Aufmerksamkeit für die Kommune
- Vielfältige Ansätze für mediale Präsenz
- Verbessertes Standing in kommunalen Netzwerken
- Stärkere Stellung im Wettbewerb der Regionen

**Starke Identifikation der Bevölkerung**

- Höhere Lebensqualität für die Bürger
- Verbessertes Bürgerengagement
- Intensiveres Erleben von Natur und Heimat
- Vielfältige Ansätze für die Umweltbildung

# Wie gestalte ich meine Kommune naturnah?

Sehr geehrte Damen und Herren  
Bürgermeister und Gemeindevertreter,

Naturschutz ist in aller Munde, spätestens seit dem erfolgreichen Volksbegehren Artenvielfalt. Im daraufhin reformierten bayerischen Naturschutzgesetz steht nun wörtlich in Artikel 1: „Staat, Gemeinden, Landkreise, Bezirke und sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, ihre Grundstücke im Sinn der Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu bewirtschaften.“

Was also kann, darf und sollte eine Kommune nun für den Naturschutz tun, und wie stellt sie es am besten an? Und wie wird sie beim

Naturschutz Vorbild für ihre Bürgerinnen und Bürger? Um eine Hilfestellung zu geben, haben wir für Sie in dieser Broschüre die wichtigsten Praxistipps zusammengefasst. Ich wünsche viel Freude bei der Lektüre!

Herzlichst Ihr,  
Dr. Norbert Schäffer

Vorsitzender des LBV



**Wussten Sie, dass ...**

- ... die Aussterbe-Rate für Vögel und Säugetiere 1.000 Mal höher ist, als aufgrund natürlicher Prozesse zu erwarten?
- ... pro Tag in Bayern rund elf Hektar Fläche neu versiegelt wird?
- ... nach einem Bericht der Vereinten Nationen pro Tag weltweit 130 Tiere und Pflanzen aussterben?
- ... in Deutschland mittlerweile bereits jede dritte Tierart und jede vierte Pflanzenart gefährdet ist?
- ... 73 Prozent der in Deutschland vorkommenden Lebensräume gefährdet sind?
- ... Deutschland mit diesen Gefährdungsraten die höchsten Werte in Europa erreicht?

**Rote Listen**

In den so genannten Roten Listen wird der Gefährdungsstatus der Arten dokumentiert. Die Roten Listen zeigen damit, welche Tier- und Pflanzenarten besonders selten oder in ihrem Bestand zurückgegangen sind. Damit können Sie überprüfen, wie selten die Arten sind, die in Ihrer Kommune vorkommen. Die aktuellen Roten Listen finden Sie auf der Internetpräsenz des Bayerischen Landesamts für Umwelt unter [www.lfu.bayern.de/natur/rote\\_liste\\_tiere/index.htm](http://www.lfu.bayern.de/natur/rote_liste_tiere/index.htm)







## NEUES NATURSCHUTZGESETZ IN BAYERN

### Mehr Verantwortung für Staat, Kommunen und Bürger

Der durchschlagende Erfolg des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ für mehr Artenschutz hat Großes bewirkt: Am 01.08.2019 ist ein neues Bayerisches Naturschutzgesetz in Kraft getreten.

Den Kommunen kommt nach Artikel 1 des neuen Naturschutzgesetzes eine besondere Vorbildfunktion bei der Bewirtschaftung ihrer Grundstücke zu. Sie sind danach sogar verpflichtet, „ihre Grundstücke im Sinn der Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu bewirtschaften“.



Neue Niststation in der Biodiversitäts-gemeinde Ebern

Natur- und Artenschutz sollen in Bayern mit dem neuen Naturschutzgesetz Priorität bekommen wie in keinem anderen Bundesland.

Viele Kommunen setzen die Vorgaben bereits vorbildlich um. Im Projekt „Marktplatz der biologischen Vielfalt“ haben zehn bayerische Gemeinden jeweils eine Biodiversitätsstrategie ausgearbeitet, um die Artenvielfalt in ihren Kommunen zu erhöhen. Vorbild für diese Initiative ist die Marktgemeinde Tännesberg, die erste „Biodiversitätsgemeinde“ Deutschlands, wo bereits seit über 30 Jahren naturschutzfachliche Maßnahmen umgesetzt werden. Aufbauend auf den Erkenntnissen des Projektes können Sie unter [www.kommunale-biodiversitaet.de](http://www.kommunale-biodiversitaet.de) mehr über die Strategien und Maßnahmen erfahren. Entscheiden Sie sich für die Erstellung einer eigenen Strategie kann eine Förderung im Rahmen der Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinien (LNPR) beantragt werden.

### Anspruchsvoller Maßnahmenkatalog

Vor allem, um die beiden Interessen Landwirtschaft und Naturschutz zu vereinen, hat der Bayerische Landtag ein breites Maßnahmenpaket verabschiedet. Es soll „die ökologische Gestaltung und artenschonendere Bewirtschaftung kommunaler Grünflächen“ fördern. Der Freistaat Bayern geht mit dem neuen Gesetz weitreichende Selbstverpflichtungen ein:

- 1 Aufbau eines Biotopverbundes im Offenland auf 15 Prozent der Landesfläche bis 2030 und hierfür auch die vorrangige Bereitstellung der eigenen Grundstücke und Aufstockung der Förderprogramme
- 2 30 Prozent Ökolandbau bis 2030
- 3 Halbierung des Einsatzes chemischer Pflanzenschutzmittel bis 2028
- 4 Schutz wertvoller Wiesentypen, von Streuobstbeständen und landschaftlichen Strukturelementen (Hecken, Raine und Alleen)
- 5 Beibehaltung von mindestens fünf Metern breite Uferstreifen beidseitig an allen Gewässern, auch an kleinen Bächen
- 6 Aufbau eines Netzwerkes von Naturwaldflächen ohne forstliche Nutzung auf zehn Prozent der Staatswaldflächen bis 2023 und somit eines Verbundsystems von Naturwäldern mit besonderer Bedeutung für die Biodiversität
- 7 Reduktion der Lichtverschmutzung
- 8 Flächendeckende Etablierung von Landschaftspflegeverbänden
- 9 Bessere Beratung, Erziehung, Aus- und Fortbildung vor Ort

## Art. 1 § BayNatSchG

### Allgemeine Verpflichtung zum Schutz der Natur

- 1 Naturschutz als verpflichtende Aufgabe für Staat und Gesellschaft sowie für jeden einzelnen Bürger und für jede einzelne Bürgerin.
- 2 Verpflichtung zur Bewirtschaftung von kommunalen Grundstücken nach den Grundsätzen und Zielen des Naturschutzes.
- 3 Die jeweilige Zweckbestimmung eines Grundstücks bleibt unberührt.
- 4 Ökologisch besonders wertvolle kommunale Grundstücke dienen vorrangig den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege.
- 5 Bei Überlassung von ökologisch besonders wertvollen Grundstücken an Dritte ist die Beachtung der Verpflichtung nach Satz 4 sicherzustellen.





## DAS WICHTIGSTE: DIE KOMMUNIKATION!

Das Rathaus wollte nur etwas Gutes für die Natur tun, und trotzdem laufen die Telefone von verärgerten Bürgern heiß, weil die Verkehrsinseln angeblich plötzlich „ungepflegt“ aussehen und die Straßenränder „verwildern“: Die Erfahrung zeigt, dass eine begleitende Kommunikation zu den Naturschutzmaßnahmen unerlässlich ist! Um Bürger langsam an mehr „Wildheit“ auf den kommunalen Flächen zu gewöhnen, können ein Pressetermin mit dem Bürgermeister zur Freigabe einer neuen Blühfläche helfen, Umfragen unter den Bürgern oder Informationen auf der Homepage der Kommune.

Am besten eignen sich jedoch ansprechend gestaltete Schilder auf den jeweiligen Flächen – mit ihnen bekommen dann Spaziergänger die Hintergrundinformationen direkt vor Ort!

Als sinnvoll hat sich auch erwiesen, bei der Grünflächenpflege einen schmalen Randstreifen zu mähen und den Rest wild zu lassen: So sehen die Bürger, dass die Fläche gepflegt wird und durchaus so naturbelassen gewollt ist.

Die Bevölkerung einzubinden, sie mit auf den Weg zur Biodiversitätsgemeinde zu nehmen, ist tatsächlich einer der wesentlichen Erfolgsfaktoren für mehr Naturschutz.

### Beispiele für Mitmachprojekte

- Online-Beteiligungen (Beispiel: Plattform der Stadt Nürnberg [www.onlinebeteiligung.nuernberg.de](http://www.onlinebeteiligung.nuernberg.de))
- Patenschaften (Baum-, Blühflächen-, Tier-Patenschaften)
- Mitmach-Aktionen (Pflanzaktionen, Bau von Nistkästen)

### Faktoren für eine gelungene Kommunikation

- Über das Projekt und die Ideen informieren
- Identifikation schaffen
- Zur Teilnahme motivieren
- Erfolge für anhaltende Motivation kommunizieren
- Medienpartnerschaften knüpfen
- Für neue Medien und Ideen offen sein

## NATUR IM SIEDLUNGSBEREICH: EIN ÜBERLEBENTHEMA

Eine lebenswerte Umwelt ist für das menschliche Dasein von zentraler Bedeutung. Natur im Siedlungsbereich spielt also eine grundlegende Rolle bei der Daseinsfürsorge durch die Kommunen.

Zu den zahlreichen Vorteilen von vielfältiger und intakter Natur im Siedlungsbereich, den so genannten Ökosystemleistungen, zählen:

- besseres Klima
- sauberere Luft
- Nah-Erholungsmöglichkeiten in der Natur
- Abkühlung der Siedlungsgebiete durch Frischluftschneisen

## ERFOLGSFAKTOREN DER KOMMUNIKATION AUF EINEM BLICK

### frühzeitig

Bei konkreten Maßnahmen beginnt die Kommunikation im Idealfall noch vor der Maßnahme. Dadurch fühlen sich die Menschen ernstgenommen und einbezogen.

### handlungsorientiert und positiv

Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, Verhaltensänderungen anstoßen. Den Beitrag jedes einzelnen verdeutlichen.

### emotional

Man erreicht die meisten Menschen am besten, wenn man an ihre eigene Betroffenheit appelliert. Was hat das mit mir zu tun?

### kontinuierlich und regelmäßig

Bei kontinuierlicher und regelmäßiger Berichterstattung bleiben die Themen in der öffentlichen Wahrnehmung.

### kurz, klar und prägnant

Einfache Sprache, kurze Sätze, leicht formuliert und verständlich.

### vernetzt

Partner suchen, Kooperationen eingehen, Synergien schaffen: Das hilft, die Komplexität des Themas, die vielen Zielgruppen und die unterschiedlichen Anlässe auch bei knapper Ressourcenplanung für Öffentlichkeitsarbeit zu bewältigen.

### visualisiert

„Ein Bild sagt mehr als 1.000 Worte“: Bilder machen die Themen und Botschaften greifbarer, schneller verständlich und sorgen dafür, dass sie besser im Kopf bleiben.

### vielfältig

Ein breiter Mix aus Methoden und Kanälen erreicht besonders viele Menschen.

### wiedererkennbar

Das Rad nicht immer neu erfinden: Wiederkehrende Veranstaltungsformate oder Logos schaffen Identifikation und erleichtern die Arbeit





## BEST PRACTICE

### Landkreis und Stadt Hof: Initiative für mehr Insektenreichtum

Unter dem Titel „Wir machen Insekten den HOF!“ bereiten Stadt Hof und der Landschaftspflegeverband Landkreis und Stadt Hof e.V. (LPV) ein Konzept für mehr Insektenvielfalt.

Wesentlicher Projektbestandteil ist die Umstellung zu einem insektenfreundlichen Mähregime. Von Verkehrsinseln werden etwa nur mehr die Randstreifen gemäht, auf der übrigen Fläche dürfen Wildkräuter hoch wachsen.



Funkferngesteuerte Mähraupe mit Grasschneidewerk (oben) und mit einem Anbaugerät zur Aufnahme des Mähguts (unten).  
Foto: KLP Baumaschinen GmbH



## 12 GOLDENE REGELN

### FÜR MEHR ARTENVIELFALT IM SIEDLUNGSGEBIET

#### 1 Pflege vor Neuanlage

Eine Pflegeumstellung ist die kostengünstigere Variante, um vorhandene Grünflächen zu regenerieren. Eine Neuansaat ist immer noch möglich, sollte sich der Pflanzenbestand mit dem gewünschten Blühaspekt nicht erholen.

#### 2 Karge Böden für mehr Pflanzenvielfalt und weniger Pflegeaufwand

Bei Neuanlagen von Grünflächen oder Staudenbeeten nährstoffarmen Untergrund verwenden. Fette Böden durch karge Mischungen, wie Kalkschotter, Kies oder Sand – mit wenig Humusanteil – ersetzen. Für den jeweiligen Bodentyp geeignete Anpflanzungen und Einsaaten (*einheimisches Saatgut – Punkt 7!*) gedeihen so am besten.

#### 3 Verzicht auf Pestizide

Pflanzenschutzmittel zerstören das natürliche Gleichgewicht, da sie nicht nur unerwünschte Tiere und Pflanzen, sondern auch deren nützliche Gegenspieler vernichten. Zur Entfernung störender Pflanzen gibt es umweltschonendere Möglichkeiten (z.B. thermische Behandlung).  
*Machen Sie mit und werden auch Sie zur pestizidfreien Kommune (Seite 8).*

#### 4 Verzicht auf Düngung

Ungedüngte und nährstoffarme Böden sorgen für ein artenreiches Grünland mit Blumen und Kräutern. Eine intensive Düngung fördert vorrangig verschiedene Grasarten, welche gegenüber krautigen Blütenpflanzen konkurrenzstärker sind. Auf lange Sicht fördert das Pflanzenarmut und Vergrasung.

#### 5 Weniger Mähen – und wenn, dann schonend!

Mährhythmus reduzieren und Mähpraxis ändern. Prüfen Sie, ob überhaupt, wann, wie oft, wie intensiv und mit welchem Gerät eine Mahd erforderlich ist. Verzichten Sie auf das tödlich-schred-

dernde Mulchen und stellen Sie stattdessen auf die alte, biodiversitätsschonende Mähetechnik mit modernen Doppelmesserbalken um. Durch Geräteträger in Kombination mit verschiedenen Vorsatzgeräten können Sie die vielseitigen Arbeitsschritte der umweltschonenden Mahd abdecken und sparen Gerätschaften ein. Nach wie vor ist aber auch ein herkömmlicher Traktor mit Mähbalken und Ladewagen eine gute Lösung.

Bitte weisen Sie ihre Bauhöfe an, die inzwischen einschlägig bekannten Leitfäden zur Pflege und Bewirtschaftung von Grünland zu berücksichtigen, z.B. *Praxis-Handbuch für Bauhöfe, Handlungsleitfaden für Insektenschutz in Kommunen* und *Insektenreiche Lebensräume im öffentlichen Grün (Seite 11)*.

#### 6 Der Umgang mit dem Mähgut

Prinzipiell soll das gemähte Grünschnitt von der Fläche entfernt werden, um einer besonders schädlichen Nährstoff-Anreicherung entgegenzuwirken, wegen der viele nützliche Pflanzen nicht mehr wachsen können (Entsorgung des Grünschnitts durch Kompostierung oder in der Biogasanlage). Dazu gibt es inzwischen auch moderne Aufnahmetechniken für Kleintraktoren. Wichtig ist ein zeitlicher Abstand von ein bis zwei Tagen nach der Mahd, damit die Insekten von der gemähten Fläche flüchten können. Während extremer Trockenperioden auf eine Mahd zu verzichten ist sinnvoll. Sollte es dennoch notwendig sein, kann das Mähgut zeitweise als Verdunstungsschutz für den Boden auf der Fläche bleiben. Das ist insbesondere für Baumscheiben um jüngere Gehölzpflanzungen wichtig. *Nutzen Sie für solche Fälle kompetente Beratung (Seite 11)*.

#### 7 Einheimisches Saatgut und Pflanzmaterial verwenden

Die heimische Tierwelt ist besonders an einheimisches Saatgut und Pflanzmaterial angepasst und kann fremdländische Pflanzen oft gar nicht verdauen. Deswegen ist es ideal, wenn man für die Neuanlage von Grünland Rasenschnitt von artenreichen Spenderwiesen ausschüttelt. Auf den Wiesentyp und den Naturraum abgestimmte Regio-Saatgutmi-





sungen sind auch im Handel erhältlich. Fachliche Beratung ist hierbei empfehlenswert. Bei Gehölzpflanzungen ist heimischen Sträuchern und Bäumen der Vorzug zu geben. Insbesondere auf robusten Wildobst darf verstärkt zurückgegriffen werden.

### 8 Laub einfach liegen lassen

Auch Falllaub hat ökologische Funktion, vielen Tieren dient es als Lebensraum, Nahrung und Winterquartier. Keine Laubsauger verwenden, das vernichtet das in der Laubstreu beheimatete Kleingetier.

### 9 Begrünung wo immer möglich

Schaffen Sie mehr Grün in ihrer Kommune, wo noch keines ist. Dächer mit flacher Dachneigung (v.a. Industriegebäude) eignen sich ideal zur Anlage bunter Wildkräuterrassen. Trotz Grundversiegelung entstehen so Biotope und sorgen zudem für einen verbesserten Regenwasserrückhalt. Kahle Außenfassaden bekommen mit Rankgewächsen (Efeu, Wilder Wein etc.) ein ökologisches Gesicht (Nektarquellen und Niststätten für Vögel). Beide Maßnahmen können Kommunen bei Baugenehmigungsverfahren zur Auflage machen.

### 10 Erde ohne Torf

In Zeiten der Klimawandels sollte die Verwendung von torfhaltiger Erde in kommunalen Betrieben tabu sein. Moore sind unsere besten CO<sub>2</sub>-Speicher, wäh-

rend Torfabbau dieses Treibhausgas freisetzt und unsere Klimasituation weiter verschlechtert. Ein Verzicht trägt nicht nur zum Klimaschutz bei, sondern auch zum Erhalt höchst gefährdeter Lebensräume mit seltenen Tier- und Pflanzenarten.

### 11 Förderung beantragen

Nach den Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinien (LNPR) können Kommunen eine Förderung für zahlreiche Maßnahmen beantragen – beispielsweise für Hecken- und Gewässerpflege oder die Wiederherstellung von Biotopen. Dabei müssen die förderfähigen Gesamtausgaben einen Betrag von 2.500 Euro übersteigen. Beratung und Einreichung der Anträge erfolgt über die Untere Naturschutzbehörde.

### 12 Kompetente Hilfe nutzen

Folgende Ansprechpartner helfen Ihnen nicht nur bei Fragen zur Pflege und Neuanlage weiter, sondern auch bei der Erstellung von Pflege- und Umsetzungskonzepten:

- der Landschaftspflegeverband (LPV)
- Kreisfachberater für Gartenkultur und Landespflege
- lokale Umweltverbände (Kreisgruppen von LBV oder Bund Naturschutz)
- lokale Verbände für Gartenbau und Landespflege
- die zuständigen Unteren Naturschutzbehörden

## BEST PRACTICE

### Stadt Bamberg: Umstellung der Mahd

In Bamberg wurde die Pflege von intensiv auf extensiv umgestellt durch Herabsetzen der Mahdhäufigkeit und anschließender Aufnahme des Mahdguts. Zunächst entlang der Osttangente auf sechs Kilometer Länge sind inzwischen fast alle zuführenden Straßen einbezogen, auf nunmehr etwa zehn Hektar Gesamtfläche.



*Wenn man an Grünflächen nur den Rand mäht und die Wiese in der Mitte stehen lässt, sehen die Bürger, dass die Fläche gepflegt wird und so wild gewollt ist.*

## WEITERE TIPPS:

### Mehr Mut zur Unordnung

Kleine innerörtliche Bereiche einfach sich selbst überlassen. Das spart Pflegeaufwand. Prädestiniert sind Randzonen von Parks, aber durchaus auch von Sportanlagen, Schul- und Kindergärten oder Friedhöfen. Einfach mal Laub- oder Reisighaufen unter einem Gebüsch liegen lassen, als Überwinterungsstätte beispielsweise für den Igel.

### Verzicht auf Mähroboter

Bitte kein Einsatz von Mährobotern auf intensiv genutzten Grünflächen (Sport- und Spielplätze, Parkbereiche)! Die dabei übel verletzten Igel sind nur die Spitze des Eisbergs. Von den anderen betroffenen Tieren – von der Blindschleiche bis zum Laufkäfer – bekommt man meist gar nicht mit, wenn sie von dem Gerät erfasst und zerhackt werden.

### Naturnahe Strukturen

Ob Wasserstellen, Lesesteinmauer oder -haufen, vegetationsfreie kleine Rohbodenflächen oder Insektenhotels – alles auch gute Elemente für Umweltbildung in Schul- und Kindergärten und sonstigem öffentlichen Grün. Jegliche Strukturvielfalt fördert Biodiversität!





*Wasseramseln haben vielfältige Ansprüche an den Lebensraum. Sie benötigen vor allem klare, schnellfließende Gewässer mit dichter Ufervegetation und ausreichend Nahrung in Form von im Wasser lebenden Kleintieren.*

## BEST PRACTICE

Gemeinde Burggen:

### Renaturierung des Dorfbaches

Im Rahmen eines Dorferneuerungsverfahrens sind in der Gemeinde Burggen im Landkreis Weilheim-Schongau Abschnitte eines Baches teilweise renaturiert und ansprechender gestaltet worden. Ein Gewinn für die dörfliche Lebensqualität.



vorher



nachher

## GEWÄSSERSCHUTZ - ESSENTIELL FÜR NATUR UND MENSCH

Von der Quelle bis zur Mündung verändert sich ein Fließgewässer mit seinen Ufer- und Auenbereichen ständig und bietet Lebensräume für verschiedenste Tier- und Pflanzenarten. Nicht nur zur Vernetzung von Lebensräumen spielen Fließgewässer eine entscheidende Rolle, auch für den Menschen bieten sie großen Nutzen:

- Erhöhung der Siedlungsqualität
- Kühlungseffekt auf die Umgebung
- Aufwertung des Orts- und Landschaftsbildes
- Frischluftschneisen für Siedlungen
- Hochwasserschutz
- attraktive Naherholungsorte für Bürger

### Selbstreinigungskraft

Durch ihr komplexes Gefüge können Fließgewässer Nähr- und Schadstoffe teilweise komplett selbstständig abbauen. Voraussetzung dafür ist ein guter ökologischer Zustand des Gewässers.

### EU-Richtlinie für gesunde Flüsse

Mit der Wasserrahmenrichtlinie hat es sich die EU zum Ziel gemacht, alle Flüsse bis spätestens 2027 in einen ökologisch guten Zustand zu bringen. Auch die Kommunen müssen dieses Ziel verfolgen, besonders für Gewässer, die in Ihren Zuständigkeitsbereich fallen, wie kleinere Gewässer und Bäche. Allein in Bayern machen diese Gewässer dritter Ordnung über 90 Prozent des Gesamtließgewässernetzes aus.

Für die Verbesserung des Gewässerzustandes können Sie bereits jetzt einige wesentliche Punkte umsetzen und steigern damit nicht nur die Lebensqualität der Bachbewohner, sondern Ihrer gesamten Gemeinde:

#### 1 Durchgängigkeit sichern

Um die Durchgängigkeit zu sichern, sind künstliche Querbauten zu beseitigen oder Hilfen, wie Fischtreppe, anzulegen. Bebauung und Versiegelung der Uferbereiche ist zu vermeiden bzw. nach dem Maßnahmenpaket des BayNatSchG sind Gewässerrandzonen von mindestens fünf Metern Breite verpflichtend. Dafür können Sie

Schilf-, Röhricht- und Hochstaudenstreifen entlang der Uferzonen, sowie störungsarme Freiräume für Tiere und Pflanzen anlegen.

#### 2 Natürlicher Wasserrückhalt

Gerade Bachläufe mit hoher Fließgeschwindigkeit erhöhen die Überflutungswahrscheinlichkeit bei Starkregenereignissen. Ein Gewässer mit vielen Windungen und natürlich bepflanzten Uferbereichen erhöht den Rückhalt – das Wasser kann übertreten, aber auch wieder versickern. Zusätzlich wird die Fließgeschwindigkeit abgesenkt.

#### 3 Pflege mit Augenmaß

Bei Pflegemaßnahmen sollten Sie eine gestaffelte Bearbeitung bevorzugen, damit Tierarten ausweichen können. So können Fließgewässer als Biotopverbindungen dienen und trotzdem der öffentlichen Nutzung erhalten bleiben.

#### 4 Fördermöglichkeiten nutzen

Für die naturnahe Umgestaltung eines Fließgewässers gibt es zahlreiche Fördertöpfe. Die Abstimmung mit den zuständigen Behörden ist nötig und sinnvoll:

- Wasserwirtschaftsamt
- Untere Naturschutzbehörde
- Untere Wasserrechtsbehörde
- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Amt für Ländliche Entwicklung

Nähere Infos, wie Sie kommunalen Hochwasserschutz und biologische Vielfalt vereinen können erhalten Sie unter [www.lbv.de/naturschutz/lebensraeume-schuetzen/baeche](http://www.lbv.de/naturschutz/lebensraeume-schuetzen/baeche).

### EU-Wasserrahmenrichtlinie

Alle Flüsse sollen bis spätestens 2027 einen ökologisch guten Zustand aufweisen.

### BayNatSchG Art. 16 Abs. 1

Es ist verboten, in der freien Natur entlang natürlicher Gewässer in einer Breite von fünf Metern diese garten- oder ackerbaulich zu nutzen (Gewässerrandstreifen).





Charakteristischer Offenland-Bewohner und Indikator für intakte Strukturen: das Rebhuhn. Es braucht Brachflächen mit schützendem Gebüsch und Heckenreihen.

## NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN IN WALD UND OFFENLAND

### 1 Naturgemäße Forstwirtschaft

Was im Staatswald nach dem reformierten Bayerischen Waldgesetz bereits als verpflichtendes Ziel gilt, dem sollten auch Kommunen mit gutem Beispiel folgen und zehn Prozent ihrer Fläche aus der forstlichen Nutzung nehmen. Es sollen Naturwaldparzellen und Naturwald mit Prozessschutz geschaffen werden. Primär-Bestände mit bereits naturnaher Bestockung (Laubwälder und Auwälder) gilt es zu entwickeln. Der übrige Wald sollte nach den Kriterien der „naturgemäßen, nachhaltigen Forstwirtschaft“ bewirtschaftet werden. Dazu gehört der Erhalt von Horst-, Höhlen-, Biotop- und Altbäumen und insbesondere starkem Totholz (Mindestanteil 25 Festmeter pro Hektar). Der Waldumbau sollte mit klimastabilen, trockenheitsverträglichen und standortheimischen Baumarten erfolgen und Sonderstandorte wie Moore, Lichtungen, Waldwiesen, Gewässer und trockene Kiefernheiden nicht aufgeforstet, sondern vorrangig natur-schutzfachlich bewirtschaftet werden.

Es können auch Fördermöglichkeiten in Anspruch genommen werden wie z.B. das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm Wald (VNP Wald). Hierüber sollen besonders wertvolle Waldlebensräume wie Mittel- oder Niederwälder, Alt- und Biotopbäume, sowie Totholz gesichert werden.

### 2 Biotopverbund mit entwickeln

Das neue Naturschutzgesetz sieht vor, bis 2030 im Offenland einen Biotopverbund auf 15 Prozent der Landesfläche aufzubauen. Hierbei sind die kommunalen Flächen ein wichtiger Baustein. Dabei kann und soll Landwirtschaft auf den Flächen weiterbetrieben werden, aber als Flächeneigentümer müssen Sie zukünftig Sorge dafür tragen, dass dies in ökologisch-naturverträglicher Weise geschieht!

### 3 Extensive Landnutzung fördern

Kommunen treten häufig als Verpächter landwirtschaftlicher Flächen auf. Her haben Sie über Pachtverträge die Möglichkeit, die naturnahe Bewirtschaftung der kommunalen Flächen rechtlich zu verankern, um eine extensive Landnutzung von Grünland und Äckern sicherzustellen. Vorrangig ist hier ein Verzicht von Pestiziden und Insektiziden festzulegen, oder im Idealfall einfach an Öko-Landwirte zu verpachten (Ziel 30% Ökolandbau bis 2030). Eine Teilnahme am Vertragsnaturschutzprogramm zu verankern ist ebenfalls sinnvoll.

Musterpachtverträge zur naturnahen Bewirtschaftung der kommunalen Flächen können Sie unter [www.fairpachten.org](http://www.fairpachten.org) und [www.pestizidfrei-verpachten.de](http://www.pestizidfrei-verpachten.de) herunterladen.

15%

der Landesfläche im Biotopverbund bis 2030,

das gibt Artikel 19 des neuen Naturschutzgesetzes vor.

1 Mio

zusätzliche Obstbäume bis 2035,

das gibt der im Oktober 2021 verabschiedete Streuobstpakt vor.

### WEITERE TIPPS:

#### Unordnung fördern

Bestehende Landschaftselemente wie Hecken, Raine und Alleen sowie Sonderstrukturen (Stein-/Totholzhäufen, Brachezonen) sollten erhalten bzw. neu angelegt werden. Sie können wie Straßen-, Feldwegränder und Gräben als lineare Verbundelemente dienen, sollten aber ökologisch sinnvoll entwickelt und gepflegt sein.

Ganz wichtig dabei: Überlassen Sie das nicht ungeregelt den Anrainern, sondern machen Sie nach Beratung auch hier Vorgaben.

#### Traditionelle, regionaltypische Nutzungsformen unterstützen

Unterstützen Sie z. B. Streuobst, Teichwirtschaft oder Schäferei. Dabei sollte auch auf Erhalt von alten Landsorten und Landrassen geachtet werden, da diese einen wichtigen Beitrag zur Biodiversität darstellen. Wo immer möglich, sollte extensiver Beweidung Vorzug gegeben werden, da diese Struktur- und Biodiversität fördert.

Beweidung heißt die Zauberformel für Streuobst und Wiesenflächen – keine andere Art der Bewirtschaftung trägt mehr zum Wiederaufbau der Insektenpopulationen bei.





## 550...

**...pestizidfreie Städte und Gemeinden deutschlandweit.**

Diese verzichten bei der Pflege ihrer Grün- und Freizeitflächen völlig auf chemisch-synthetische Pestizide.

Der BUND dokumentiert diese Kommunen seit 2018 in einer interaktiven Karte unter:

[www.bund.net/pestizidfreie-kommune](http://www.bund.net/pestizidfreie-kommune).

Bereits 100 bayerische Kommunen sind in der Karte zu finden. Schauen Sie doch mal hinein, ob Sie vielleicht bekannte Namen finden.

**BEST PRACTICE**

Stadt Glachau:

**Glyphosatverzicht**

Nach wie vor werden Pflanzenbekämpfungsmittel nicht nur auf landwirtschaftlichen Flächen sondern auch direkt im Stadt- und Gemeindegebiet auf Sport- und Spielplätzen, an Straßenrändern und Wegen zum Einsatz gebracht, um unerwünschtem Bewuchs zu entfernen.

Die Stadt Glachau macht es vor: Sie hat sich gegen den Einsatz von Glyphosat ab dem Frühjahr 2018 entschieden und führt Pflanzenbekämpfungen heute nur noch mechanisch oder mit dem Heißwasserverfahren durch. Somit sichert die Gemeinde aktiv ein gesundes Wohnumfeld für ihre Bürger.



*Durch das Heißwasser-Schaum-Verfahren können unerwünschte Wildkräuter effektiv und gezielt entfernt werden, ohne die Umwelt zu belasten. Der Schaum basiert je nach Hersteller z.B. auf Zuckertensiden, Mais oder Kokos. Foto: Iprogreen GmbH*

**PESTITIZIDFREI IST MACHBAR****Pestizideinsatz ist kurzfristig gedacht: Hauptursache für das Insektensterben**

Pflanzenschutzmittel und Biozide wirken sich nicht nur negativ auf die unerwünschten Organismen aus, sondern gefährden auch viele nützliche Pflanzen und Tiere. So werden Nahrungsketten unterbrochen, Lebensräume für Tier- und Pflanzenarten teilweise unbewohnbar gemacht, und dies bleibt auch für uns nicht ohne Folgen. Insbesondere das Insektensterben wird auch durch Pestizide begünstigt, und Sie können helfen, dies zu stoppen.

**Muss alles sauber aussehen?**

Wie „ordentlich“ muss eine Fläche aussehen? Davon hängt im Wesentlichen der Einsatz von Pestiziden ab. Wege mit fließenden Übergängen statt schnurgeraden Kanten, Gräsern und Kräutern auf öffentlichen Flächen: ein Mix aus intensiver und extensiver Pflege kann schön aussehen, den Erlebniswert steigern und einen Beitrag zu mehr innerstädtischer Biodiversität darstellen. Gehwege müssen aus Gründen der Verkehrssicherung von Bewuchs freigehalten werden, doch dieses Ziel können Sie auch mit anderen Methoden als mit Pflanzengift erreichen.

Die Stadt Nürnberg etwa geht diesen Weg seit zirka 30 Jahren. Unerwünschte Beikräuter werden dennoch nicht toleriert, sondern bei Bedarf ent-

weder manuell entfernt oder maschinell mittels Wildkrautbesen.

**Eine Frage des Zeitpunktes**

Je früher im Jahr unerwünschte Wildkräuter entfernt werden, desto besser bringt man sie unter Kontrolle. Die händische Entfernung einzelner Problempflanzen durch Ausreißen klingt zwar mühsam, hat sich aber bereits in vielen Fällen bewährt. So sorgen Sie und Ihre Kommune für Verkehrssicherheit, Blütenpracht und gesunde Lebensbedingungen, ohne nützliche Insekten wie Bienen, Wildbienen und Schmetterlinge zu gefährden.

**Fazit**

Ein kompletter Verzicht auf Pflanzenschutzmittel in Ihrer Kommune ist schon heute möglich, ohne die Unterhaltungspflichten als Gemeinde zu vernachlässigen.

Beschlussvorlage für den Gemeinderat, ab sofort keine Pestizide mehr auf Gemeindeflächen einzusetzen: [www.bund.net/fileadmin/user\\_upload\\_bund/publikationen/umweltgifte/umweltgifte\\_pestizide\\_beschlussvorlage.docx](http://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/umweltgifte/umweltgifte_pestizide_beschlussvorlage.docx)

**ALTERNATIVEN ZUM PESTIZIDEINSATZ:****Thermische Verfahren**

Mithilfe von Abflamm- oder Infrarotgeräten und durch starke Hitzeeinwirkung werden unerwünschte Wildpflanzen abgetötet. HWS-Systeme zum Beispiel funktionieren mit Heißwasser und einer isolierenden Schaumschicht, welche unbedenklich für die Umwelt ist (siehe kleines Bild).

**Mechanische Verfahren**

Da die Geräte zur thermischen Wildkrautvernichtung meist einen hohen Energiebedarf haben, können Sie auch auf mechanische Verfahren setzen. So werden an Kehrmaschinen beispielsweise spezielle Radialbesen mit härteren Borsten aus Kunststoff oder Metall eingesetzt.

**Weitere nicht-chemische Verfahren**

Zur Bekämpfung unerwünschter Wildkräuter bietet die Landwirtschaftskammer nützliche Tipps: [www.landwirtschaftskammer.de/landwirtschaft/pflanzenschutz/genehmigungen/unkrautohnechemie/index.htm](http://www.landwirtschaftskammer.de/landwirtschaft/pflanzenschutz/genehmigungen/unkrautohnechemie/index.htm)



# 11 Hektar...

## ...Flächenverbrauch pro Tag in Bayern.

Das soll sich nun ändern. Bis 2030 will die Bayerische Regierung die tägliche Versiegelung auf fünf Hektar senken und bis 2050 sogar eine Netto-Null-Bilanz anstreben. Helfen auch Sie mit Ihrer Kommune, diese Ziele zu erreichen.

## FLÄCHENVERSIEGELUNG

### Dramatischer Landverbrauch

Täglich werden in Bayern rund 11 Hektar Fläche versiegelt. Dies entspricht einer Fläche von zirka 15 Fußballfeldern. Während sich Siedlungen und die intensive Landwirtschaft immer weiter ausbreiten, schrumpft die umgebende Landschaft pro Jahr um 40 Quadratkilometer. Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche Bayerns stieg von 1981 bis 2019 von acht auf 12 Prozent an.

### Negative Folgen für Mensch und Natur

Lebensräume für Tier- und Pflanzenarten werden zerschnitten oder gehen ganz verloren. Das Artensterben setzt sich fort. Dazu kommt, dass die Bodenversiegelung in Siedlungen zu so genannten Hitzeinseln führt, so dass es innerorts meist viel wärmer ist als am Rand.

Auch die Hochwassergefahr durch Starkregenereignisse nimmt immer weiter zu. Das Wasser kann so schnell gar nicht versickern, die Kanalisation ist schnell überfordert und am Ende muss die Feuerwehr anrücken, um Keller auszupumpen. Die mittel- und langfristigen Folgekosten der Bebauung werden bisher meist nicht in Planungen berücksichtigt, obwohl sie die Kommunen finanziell stark belasten können.

Der Landschaftsverbrauch wird beschleunigt durch zusätzliche Subventionen und steuerliche Vergünstigungen für Gewerbegebiete. Folgen sind entleerte Innenstädte und Ortskerne. Das Gegenteil sollte der Fall sein. Andernfalls führt dies zu einer Unterauslastung wichtiger Versorgungseinrichtungen und zu einem Attraktivitätsverlust der Kernzonen. Nicht ausgelastete und gegebenenfalls geschlossene Schulen und Kindergärten sowie die Zunahme der Wohnungsleerstände bilden bereits heute die Situation nicht nur in vielen Stadtteilen, sondern auch in ländlichen Gemeinden ab.

### Ist die Trendumkehr möglich?

Die Bayerische Staatsregierung möchte bis zum Jahr 2030 den Flächenverbrauch auf fünf Hektar pro Tag senken. Die Bundesregierung strebt bis 2050 sogar das Ziel einer Netto-Null-Bilanz an. Um diese Ziele auch zu erreichen und die Folgen des Flächenverbrauchs zu minimieren, ist vor allem ein Abschied von der Wachstumsphilosophie notwendig.

Eine nachhaltige Siedlungsentwicklung, die dem so genannten „Innen vor Außen“-Prinzip folgt, ist hierbei eine gute Lösung: Also anstatt Neubaugebiete auszuweisen lieber leerstehende Objekte in der Innenstadt renovieren lassen.

### WEITERE TIPPS:

#### Renaturierung

Eine Renaturierung von versiegelten Flächen kann für kleine grüne Inseln sorgen. Das Anlegen von Parkanlagen, kleinen Blüh-Inseln oder gar Blühstreifen verbessert nicht nur das Siedlungsklima, sondern sorgt auch für ein hübsches Erscheinungsbild.

#### Dach- und Fassadenbegrünung

Auch Dach- oder Fassadenbepflanzungen können grüne Oasen in den Siedlungsgebieten werden! Sie sehen nicht nur ästhetisch aus, sondern wirken sich auch positiv auf das Siedlungsklima aus. Auch die Biodiversität an diesen Flächen wird deutlich gesteigert. So bieten grüne Dächer und Fassaden Ersatzlebensräume für gefährdete Pflanzen- und Tierarten. Welche Vorteile eine Dachbegrünung noch mit sich bringt und weitere Tipps finden Sie unter: [www.eigenheimerverband.de/wissenwertes-fachinformationen/haus-wohnung/flyer/dachbegrueung](http://www.eigenheimerverband.de/wissenwertes-fachinformationen/haus-wohnung/flyer/dachbegrueung).

### BEST PRACTICE

Gemeinde Bischofsheim an der Rhön:

#### Leerstand nützen statt neu bauen

In Bischofsheim an der Rhön werden seit vielen Jahren keine neuen Baugebiete mehr ausgewiesen und sogar alte Planungen zurückgezogen. Zu zahlreich sind die Baulücken und Leerstände im Ortskern, die nun von der Gemeinde über Förderprogramme und sinnvollem Flächenmanagement dem Markt zugeführt werden. Dadurch konnte Fläche gespart und dennoch ein Einwohnerzuwachs verzeichnet werden.

Stadt Coburg & Erlangen:

#### Verbot von Schottergärten

Städte wie Erlangen und Coburg haben private Schottergärten mithilfe einer Änderung der Freiflächengestaltungssatzung verboten.

#### Private Initiativen von Bürgern

Der Berliner Ulf Soltau stellt unter der Facebook-Gruppe „Gärten des Grauens“ anonymisiert Negativbeispiele von Gärten zur Schau: [www.de-de.facebook.com/GaertenDesGrauens](https://www.de-de.facebook.com/GaertenDesGrauens). Jeder Bürger kann Bilder einsenden. Das Projekt war so erfolgreich, dass mittlerweile sogar Bildbände veröffentlicht wurden.



# 23 Uhr

## Keine Bestrahlung öffentlicher Gebäude nach 23 Uhr...

...das gibt das neue Bayerische Naturschutzgesetz vor. Außerhalb von Siedlungsgebieten sind die Regelungen noch strenger. Zudem sind Himmelsstrahler und ähnliche Anlagen nach Artikel 11a BayNatSchG verboten.

## LICHTVERSCHMUTZUNG

Weiß Du, wieviel Sternlein stehen? Nein, eigentlich nicht. Meistens sieht man kaum noch einen Stern, denn so richtig dunkel ist es nachts fast nirgendwo mehr in Deutschland.

### Romantik versus Überleben

Für den Menschen schön anzusehen, aber für die Natur kann eine nächtliche Beleuchtung immense negative Folgen bedeuten. Rund 60 Prozent aller Tiere sind nachtaktiv und werden durch falsche und unnötige Beleuchtung in ihren nächtlichen Aktivitäten massiv gestört. Durch ihr differenziertes Sehenspektrum nehmen Tiere manche Beleuchtungsarten als lebensfeindlich wahr. Hier ist vor allem Licht mit einem hohen UV-Anteil ein Problem, also auch die modernen LEDs.

Alleine an Deutschlands Straßenlaternen sterben 100 Milliarden Insekten während des Sommers. Ursachen sind Erschöpfung wegen Dauerumkreisung des Lichts, Verbrennen oder Tod durch angelockte Fressfeinde. Vor allem blau-kaltes Licht wirkt stark anziehend auf Insekten, setzen Sie daher konsequent auf warm-gelbliches Licht.

Nächtliche Beleuchtung vor einem Fledermausquartier unterdrückt deren Nahrungssuche, da die nachtaktiven Tiere vermuten, es sei immer noch Tag. Die Auswirkungen auf die Nachwuchsrate sind daher massiv.

Igel meiden bereits Bereiche, die nur minimal beleuchtet sind. Vor dem Winterschlaf sind sie jedoch darauf angewiesen, Fettreserven anzufressen. Durch die Beleuchtung gehen ihnen Nahrungsräume verloren, und sie müssen kräftezehrende Umwege zurücklegen.

Beleuchtete Hochhäuser oder Türme können zu Kollisionen mit Vögeln führen, auch der lichtgesteuerte Jahres- und Tagesrhythmus von Vögeln leidet durch Dauerbeleuchtung. Die Folge ist ein verfrühtes Brutgeschehen, das zum Scheitern verurteilt ist.

Eine nächtliche Flussbeleuchtung kann fatale Folgen für Fische haben und bis zu deren Unfruchtbarkeit führen. Bei der Produktion von Duft und Nektar oder beim jahreszeitlichen Rhythmus werden auch Pflanzen gestört: Das viele Licht suggeriert, dass es noch Sommer sei, daher werfen Bäume zum Beispiel im Herbst ihr Laub zu spät ab und erfrieren dann.

## So wählen Sie die richtige Beleuchtung:

- Abschirmung**  
Licht nur dorthin lenken, wo es benötigt wird. Leuchte waagrecht montieren (ULOR 0%)
- Lichtfarbe**  
Warmweißes, UV-freies Licht ist für den Menschen angenehm und lockt wenig Insekten an. Je gelber desto besser.
- Intensität**  
Ein gleichmäßiges, schwaches Beleuchtungsbild ist meist besser als punktweise helle Beleuchtung. Keine zu hohe Lichtpunkthöhe wählen.
- Energieeinsparung**  
Moderne Natriumdampflampen und LEDs sind besonders energieeffizient. Umrüsten ist mit BMU-Förderung möglich.
- Notwendigkeit**  
Licht nur zur Wegesicherheit und Orientierung einsetzen. Zu rein dekorativen Zwecken sollte von einer Beleuchtung abgesehen werden. Auch die Dauer der Beleuchtung sollte auf das Notwendigste reduziert werden. Hier helfen Bewegungsmelder.







Der Freistaat bietet Bauhofmitarbeitern eine Fortbildung zum Natur- und Landschaftspfleger an. Einige Gemeinde- und Stadträte haben eine solche Ausbildung erfreulicherweise auch schon beschlossen.  
Foto: Köppl GmbH

## BERATUNG & BILDUNG

### Der Landschaftspflegeverband (LPV) - wichtiger Partner bei Planung, Beratung und Umsetzung

Die 64 Landschaftspflegeverbände in Bayern sind in der Regel auf Landkreisebene organisiert, deren Vorstände drittelparitätlich aus Vertretern der Land- und Forstwirtschaft, Naturschutzverbänden und Kommunen besetzt sind. Es ist ein langbewährtes Vereinsmodell, das vor allem Kommunen bei ihren gewachsenen Aufgaben im Umweltbereich entlastet. Als Dienstleister kümmert sich der Landschaftspflegeverband um Förderung und Abwicklung von Maßnahmen, die überwiegend von Landwirten umgesetzt werden, wodurch hohe staatliche Förderungen in die Kommune geholt werden. Ziel ist eine flächendeckende Etablierung dieser Form des kooperativen Naturschutzes (derzeit 80 Prozent).

Beratungen zu den Fördermöglichkeiten und förderfähigen Maßnahmen erhalten Sie außerdem bei den Unteren Naturschutzbehörden bzw. bei den neuerdings in den Landratsämtern angesiedelten Biodiversitätsberatern. Bei Fragen zum „rechtlichen Artenschutz“, „Ausgleichsverfahren“ und „Anlage hochwertiger Lebensräume“ hilft Ihnen ebenso die Untere Naturschutzbehörde. Weiterhin bieten die Kreisfachberater für Gartenbau und Landespflege Unterstützung an.

### Beratung durch den LBV

Örtliche Gruppierungen der Naturschutzverbände,

wie etwa der LBV oder auch der Bund Naturschutz können Sie mit Fachwissen unterstützen und bei Pflege und bei Neuanlage von kommunalen Flächen oder auch bei der Erstellung von Pflege- und Umsetzungskonzepten behilflich sein. Einige Beispielprojekte, teils in Trägergemeinschaft, des LBV sind:

- „Lebendige Bäche in Bayern“
- „Quellschutz in Bayern“
- „Kommunalflächenmanagement im Landkreis Roth“
- „Biodiversitätsgemeinde Tännesberg“
- „Markplatz der biologischen Vielfalt“
- Umsetzung der Biodiversitätsstrategien in Nordhalben und in Titting

### Vom Bauhofmitarbeiter zum geprüften Natur- und Landschaftspfleger

Im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird von der Regierung von Oberfranken ein Fortbildungslehrgang zum Geprüften Natur- und Landschaftspfleger angeboten. Die Fortbildung bietet aufbauend auf einen Berufsabschluss in einem „grünen“ Ausbildungsberuf wie Landwirt, Gärtner oder Forstwirt eine Zusatzqualifikation auf Meisterniveau für alle, die sich im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege weiterbilden möchten.

In Theorie, Praxis und vielen Exkursionen lernen die Teilnehmer nicht nur ökologische Zusammenhänge und Fachwissen über Tier- und Pflanzenarten, sondern auch Pflégetechniken, Kostenkalkulationen, Umweltbildung, Wirtschaft uvm.

### Weiterbildung für Bauhofmitarbeiter zum Natur- und Landschaftspfleger

17 Wochen an verschiedenen Unterrichtsorten in Bayern

#### Zeitraum:

September bis Juli

#### Kosten:

1.000 € Lehrgangsgebühr  
250 € Prüfungsgebühr

#### Anmeldung bei:

Regierung Oberfranken  
bis jeweils Ende Juni

#### weitere Informationen:

[www.regierung.oberfranken.bayern.de/aufgaben/253031/253033/leistung/leistung\\_61103](http://www.regierung.oberfranken.bayern.de/aufgaben/253031/253033/leistung/leistung_61103)

## WEITERE TIPPS:

### Praxis-Handbuch für Bauhöfe

Das neue Handbuch des Blühpakt Bayern ist eine wichtige Hilfestellung und unterstützt die Mitarbeiter von Bauhöfen mit Informationen und Tipps, damit diese ihre Flächen im Sinne des Insektenschutzes gestalten können.

Im Handbuch sind konkrete Anleitungen für die ökologische Pflege verschiedener Lebensräume enthalten. Es unterstützt dabei, Lebensräume

und Strukturen für Insekten zu erkennen, zu erhalten oder bei Bedarf neu anzulegen. Ergänzende Lehrvideos zur Pflegepraxis und zu häufig auftretenden Herausforderungen runden das staatliche Angebot ab. Bestellung des kostenlosen Handbuches in gedruckter Form oder als PDF-Download unter:

[www.bluehpakt.bayern.de/kommunen/bauhoefe.htm](http://www.bluehpakt.bayern.de/kommunen/bauhoefe.htm)





# Links

## Allgemeine Informationen

Digitaler „kommunaler Leitfaden Biodiversität für kleine und mittlere Gemeinden“ mit Tipps und Beispielen:  
[www.kommunale-biodiversitaet.de](http://www.kommunale-biodiversitaet.de)

Zusammenschluss von im Naturschutz engagierten Kommunen:  
[www.kommbio.de/praxisbeispiele](http://www.kommbio.de/praxisbeispiele)

Biodiversität für Kommunen im Internet: [www.taennesberg.de](http://www.taennesberg.de)

Informationen rund um die nationale Strategie zur biologischen Vielfalt des BMUV. Außerdem Darstellung der Aktivitäten der Kommunen und Beispielprojekte:  
[www.bayerns-ureinwohner.de/downloads/blaettern-lesen.html](http://www.bayerns-ureinwohner.de/downloads/blaettern-lesen.html)

Neun Best-Practice-Beispiele für die Biodiversität und Vorschlag eines Biodiversitäts-Checks für Gemeinden (Aktionsplan Biologische Vielfalt) des Landes Baden-Württemberg: [www.naturschutz.landbw.de/servlet/is/67650](http://www.naturschutz.landbw.de/servlet/is/67650)

Leitfaden zur Kommunikation von Klimaanpassung und biologischer Vielfalt für Städte und Gemeinden: [www.nachhaltige-zukunftsstadt.de/downloads/LEITFADEN\\_Kommunikation\\_von\\_Klimaanpassung\\_und\\_Biodiversitat.pdf](http://www.nachhaltige-zukunftsstadt.de/downloads/LEITFADEN_Kommunikation_von_Klimaanpassung_und_Biodiversitat.pdf)

Naturnahe Firmengelände, Projekt der Bodenseestiftung und GNF, gefördert durch BMU und BfN: [www.naturnaehfirmengelaende.de](http://www.naturnaehfirmengelaende.de)

## Pestizidfreie Gemeinde

Anleitung für Insektenschutz im Alltag:  
[www.bund.net/insektenschutz-anleitung](http://www.bund.net/insektenschutz-anleitung)

Welche Gemeinden sind pestizidfrei? Interaktive Karte:  
[www.bund.net/umweltgifte/pestizide/pestizidfreie-kommune](http://www.bund.net/umweltgifte/pestizide/pestizidfreie-kommune)

Beschlussvorlage für den Gemeinderat:  
[www.bund.net/fileadmin/user\\_upload\\_bund/publikationen/umweltgifte/umweltgifte\\_pestizide\\_beschlussvorlage.docx](http://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/umweltgifte/umweltgifte_pestizide_beschlussvorlage.docx)

Beispiel-Pachtverträge finden Sie unter:  
[www.fairpachten.org](http://www.fairpachten.org)  
[www.pestizidfrei-verpachten.de](http://www.pestizidfrei-verpachten.de)

BUND-Ratgeber „Pestizidfreie Kommunen – blütenreich und ohne Gift“:  
[www.bund.net/fileadmin/user\\_upload\\_bund/publikationen/umweltgifte/umweltgifte\\_pestizidfreie\\_kommunen.pdf](http://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/umweltgifte/umweltgifte_pestizidfreie_kommunen.pdf)

Nichtchemische Verfahren zur Wildkräuterbekämpfung (Landwirtschaftskammer):  
[www.landwirtschaftskammer.de/landwirtschaft/pflanzenschutz/genuehmigungen/unkrautohnechemie/index.htm](http://www.landwirtschaftskammer.de/landwirtschaft/pflanzenschutz/genuehmigungen/unkrautohnechemie/index.htm)

Informationen zum Biologischen Pflanzenschutz:  
[www.landwirtschaftskammer.de/landwirtschaft/pflanzenschutz/biologisch/index.htm](http://www.landwirtschaftskammer.de/landwirtschaft/pflanzenschutz/biologisch/index.htm)

Details zur Bekämpfung heimischer Problempflanzen:  
[www.neobiota.bfn.de/handbuch/gefaesspflanzen.html](http://www.neobiota.bfn.de/handbuch/gefaesspflanzen.html) und  
[www.korina.info](http://www.korina.info)

Die Liste der invasiven Arten Europas („Unionsliste“) finden Sie unter:  
<https://neobiota.bfn.de/unionsliste/art-4-die-unionsliste.html>

Infos über Insektenschonende Mähgeräte im Kommunaltechnikportal unter:  
[www.bauhof-online.de](http://www.bauhof-online.de)

## Produzenten für gebietseigenes Saatgut

Verband deutscher Wildsamen- und Wildpflanzenproduzenten e.V.:  
[www.natur-im-www.de/bezugsquellen/graeser-und-kraeuter](http://www.natur-im-www.de/bezugsquellen/graeser-und-kraeuter)

Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V. (BDP)  
[www.bdp-online.de/de/Branchen/Saatgut/Saatguthandel/RegioZert/RegioZert\\_-\\_wo\\_kann\\_ich\\_das\\_Saatgut\\_beziehen/](http://www.bdp-online.de/de/Branchen/Saatgut/Saatguthandel/RegioZert/RegioZert_-_wo_kann_ich_das_Saatgut_beziehen/)

Naturgarten e.V. Verein für naturnahe Garten- & Landschaftsgestaltung  
[www.naturgarten.org/mitgliedsbetriebe-des-vereins](http://www.naturgarten.org/mitgliedsbetriebe-des-vereins)

Kaufen Sie Wildblumen bei Staudengärtnereien.  
Produzenten für heimische Wildstauden finden Sie z. B. hier:  
[www.naturgarten-fachbetriebe.de/mitgliedsfirmen/wildpflanzen](http://www.naturgarten-fachbetriebe.de/mitgliedsfirmen/wildpflanzen)

## Lichtverschmutzung

BfN-Skript „Schutz der Nacht – Lichtverschmutzung, Biodiversität und Nachtlandschaft“: [www.igb-berlin.de/sites/default/files/media-files/download-files/BfN-Skripten336\\_Schutz%20der%20Nacht\\_web.pdf](http://www.igb-berlin.de/sites/default/files/media-files/download-files/BfN-Skripten336_Schutz%20der%20Nacht_web.pdf)

Leitfaden zur Eindämmung der Lichtverschmutzung: [www.bestellen.bayern.de/shoplink/stmuv\\_natur\\_0025.htm](http://www.bestellen.bayern.de/shoplink/stmuv_natur_0025.htm)

App, um die Lichtverschmutzung in der Gemeinde zu messen:  
[www.verlustdernacht.de/Loss\\_of\\_the\\_Night\\_App/articles/loss-of-the-night-app.html](http://www.verlustdernacht.de/Loss_of_the_Night_App/articles/loss-of-the-night-app.html)

[www.paten-der-nacht.de](http://www.paten-der-nacht.de)

[www.sternenpark-schwaebische-alb.de](http://www.sternenpark-schwaebische-alb.de)

## Weiterbildung

Informationen zur Ausbildung zum geprüften Natur- und Landschaftspfleger:  
[www.regierung.oberfranken.bayern.de/aufgaben/253031/253033/leistung/leistung\\_61103](http://www.regierung.oberfranken.bayern.de/aufgaben/253031/253033/leistung/leistung_61103)

Praxis-Handbuch für Bauhöfe mit Lehrfilmen:  
[www.bluehpakt.bayern.de/kommunen/bauhoefe.htm](http://www.bluehpakt.bayern.de/kommunen/bauhoefe.htm)

[www.biologischevielfalt.de](http://www.biologischevielfalt.de)

Bildungsmaterialien des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit u.a. zum Thema biologische Vielfalt:  
[www.bmu.de/bildungsservice](http://www.bmu.de/bildungsservice)

## Schutzgebiete in Bayern

Alle Schutzgebiete in Bayern finden Sie im BayernAtlas:  
[www.geoportal.bayern.de/bayernatlas](http://www.geoportal.bayern.de/bayernatlas)

Lage, Abgrenzung und Beschreibung aller Schutzgebiete in Bayern und gesetzlich geschützter Biotope und Naturdenkmäler:  
[www.lfu.bayern.de/natur/fis\\_natur/fin\\_web](http://www.lfu.bayern.de/natur/fis_natur/fin_web)

Die aktuellen Roten Listen finden Sie hier: [www.lfu.bayern.de/natur/rote\\_liste\\_tiere/index.htm](http://www.lfu.bayern.de/natur/rote_liste_tiere/index.htm)

Informationen zu Natura 2000:  
[www.stmuv.bayern.de/themen/naturschutz/schutzgebiete/natura2000](http://www.stmuv.bayern.de/themen/naturschutz/schutzgebiete/natura2000)

## Wo können Sie Fördermittel beantragen?

Bayerische Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinie (LNPR)  
Bayerischer Naturschutzfonds

Bundesprogramm Biologische Vielfalt  
Waldbauliches Förderprogramm WALDFÖPR 2007 der Forstverwaltung

Vertragsnaturschutzprogramm (VNP)

Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)

Klimaprogramm 2020 (KLIP 2020)

Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZW) sowie die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

Flur- und Dorferneuerung im Rahmen der Ländlichen Entwicklung (Bay. StMELF)

Liste mit Förderprogrammen für Insektenschutz in Kommunen:  
[www.gruen-in-die-stadt.de/finanzieren/bund-laenderprogramme/zukunft-stadtgruen](http://www.gruen-in-die-stadt.de/finanzieren/bund-laenderprogramme/zukunft-stadtgruen)

Informationen zu den Projektträgern und zur Projektförderung des Bayerischen Naturschutzfonds:  
[www.naturschutzfonds.bayern.de](http://www.naturschutzfonds.bayern.de)

## Wettbewerbe & Angebote:

Mit dem Wettbewerb „**Naturstadt – Kommunen schaffen Vielfalt**“ möchte die Bundesregierung die Kommunen dabei unterstützen, neue Projekte zur Förderung von Stadtnatur und Insekten zu entwickeln und umzusetzen. Die 40 besten Beiträge werden prämiert und erhalten jeweils 25.000 Euro für die Umsetzung der Ideen. Alle Informationen und Unterlagen finden Sie unter:  
[www.wettbewerb-naturstadt.de](http://www.wettbewerb-naturstadt.de)

„**Mein Dorf hat Zukunft**“ will Anreize schaffen, um die Zukunft der Dörfer verantwortlich und nachhaltig mitzugestalten und weiterzuentwickeln. Damit sind nicht nur die Entscheidungsträger einer Kommune in der Verantwortung, sondern auch ihre Bewohner, um die Zukunft ihrer Dörfer aktiv mitzugestalten. Unabhängig von der Platzierung, ist dieser Wettbewerb ein Gewinn für Ihre Gemeinde und schweißt die Bürger zusammen.

Weitere Infos unter: [www.bmel.de/DE/themen/laendliche-regionen/ehrenamt/wettbewerb-unser-dorf-hat-zukunft/dorfwettbewerb-tradition.html](http://www.bmel.de/DE/themen/laendliche-regionen/ehrenamt/wettbewerb-unser-dorf-hat-zukunft/dorfwettbewerb-tradition.html)

„**Meine Kommune weiterdenken**“ richtet sich an Entscheidungsträger aus den Kommunen, welche weg von dem Motto „weiter wie bisher“ hin zu einer nachhaltigen Stadt- und Gemeindeentwicklung gelangen wollen. Dazu sind drei eineinhalb-tägige Arbeitstreffen von November bis März vorgesehen. Anmelden kann man sich unter:  
[www.kommunal-nachhaltig.de/forum-meine-kommune-weiterdenken](http://www.kommunal-nachhaltig.de/forum-meine-kommune-weiterdenken)



## Impressum

Sonderdruck der Bayerischen Gemeindezeitung  
E-Mail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)  
Download dieser Sonderveröffentlichung:  
[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)  
Telefon: 08171/9307-11, Fax: 08171/9307-22

### Verantwortlich:

LBV Coburg, Geschäftsstelle, Ziegelei 4b, 96487 Dörfles-Esbach, Telefon: 09561/40797-0, E-Mail: [coburg@lbv.de](mailto:coburg@lbv.de), Web: [www.coburg.lbv.de](http://www.coburg.lbv.de)

**Redaktionsteam LBV:** Cordelia Hiller, Marlene Klisa, Gerhard Hübner, Bernd Leuthäusser, Daniela Vorderderfler, Ralf Hotzy

**Layoutteam LBV:** Bernd Leuthäusser, Zahra-Lina Bartelmann, Daniela Vorderderfler

**Gefördert durch:** Stiftung für Natur und Kinder Klaus Habermaass, Augst-Grosch-Straße 28-38, 96476 Bad Rodach, Telefon: 09564/9292103, E-Mail: [info@natur-kinder-stiftung.de](mailto:info@natur-kinder-stiftung.de), Web: [www.natur-kinder-stiftung.de](http://www.natur-kinder-stiftung.de)